

2017

DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
JAHRESABSCHLUSS (HGB)
ZUM 31. DEZEMBER 2017

DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2017
UND LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

INHALT

Lagebericht	2
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017	42
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017	44
Anhang	46
Bestätigungsvermerk	80

LAGEBERICHT DER POSTBANK

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Grundlagen und Geschäftsmodell der Postbank

Grundlagen

Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Deutsche Postbank AG inklusive ihrer Tochtergesellschaften (Postbank Gruppe) Teil des Konzerns Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main. In einer Reihe von Maßnahmen hat die Deutsche Bank am 5. März 2017 im Rahmen ihrer Strategie angekündigt, die Postbank mittelfristig mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft sowie dem Geschäft mit vermögenden Kunden der Deutschen Bank zusammenlegen zu wollen. Die strategische Neupositionierung und das klare Bekenntnis zum Heimatmarkt haben das Ziel, einen Marktführer im Privat- und Firmenkundengeschäft in Deutschland zu formen und die gemeinsamen Größenvorteile zu nutzen.

Geschäftsmodell

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) versteht sich als Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen, der mit einfachen, standardisierten Produkten auf die Bedürfnisse unserer Kundenbasis ausgerichtet ist. Als Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden vertreibt die Postbank ihre Produkte und Services über ein deutschlandweites Filialnetz von Finanz-, Beratungs- und Vertriebscentern, einen mobilen Vertrieb, Callcenter sowie im Direkt-Banking über Online-Vertriebskanäle. Zusätzlich werden ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner angeboten.

Auf Basis einer deutschlandweit einzigartigen Kooperation mit der Deutschen Post AG erwirtschaftet die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Provisionserträge durch die Erbringung von Postdienstleistungen. Die hierdurch erhöhte Kundenfrequenz sorgt für einen effizienteren Betrieb des Filialnetzes und bietet zahlreiche Ansprachemöglichkeiten für die Vermittlung von Postbank Produkten.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit – per Jahresende 2017 – 1.023 Finanzcentern in Deutschland sowie eine Zweigniederlassung in Luxemburg, die einen wesentlichen Ergebnisbeitrag im Firmenkundengeschäft der Postbank erwirtschaftet.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Privatkundengeschäft ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und einer der großen Finanzdienstleister Deutschlands. Die Postbank möchte als fairer und verlässlicher Partner in finanziellen Fragen auftreten und zeichnet sich im Spar- und Einlagengeschäft wesentlich durch das bedarfsgerechte Angebot von Girokonten, Bauspar- und Anlageprodukten aus. Mit rund 6,3 Millionen Privat- und Geschäftskunden mit Online-Banking-Option zählt die Postbank zu den größten Direktbanken Deutschlands. Im Kreditgeschäft ist die Postbank Gruppe bei privaten Baufinanzierungen mit ihren Marken DSL Bank und BHW – gemessen am bilanziellen Volumen – einer der größten Baufinanzierer in Deutschland. Ferner engagiert sich die Postbank zunehmend im Geschäft mit Konsumentenkrediten. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, diverse Versicherungsprodukte und das Wertpapier-

geschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Fondsgesellschaften, Banken und Versicherern. Mit einem ganzheitlichen Beratungskonzept im Wertpapier- und Depotgeschäft sowie dem damit verbundenen Relaunch der Online-Brokerage-Plattform will die Postbank ihren Kunden auch im Niedrigzinsumfeld eine Anlageberatung abseits von Spar- und Giroprodukten anbieten.

In ihren eigenen 1.023 Finanzcentern inklusive der neu etablierten Vertriebscenter bietet die Postbank neben umfangreichen Bank- und Finanzdienstleistungen auch Dienstleistungen der Deutschen Post AG an. Hinzu kommen knapp 4.200 Partnerfilialen der Deutschen Post AG, in denen ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank erhältlich sind, sowie rund 600 Beratungszentren der Postbank Finanzberatung AG. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Marktteilnehmer – insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft – sowie im Bereich der großen Zahlungsverkehrsadressen engagiert. Im Bereich der Zahlungsverkehrsabwicklung gehört die Postbank Gruppe, genauso wie im Factoring, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Zusätzlich tritt die Postbank als Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen mit europäischer Ausrichtung im Firmenkundengeschäft auf. Auch in diesem Geschäftsbereich sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken die bedeutendsten Wettbewerber.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank Gruppe

Die Unternehmenssteuerung der Postbank Gruppe erfolgt konzernweit durch die Postbank.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren bei der Postbank Gruppe

Die Postbank setzt bei ihrer Unternehmenssteuerung – neben dem Einsatz von finanziellen Leistungsindikatoren – auch nichtfinanzielle Leistungsindikatoren ein. Bei den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren handelt es sich um die Mitarbeiterzufriedenheit und die Kundenzufriedenheit. Beide genannten wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren waren 2017 im Zielsystem als Konzernziele für alle Vorstandsmitglieder vergütungsrelevant.

Die Messung der Mitarbeiterzufriedenheit erfolgt anhand der Auswertung der Ergebnisse der jährlich durchzuführenden Mitarbeiterbefragung. In der Befragung wird eine Vielzahl von Fragen gestellt, die sich in die Dimensionen Identifikation, Führung, Geschäftserfolg/Ziele, Kundenfokus, Produktivität und Effizienz, Leitbild, Veränderungsfähigkeit, Kommunikation, Arbeitsbelastung und Digitale Transformation einteilen lassen. Die Fragen können – je nach Zustimmungsgang – von den Mitarbeitern in fünf Stufen beantwortet werden. Die Mitarbeiterzufriedenheit wird hierbei insbesondere aus dem Ergebnis zur Dimension Identifikation abgeleitet. Diese besteht aus verschiedenen Fragen zur Ermittlung der Leistungsbereitschaft und der Bindung der Belegschaft an das Unternehmen.

Die Kundenzufriedenheit wird quartalsweise mittels telefonischer Interviews erhoben. Basis der Befragung ist ein strukturierter Fragebogen mit konstantem Kerninhalt, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Trend sicherzustellen. Die der Befragung zugrunde liegende Stichprobe ist repräsentativ für die Grundgesamtheit der Postbank Kunden. Die Untersuchungsanlage erlaubt systematische Zeitreihenvergleiche und Kausalanalysen. Neben der Gesamtzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen der Postbank insgesamt wird die Zufriedenheit mit zentralen Leistungsfaktoren der Bank erfragt (z. B. Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Freundlichkeit, Korrektheit, fachliche Beratung, Zufriedenheit mit den Vertriebskanälen und Selbstbedienungssystemen, Reklamationsmanagement). Mittels einer verbalisierten 5er-Skala (1 = vollkommen zufrieden bis 5 = unzufrieden) erfolgt die Erhebung der Zufriedenheit. Mit der Durchführung der Studie ist ein externes Marktforschungsinstitut beauftragt, das die Beachtung hoher Qualitätsstandards sicherstellt.

Auch im Zielsystem für die leitenden Angestellten finden sich Zieldimensionen, die eine Ableitung der Ziele aus den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren auf Konzernebene auf die Führungskräfte der Postbank ermöglichen. Neben Zielen in der Dimension Kosten/Finanzen als finanzielles Individualziel erhält jede Führungskraft auch Ziele in den Dimensionen Markt/Kunden, Prozess/Qualität sowie Mitarbeiter/Team, die auf das jeweilige Aufgabengebiet bezogen sind. Damit besteht ein durchgängiges System, das die konzernweite Steuerung nach den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ermöglicht.

Finanzielle Leistungsindikatoren bei der Postbank Gruppe
Steuerungsrelevant für die Postbank ist jeweils der Wert für den Postbank Teilkonzernabschluss nach IFRS.

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren	Definition
Ergebnis vor Steuern	Das Ergebnis vor Steuern beinhaltet als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Performance der Postbank Gruppe alle Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung vor Abzug von Steuern. Dabei werden die Gesamterträge (bestehend aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Finanzanlageergebnis und Handelsergebnis), die Risikovorsorge, der Verwaltungsaufwand (bestehend aus Personalaufwand, anderen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen) und das Sonstige Ergebnis (Saldo aus Sonstigen Aufwendungen und Sonstigen Erträgen) berücksichtigt.
Bereinigtes Ergebnis vor Steuern	Aufsatzpunkt für die Ermittlung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern bildet das Ergebnis vor Steuern, welches um folgende materielle Sachverhalte bereinigt wird: <ul style="list-style-type: none"> - Effekte aus Unternehmensverkäufen und -käufen im Zusammenhang mit Erst- und/oder Entkonsolidierungen - Einmaleffekte aus Abschreibungen auf Goodwill, Unternehmensbeteiligungen und immaterielle Vermögenswerte - Aufwendungen für strategische Initiativen (ESI), die außerhalb der normalen Linientätigkeit in zeitlich begrenzten Projekten mit separaten Governance-Strukturen anfallen¹ - Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Kundenschutzurteilen - periodenfremde Ergebnisse (z. B. Zinsen auf Steuernachzahlungen für vorausgegangene Jahre, Nachzahlung Bankenabgabe) Etwaige Verkäufe von Finanzanlagen, die auf operative Veranlassung der Postbank getätigt werden, treten regelmäßig auf und werden nicht bereinigt. Bereinigt werden alle Effekte, die pro Sachverhalt einen Einfluss von mehr als 10 Mio € auf das Ergebnis vor Steuern eines Jahres haben.
Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern	Die Größe berechnet sich als Quotient aus dem Ergebnis nach Steuern und dem durchschnittlichen zeitgewichteten Eigenkapital abzüglich der durchschnittlichen zeitgewichteten immateriellen Vermögenswerte in der Berichtsperiode. Zur Berechnung des zeitgewichteten Eigenkapitals und der zeitgewichteten immateriellen Vermögenswerte werden Monatsdurchschnitte als Mittelwert aus Monatsanfangs- und -endbestand berechnet. Der Jahresdurchschnitt wird als Mittelwert aus den Monatsdurchschnitten ermittelt.
Cost Income Ratio (CIR)	Quotient aus Verwaltungsaufwand zuzüglich Sonstiger Aufwendungen sowie zwischen den Segmenten verrechneter Aufwendungen und Gesamterträgen zuzüglich Sonstiger Erträge vor Risikovorsorge sowie zwischen den Segmenten verrechneter Erträge
Common Equity Tier 1 Capital Ratio (CET1-Quote)	Quotient aus dem harten Kernkapital, das den höchsten Anforderungen an Kapitalpositionen der Capital Requirements Regulation (CRR) entspricht, und den risikogewichteten Aktiva (Risk-Weighted Assets)
Leverage Ratio	Quotient aus dem Kernkapital (hartes Kernkapital + zusätzliches Kernkapital) und der Gesamtrisikopositionsmessgröße (Leverage Exposure). Die Gesamtrisikopositionsmessgröße ist die Summe aller Aktiva und außerbilanziellen Positionen. Insbesondere bei Derivaten, Pensionsgeschäften und außerbilanziellen Geschäften werden spezifische regulatorische Anrechnungsvorgaben angewendet (Anforderungen gemäß Art. 429 CRR).

¹Im Geschäftsjahr 2017 gehörten hierzu insbesondere Projekte unter den Lenkungsausschüssen „Entflechtung“ und „Management Agenda“ sowie Belastungen aus der geplanten Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern.

Die Steuerung innerhalb der Postbank Gruppe basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzerneinheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die ausbalancierte Optimierung von Rentabilität, Effizienz und Kapitalausstattung bzw. Verschuldungsgrad (Leverage).

Zentrale Bezugsgröße für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank Gruppe bilden die Eigenkapitalkosten in Form einer Hurdle Rate, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarktes abgeleitet werden. Die Erreichung dieses Renditeanspruchs auf das Eigenkapital nach IFRS wird am Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern gemessen. Die Effizienz der Postbank Gruppe wird anhand der Cost Income Ratio (CIR) gemessen, die zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung ist.

Aufgrund wiederkehrender wesentlicher Sondereffekte im Ergebnis vor Steuern wird ein bereinigtes Ergebnis vor Steuern ermittelt, das zur besseren Einschätzung der unterliegenden operativen Performance der Bank dient. Entsprechend werden auch die Steuerung und die Vorstandsvergütung daran ausgerichtet. Das berichtete bereinigte Ergebnis ist identisch mit dem vom Vergütungs- und Kontrollausschuss für die Vorstandsvergütung festgestellten bereinigten Ergebnis.

Um weiteren zentralen Anforderungen aus Kapitalmarktperspektive Rechnung zu tragen, hat die Postbank Gruppe konkrete Zielwerte für die Kennzahlen Leverage Ratio und CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) definiert; die Mittelfristplanung des Postbank Konzerns ist konsequent auf die Erreichung dieser Zielwerte ausgerichtet. Die CET1-Quote und die Leverage Ratio werden im Rahmen der Steuerung ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) ermittelt. Die Ermittlung der Leverage Ratio basiert auf den regulatorischen Anforderungen gemäß Art. 429 CRR.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind. Der Prozess dieser regelmäßigen Reviews wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank Gruppe ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Zielen der Postbank Gruppe, die an dem bereinigten Ergebnis vor Steuern und der zugehörigen CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei Vorstand, Risk Takern (Personen mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts) und unseren sonstigen Führungskräften ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein. Weitere Details finden sich im Konzernanhang.

Steuerungsprozess

Die Postbank Gruppe steuert ihre Aktivitäten auf Segmentebene auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Postbank Konzernebene, mit Ausnahme der Kennzahl zur Kapitalausstattung (CET1-Quote) und der Leverage Ratio. Die beiden letztgenannten Kennzahlen werden ausschließlich auf Konzernebene gesteuert. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich nach deren ökonomischem Risiko-kapitalbedarf.

Auf Portfolio- bzw. Produktebene wird in der Steuerung zusätzlich eine umfassende Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt, die um ausgewählte risikoadjustierte Performance-Kennzahlen ergänzt wird.

Zusätzlich zu den genannten, wesentlichen Steuerungskennzahlen ermittelt die Postbank ergänzende Rendite-kennzahlen für die interne Steuerung, bezogen sowohl auf das durchschnittliche zeitgewichtete Eigenkapital (Return on Equity (RoE)) sowie das zugrunde liegende Bilanzvolumen (Return on Assets (RoA)) als auch auf die risikogewichteten Aktiva zuzüglich Kapitalabzugspositionen (Return on Total Capital Demand (RoTCD)). In Anlehnung an den RoE wird die Rendite auf das regulatorische Kapital (Return on Regulatory Capital (RoReC)) bzw. den ökonomischen Kapitalbedarf (Return on Risk adjusted Capital (RoRaC)) berechnet, die auf Portfolio- bzw. Produktebene eine wesentliche Entscheidungsgrundlage bildet. Der ökonomische Kapitalbedarf wird determiniert durch die relevanten Risikoarten je Steuerungsebene (z. B. Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko). Beide Ressourcen – regulatorisches Eigenkapital und ökonomisches Eigenkapital – werden mit Verzinsungsansprüchen in Form von Hurdle Rates belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarktes abgeleitet werden und von der Postbank insgesamt zu erwirtschaften sind.

Im Sinne einer Optimierung des Bilanzstrukturmanagements hat die Postbank vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds und der eingeschränkten rentierlichen Anlagemöglichkeiten von Überschussliquidität bzw. der limitierten Möglichkeit der Weitergabe von Überschussliquidität an die Deutsche Bank Gruppe darüber hinaus auch eine Zielgröße für die Loan-to-Deposit-Ratio (LtD) festgelegt. Hierbei strebt die Postbank ein ausgeglichenes Verhältnis von Kundenkrediten und -einlagen an. Die Loan-to-Deposit-Ratio wird als Quotient aus den Forderungen gegenüber Kunden und den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (exklusive Geld- und Kapitalmarktaufnahmen) zuzüglich aus Förderrefinanzierungen resultierender Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gebildet und wird monatlich in einem mit der Bilanzsteuerung befassten Vorstandsgremium diskutiert.

VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG

Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Anhang unter C. VII.

NICHTFINANZIELLE ERKLÄRUNG

Die Postbank nutzt die nach § 289b Abs. 2 bzw. § 315b Abs. 2 HGB bestehenden Befreiungsmöglichkeiten aufgrund des bestehenden Mutter-Tochter-Verhältnisses zur Deutschen Bank AG. Die Einbeziehung der Postbank Gruppe erfolgt im Rahmen der Veröffentlichung der nichtfinanziellen Konzernberichterstattung auf den Internetseiten der Deutschen Bank (<https://www.db.com/ir>).

ZUSAMMENSETZUNG DES GEZEICHNETEN KAPITALS

Die gemäß § 160 AktG geforderten und anwendbaren Angaben entnehmen Sie bitte dem Anhang (Abschnitt B. 24).

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Festlegung von Zielgrößen für Frauenanteile im Aufsichtsrat, im Vorstand und in Führungsebenen

Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen, bei der Bestellung von Vorständen und bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats wird in Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst auf eine angemessene Berücksichtigung von Frauen geachtet.

Für den Aufsichtsrat gilt die Quote von 30 % Frauenanteil. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 15 % und 35 % der Mitglieder unseres Aufsichtsrats Frauen. Im Berichtszeitraum gehörten sieben Frauen dem Aufsichtsrat an, dies entspricht einem Anteil von 35 %. Der Aufsichtsrat hat damit die gesetzte Quote erreicht.

Der Aufsichtsrat hat am 9. September 2015 beschlossen, dass weiterhin mindestens eine Frau im Vorstand vertreten ist und als erste Umsetzungsfrist den 30. Juni 2017 festgelegt. Im Berichtszeitraum gehörte eine Frau dem Vorstand an. Der Vorstand hat damit die gesetzte Quote erreicht. Seit dem 1. Januar 2018 ist eine weitere Frau im Vorstand vertreten.

Zudem hat der Vorstand am 18. August 2015 verbindliche Zielwerte für Frauenanteile für die ersten beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands von jeweils 20 % mit dem Erfüllungszeitpunkt 30. Juni 2017 und jeweils 25 % für 2020 beschlossen. Am 1. Juli 2017 lag der Frauenanteil der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands (VS-1) bei 17 % und der der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands (VS-2) bei 19 %. Am 31. Dezember 2017 lag der Frauenanteil der Führungsebene VS-1 bei 18 % und der der Führungsebene VS-2 bei 21 %. Damit wurde die gesetzte Quote der Führungsebene VS-2 zum Jahresende erfüllt. Die Quote der

Führungsebene VS-1 blieb trotz der positiven Entwicklung leicht unterhalb der gesetzten Zielvorgabe.

Die Nichterreicherung der Ziele in zwei Ebenen, trotz der signifikanten positiven Entwicklung, resultiert aus der historisch bedingten eher schwachen Ausgangsbasis. Die ab 2015 implementierten Maßnahmen haben sich als wirksam erwiesen. Die Frauenquote steigt auf allen Führungsebenen. Die Identifikation, Förderung und Platzierung von weiblichen Talenten ist ein langjähriger Prozess. Die Postbank hat – aus langfristiger und nachhaltiger Perspektive heraus betrachtet vollkommen richtig – mit dem Aufbau und der Stärkung einer weiblichen Talentbasis begonnen. So liegt der Anteil weiblicher Teilnehmerinnen bei Programmen für Nachwuchstalente mit 30 % bis 50 % deutlich über den Zielquoten. Der Aufbau eines weiblichen Talents – von der Mitarbeiterin über eine erste nicht leitende Führungsposition weiter in eine erste leitende Führungsposition – benötigt einige Jahre. Dieser Zeitrahmen ist erfahrungsgemäß notwendig, um Talente adäquat auf die Übernahme einer deutlich herausfordernden nächsten Führungsstufe vorzubereiten. Darüber hinaus haben sich wichtige Rahmenparameter geändert, wie z. B. die Entscheidung zur Vollintegration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern und der weiterhin anhaltende Kostendruck infolge der historischen Niedrigzinsphase. Beide Faktoren haben die Aktionsmöglichkeiten der Bank stark eingeschränkt.

MITARBEITER

Die Deutsche Postbank AG beschäftigte am Jahresende 2017, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 3.716 Mitarbeiter, das waren 13 mehr als am 31. Dezember 2016. Von den 3.716 Mitarbeitern sind 75 Beamte, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Saarbrücken abgeordnet und nicht operativ für die Deutsche Postbank AG tätig.

Insgesamt liegt der Anteil der aktiv tätigen Beamten bei ca. 16 % aller Beschäftigten.

Etwa 16 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation – berechnet als Abgangsquote, bezogen auf die Anzahl der auf Vollzeitkräfte umgerechneten Mitarbeiter zum Jahresanfang – im Jahr 2017 belief sich auf rund 4 %. Hauptgründe dafür sind Ablauf von Befristungen und Beginn des gesetzlichen Ruhestands. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 19 Jahren. Die Deutsche Postbank AG entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2017

Organe

Frau Renate Treis ist aufgrund ihres Eintritts in den Ruhestand mit Wirkung zum Ablauf des 28. Februar 2017 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016 beschließt, endete das Amt von Herrn Dr. Tessen von Heydebreck und Herrn Christian Sewing als Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat. Herr Dr. Tessen von Heydebreck wurde durch Beschluss der Hauptversammlung am 22. März 2017 für eine weitere Amtszeit von einem Jahr und Herr Christian Sewing für eine weitere Amtszeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2021 beschließt, als Vertreter der Anteilseigner gewählt.

Herr Hans-Jürgen Kummetat ist nach Ablauf seiner Amtszeit am 22. März 2017 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Des Weiteren wurden Frau Anna Lisa Trompa und Herr Frank Fuß im Rahmen der Delegiertenwahlen am 9. März 2017 als neue Vertreter der Arbeitnehmerseite zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG gewählt. Amtszeitbeginn war der Ablauf der Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG am 22. März 2017.

Zum 1. Juni 2017 wurde Herr Lars Stoy in den Vorstand der Deutschen Postbank AG berufen. Zugleich wurde das Privatkundengeschäft der Postbank, das in der Vergangenheit auf verschiedene Bereiche und Vertriebswege verteilt war, neu strukturiert. Frau Susanne Klöß-Braekler, zuvor im Vorstand der Postbank für Produkte zuständig, verantwortet seither im Privatkundengeschäft die Kompetenzfelder „Postgeschäft“ und „Banking“ (Girokonten, Spar, Privatkredit), Herr Lars Stoy die Kompetenzfelder „4-Wände“ (Private Baufinanzierung, Bausparen, Immobilien) und „Wertpapier“. Die Bündelung dieser vier neu etablierten Kompetenzfelder erlaubt eine ganzheitliche Steuerung des Privatkundengeschäfts. Dies ermöglicht, die Postbank stärker an den Interessen des Kunden auszurichten sowie vertriebsübergreifende End-to-End-Prozesse durch Einbeziehung aller an der Wertschöpfungskette beteiligten Bereiche zu etablieren. Die Führung der vier Vertriebswege im Privatkundengeschäft übernehmen ebenfalls Frau Susanne Klöß-Braekler (Filialvertrieb und Callcenter) und Herr Lars Stoy (Mobiler Vertrieb inklusive Immobilienmakler sowie Baufinanzierungsspezialisten in den Filialen).

Herr Ralf Stemmer legte sein Mandat als Vorstand des Ressorts Ressourcen der Deutschen Postbank AG zum 31. Mai 2017 nieder. Seine Nachfolge hat Herr Philip Laucks, der zum 1. Juni 2017 in den Vorstand aufrückte, übernommen.

Veränderungen bei den Tochtergesellschaften

Die Gesellschaften Deutsche Postbank Funding Trust IV und Deutsche Postbank Funding LLC IV wurden am 22. September 2017 aufgelöst.

Im dritten Quartal 2017 wurde mit dem Verkauf des Frankfurter girocard-Netzbetriebs der VÖB-ZVD Processing GmbH – ein zugelassener kaufmännischer Netzbetreiber für die technische Abwicklung der gängigsten Zahlungsarten mit Karten – ein weiterer Schritt zur Fokussierung auf unser Kerngeschäft abgeschlossen.

Die Postbank Beteiligungen GmbH führte im vierten Quartal 2017 als 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutschen Postbank AG eine Stammkapitalerhöhung mit Sacheinlagen durch. Den neuen Geschäftsanteil übernahm die Alleingesellschafterin Deutsche Postbank AG und brachte als Sacheinlage ihre sämtlichen Anteile an der PB Factoring GmbH ein.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2017

Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2017

Weltwirtschaft belebt sich

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2017 verstärkt. Dies war auf eine breit angelegte Zunahme der konjunkturellen Dynamik zurückzuführen. In den Industrieländern erhöhte sich der durchschnittliche Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 2,3 %. In den aufstrebenden Märkten stieg das Wachstum auf 4,7 %. Diese Belebung resultierte nicht zuletzt aus der Überwindung der zum Teil schweren Rezessionen in einigen großen Schwellenländern. Insgesamt wuchs die globale Wirtschaftsleistung kaufkraftbereinigt um 3,7 % nach einem Plus von 3,2 % im Vorjahr, während der Internationale Währungsfonds (IWF) zu Jahresbeginn eine Beschleunigung auf 3,4 % erwartet hatte.

Die Konjunktur in den USA hat im Jahr 2017 spürbar an Tempo zugelegt. Insbesondere wurden die Unternehmensinvestitionen kräftig gesteigert. Dies war nicht zuletzt auf den im Vorjahresvergleich anziehenden Ölpreis und in der Folge wieder zunehmende Investitionen in den Energiesektor zurückzuführen. Zugleich belasteten die Lagerinvestitionen das Wachstum deutlich geringer als im Vorjahr. Der private Verbrauch wurde erneut beachtlich ausgeweitet und blieb wichtigster Wachstumsträger. Ausfuhren und Einfuhren wurden jeweils spürbar gesteigert. Per Saldo hatte der Außenhandel einen leicht dämpfenden Einfluss auf das Wachstum. Insgesamt beschleunigte sich das BIP-Wachstum von 1,5 % im Vorjahr deutlich auf 2,3 % im Jahr 2017. Dies entspricht dem von uns zu Berichtsjahresbeginn erwarteten Wert. Vor dem Hintergrund des positiven konjunkturellen Umfelds setzte sich der robuste Beschäftigungsaufbau in den USA in kaum vermindertem Tempo fort. Zugleich gab die Arbeitslosenquote, von einem bereits niedrigen Niveau ausgehend, nochmals spürbar nach.

Die asiatischen Schwellenländer wiesen erneut die höchste wirtschaftliche Dynamik auf. Ihr BIP-Wachstum lag mit 6,5 % geringfügig über dem Ergebnis des Vorjahres von 6,4 %. Dabei überraschte China mit einer leichten Beschleunigung des Wachstums auf 6,9 % nach 6,7 % im Vorjahr. Der Aufwärtstrend der Industrieproduktion verstärkte sich nach einem schwachen Vorjahr wieder. Vor allem aber weitete die chinesische Wirtschaft ihre Exporte kräftig um 7,9 % aus. Die japanische Wirtschaft belebte sich 2017 spürbar. Der private Verbrauch wurde moderat, die Bruttoanlageinvestitionen hingegen wurden deutlich gesteigert. Kräftige Impulse kamen aber vor allem von den Exporten, die von der zunehmenden globalen Nachfrage sowie der moderaten Abwertung des Yen profitierten. In der Summe führte dies zu einer Steigerung des BIP-Wachstums auf 1,8 %, während wir lediglich ein Plus von 1,1 % erwartet hatten.

Im Euroraum hat sich der konjunkturelle Aufschwung 2017 verstärkt. Kräftige Impulse kamen auch weiterhin von der Binnennachfrage. So wurde der private Verbrauch, den vorliegenden Daten nach zu urteilen, um 1,9 % ausgeweitet. Der Staatsverbrauch stieg demnach um 1,1 %. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden um schätzungsweise 4,0 % gesteigert. Eine markante Verstärkung des Aufwärtstrends ergab sich bei den Exporten. In der Folge lieferte der Außenhandel einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum, nachdem er im Vorjahr noch spürbar belastend gewirkt hatte. Letztlich war dies für die Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 2,5 % nach einem Zuwachs um 1,8 % im Vorjahr verantwortlich. Zugleich stellte sich die konjunkturelle Entwicklung aus regionaler Perspektive ausgewogener dar als in den Vorjahren. Einige Länder, die zuvor eher schwach gewachsen waren, konnten zum Durchschnitt des Euroraums weitgehend aufschließen. Im Zuge des robusten Aufschwungs ging die durchschnittliche Arbeitslosenquote deutlich auf 9,1 % zurück.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa verlief wesentlich positiver, als von uns erwartet. Das BIP wuchs weit stärker, als zu Berichtsjahresbeginn mit 1,4 % prognostiziert.

Kräftiger Aufschwung in Deutschland

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat 2017 deutlich an Kraft und Breite gewonnen. Nachhaltige Impulse kamen erneut von der Binnennachfrage. Der private Verbrauch stieg um 2,0 % und damit ähnlich stark wie im Vorjahr, obwohl die Inflationsrate deutlich von 0,5 % auf 1,8 % anstieg. Er profitierte dabei von dem weiterhin historisch niedrigen Zinsniveau und von einem beschleunigten Anstieg der verfügbaren Einkommen. Dieser ermöglichte es den privaten Haushalten auch, trotz Mehrkonsums und Preissteigerungen, ihre Sparquote weitgehend konstant zu halten. Der Staatsverbrauch wurde hingegen nur noch moderat ausgeweitet. Der Zuwachs bei den Bruttoanlageinvestitionen wiederum verstetigte sich mit 3,0 % auf einem ansehnlichen Niveau. Dabei beschleunigte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen spürbar auf 3,5 %. Positiv wirkte sich hierbei das sich verbessernde globale Umfeld aus. Der Zuwachs bei den Bauinvestitionen schwächte sich hingegen geringfügig auf 2,6 % ab, was auf einen Rückgang der Wachstumsrate bei den Wohnungsbauinvestitionen auf – immer noch sehr solide – 3,1 % zurückzuführen ist. Die Exporte wiederum wurden infolge der verstärkten globalen Nachfrage um 4,7 % ausgeweitet. Trotz eines ebenfalls beschleunigten Importwachstums lieferte der Außenhandel einen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum, nachdem er dieses 2016 noch gebremst hatte. Insgesamt wuchs das BIP 2017 um 2,2 % und damit spürbar stärker als im Vorjahr. Vor dem Hintergrund des soliden Aufschwungs entwickelte sich der deutsche Arbeitsmarkt positiv. Die Zahl der Arbeitslosen fiel im Jahresdurchschnitt um 158.000 auf 2,53 Millionen, was zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 6,1 % auf 5,7 % führte. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 659.000 auf 44,29 Millionen.

Zusammenfassend betrachtet, verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2017 wesentlich positiver, als von uns zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet. Insbesondere hat das BIP-Wachstum unsere Prognose von 1,4 % deutlich übertroffen.

Entwicklung an den Märkten

Die globalen Finanzmärkte wurden insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres 2017 durch politische Faktoren beeinflusst. Im späteren Jahresverlauf prägte vor allem der sich beschleunigende globale Aufschwung das Marktgeschehen.

Die Notierungen an den internationalen Aktienmärkten stiegen im Jahresverlauf deutlich an. Triebfeder dieser Entwicklung war die Beschleunigung des globalen BIP-Wachstums bei weiterhin sehr niedrigen Zinsen. In diesem Umfeld konnten viele Unternehmen Umsatz und Gewinn steigern und so die Basis für steigende Kurse legen. Dabei sorgten politische Unsicherheiten – ausgehend z. B. von den zahlreichen Wahlen im Euroraum, den stockenden Verhandlungen über die Konditionen eines Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) oder dem Konflikt zwischen den USA und Nordkorea – am deutschen Aktienmarkt wie auch an anderen europäischen Märkten bis in den Sommer hinein immer wieder für temporäre Rücksetzer. In den letzten Monaten des Berichtsjahres beschleunigte und festigte sich dann der Kursaufschwung aufgrund der immer besseren globalen Wachstumsaussichten. Per saldo legte der DAX 2017 im Vergleich zu seinem Jahresschlussstand 2016 um 12,5 % zu. Der EURO STOXX 50 erzielte ein deutlich geringeres Plus von 6,5 %. In den USA entwickelten sich die Aktiennotierungen noch besser, wobei die dortigen Märkte auch von deutlichen temporären Rücksetzern verschont blieben. Der S&P 500 legte um 19,4 % zu.

Die Risikoaufschläge im Bereich der Staatsanleihen der Mitgliedsstaaten des Euroraums (EWU) haben 2017 insgesamt abgenommen. Die Renditeaufschläge italienischer, spanischer und portugiesischer Staatsanleihen gegenüber Bundesanleihen gaben jeweils nach, dies jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die stärksten Verbesserungen waren bei portugiesischen Staatsanleihen zu verzeichnen. Nachdem 2016 noch die Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung und das anhaltend hohe Staatsdefizit die Risikoaufschläge deutlich steigen lassen, reduzierten sich diese 2017 stark als Folge eines unerwartet kräftigen Wachstums und eines beachtlichen Fortschritts beim Abbau des Staatsdefizits sowie darauf basierender Anhebungen des Ratings für portugiesische Staatsanleihen durch einige Ratingagenturen. Der spanische Kapitalmarkt profitierte 2017 auch weiterhin von der anhaltend kräftigen wirtschaftlichen Erholung des Landes. Politische Faktoren wie die Unabhängigkeitsbestrebungen der Region Katalonien sorgten zwischenzeitlich aber für Verunsicherung. Dennoch gaben die Renditeaufschläge spanischer Staatsanleihen per Saldo nach. Ende 2017 lagen sie leicht unter ihrem Vorjahresschlussstand. Letzteres gilt auch für italienische Staatsanleihen, obwohl die Ausschreibung vorgezogener Neuwahlen gegen Jahresende die Risikoaufschläge wieder leicht anziehen ließ.

Hinsichtlich der Geldpolitik der EZB gab es 2017 einen wichtigen, wenn auch sehr vorsichtigen Trendwechsel. Nachdem die Notenbank zur Bekämpfung von Krisen und der aus ihrer Sicht vorhandenen Deflationsrisiken das geldpolitische Umfeld in den vorangegangenen Jahren drastisch gelockert hatte, wurde nun der Ausstieg aus dem Anleiheankaufprogramm eingeleitet. Um die Gefahr von Marktverwerfungen und einer konjunkturellen Dämpfung in der EWU zu verringern, ging sie dabei sehr behutsam vor. Im April senkten die Währungshüter das monatliche Ankaufvolumen für Anleihen von 80 Mrd € auf 60 Mrd €. Damit wurde der ent-

sprechende Beschluss vom Dezember 2016 umgesetzt. Im Oktober 2017 erfolgte dann die Entscheidung, die Ankäufe ab Januar 2018 weiter zu senken, und zwar auf monatlich 30 Mrd €. Wie schon bei der vorangegangenen Volumenänderung entschieden die Währungshüter erneut, die Ankäufe noch einmal um neun Monate zu verlängern. Die Änderung der Forward Guidance auf der Ratssitzung im Juni 2017, gemäß der die EZB keine weitere Senkung der Leitzinsen mehr erwartet, kann ebenfalls als eine vorsichtige Trendwende in der Geldpolitik gewertet werden. Die Leitzinsen ließ der EZB-Rat im gesamten Jahr 2017 unverändert. Der Hauptrefinanzierungssatz verharrte bei 0,00 %, der Einlagensatz bei -0,40 % und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25 %. Infolge der konstanten Zinspolitik bewegten sich die Geldmarktzinsen durchgehend auf einem niedrigen Niveau. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2017 mit -0,33 % um 0,01 Prozentpunkte unter seinem Vorjahresschlussstand.

Die US-Notenbank beschleunigte im Jahr 2017 aufgrund des soliden Konjunkturaufschwungs und der sich fortsetzenden Verbesserung am US-Arbeitsmarkt ihren Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik. Sie hob ihren Leitzins bis zum Jahresende in drei Schritten um insgesamt 0,75 Prozentpunkte auf eine Spanne von 1,25 % bis 1,50 % an und übertraf damit unsere Prognose einer Spanne von 1,00 % bis 1,25 %. Überdies reinvestiert die Fed die Beträge, die ihr aus fällig werdenden Anleihen in ihrem Bestand zufließen, seit Oktober 2017 nur noch teilweise.

Die Kapitalmarktzinsen unterlagen im Jahr 2017 recht starken Schwankungen. Vor allem in der ersten Jahreshälfte lösten sich Auf- und Abwärtsbewegungen der Renditen mehrfach in rascher Folge ab. Ausgelöst wurden diese zunächst durch wechselnde Einschätzungen hinsichtlich des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses der neuen US-Administration. Eine wichtige Rolle spielten aber auch politische Unsicherheiten in Europa. Zur Jahresmitte sorgten dann starke Konjunkturdaten aus dem Euroraum in Verbindung mit Äußerungen des EZB-Präsidenten, die als Vorbereitung auf eine geldpolitische Wende interpretiert wurden, für einen Renditeschub. Nachfolgend wurden diese Äußerungen aber deutlich relativiert. Im Kontext mit einer Verschärfung geopolitischer Spannungen und einer daraus resultierenden Flucht in die Qualität führte dies zu einer Abwärtskorrektur der Kapitalmarktzinsen. Gegen Jahresende ließen dann die guten konjunkturellen Aussichten und die zunehmende Erwartung einer baldigen Straffung der EZB-Geldpolitik die Kapitalmarktzinsen wieder steigen. Zum Jahresende 2017 lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen mit 0,43 % um 0,22 Prozentpunkte höher als zum Vorjahresschluss. Da die Geldmarktzinsen im gleichen Zeitraum geringfügig nachgegeben haben, ist die Zinskurve in Deutschland etwas steiler geworden. In den USA ging die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen leicht zurück. Bei gleichzeitig deutlich anziehenden Geldmarktsätzen ist die US-Zinskurve erheblich flacher geworden.

Trotz der sich ausweitenden Leitzinsdifferenz zugunsten der USA konnte der Euro im Verlauf des Jahres 2017 gegenüber dem US-Dollar spürbar zulegen. Er profitierte vor allem von dem sich deutlich beschleunigenden Konjunkturaufschwung im Euroraum. Dieser wiederum stärkte die Erwartung, dass auch die EZB ihre Leitzinsen in absehbarer Zeit anheben dürfte. Zum Jahresende wurde der Euro mit gut 1,20 US-\$ gehandelt. Damit wurde er gegenüber dem Vorjahr um 14,0 % aufgewertet.

Die Entwicklung an den Märkten entsprach weitgehend unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen hatten wir zum Jahresende 2017 auf einem gegenüber dem Jahresanfang leicht erhöhten Niveau erwartet. Zugleich waren wir von konstanten EZB-Leitzinsen sowie einer moderaten Verteilung der Zinsstrukturkurve ausgegangen.

Branchensituation

Die weiterhin andauernde Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), regulatorische Erfordernisse sowie die Lösung des Problems notleidender Kredite bei italienischen Banken und einem spanischen Institut waren die dominierenden Themen 2017 für den europäischen Bankensektor.

Die Deutsche Bundesbank hat gemeinsam mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bis Ende Juni 2017 rund 1.500 kleinere und mittelgroße deutsche Finanzinstitute einem Stresstest unterzogen. Die Testergebnisse wurden Ende August 2017 veröffentlicht und werden in den Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) von Bundesbank und BaFin einfließen. Insgesamt war das Fazit positiv. Kleine und mittelgroße Institute verfügten fast ausnahmslos über eine gute Widerstandsfähigkeit. Die durchschnittliche – über alle teilnehmenden Banken hinweg berechnete – harte Kernkapitalquote nach Stress lag bei 13,3 %. Lediglich rund 4,5 % der Institute konnten die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nicht erfüllen.

Parallel zu diesem Stresstest führte die EZB ebenfalls europaweit eine Befragung zur Ertragskraft bei Banken durch, die zwar nicht ihrer direkten Kontrolle unterliegen, die aber aus anderen Gründen aufsichtsrechtliche Bedeutung haben. In diesem LSI Profitability Forecast Survey befragte die EZB u. a. 41 deutsche Institute, die ebenfalls von Bundesbank und BaFin überprüft wurden.

Mitte Mai 2017 hat der Bundesrat das Zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz sowie Änderungen zur EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie verabschiedet. Ersteres regelt die Umsetzung von MiFID II (Markets in Financial Instruments Directive II) in nationales Recht. Letztere sollen rechtliche Unsicherheiten beheben, die bei der Umsetzung der zugrunde liegenden EU-Richtlinie aufgetreten waren.

MiFID II und MiFIR (Markets in Financial Instruments Regulation) sind am 3. Januar 2018 in Kraft getreten. PSD2 (Payment Service Directive) wurde am 13. Januar 2018 in deutsches Recht umgesetzt.

Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite wurde in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 um 3,1 % auf 2.589 Mrd € ausgeweitet. Damit hat sich das Kreditwachstum gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum beschleunigt. Dabei erhöhte sich das Volumen der Kredite an Unternehmen um 3,8 % auf 982 Mrd €, womit der Zuwachs deutlich stärker ausfiel als im Vorjahr. Die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten um 2,3 % auf 410 Mrd € und damit ebenfalls lebhafter als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2016. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich in den ersten drei Quartalen um 2,8 % auf 1.182 Mrd €. Der Zuwachs war damit nur geringfügig stärker als 2016. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 2,9 % auf 945 Mrd € gesteigert. Im Neugeschäft

mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden war jedoch im Jahr 2017 ein Rückgang um 2,2 % zu verzeichnen. In der insgesamt spürbaren Belebung des Kreditgeschäfts spiegelt sich vor allem die Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs wider. Der leichte Rückgang im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten ist als Stabilisierung auf hohem Niveau zu klassifizieren.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und Oktober des Jahres 2017 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreswert deutlich um 5,9 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab dabei kräftig um 7,2 % nach. Der hier bereits in den Vorjahren zu registrierende positive Trend setzte sich damit fort. Der konjunkturelle Aufschwung sowie das sehr niedrige Zinsniveau dürften hierzu beigetragen haben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um weitere 5,6 %, nachdem es bereits in den Vorjahren zu spürbaren Rückgängen gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit dürfte sich hier erneut positiv ausgewirkt haben.

Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, kennzeichnet weiterhin den deutschen Bankenmarkt. Im Jahr 2017 waren keine nennenswerten Transaktionen zwischen den einzelnen Säulen zu beobachten. Allerdings waren sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im genossenschaftlichen Sektor weiterhin Fusionen kleinerer Institute zu beobachten. Die zunehmenden regulatorischen Erfordernisse dürften ein wichtiger Treiber dieser Entwicklung sein.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die im Branchenindex Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Kreditinstitute sowie die Postbank berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2017 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle fünf Institute weisen sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse aus. Allerdings waren die Ergebnisse in beiden Abgrenzungen bei drei der fünf Banken im Vorjahresvergleich rückläufig. Das anhaltende Niedrigzinsumfeld hat wiederum Spuren in den Gewinn- und Verlustrechnungen aller Geldhäuser hinterlassen. Dies zeigt vor allem die Entwicklung des Zinsergebnisses: Vier Banken verzeichneten einen Rückgang des Zinsüberschusses sowohl vor als auch nach Verrechnung der Risikovorsorge. Das insgesamt wenig volatile Marktgeschehen wurde von den Instituten mehrheitlich erfolgreich gemeistert. Vier der fünf Geldhäuser konnten ihr Handelsergebnis verbessern. Ebenso viele Institute konnten den Provisionsüberschuss im Vorjahresvergleich steigern. Die Entwicklung des Verwaltungsaufwands zeigt, dass die Geldhäuser mehrheitlich weiterhin großes Augenmerk auf die Kostenkontrolle richten. Vier Kreditinstitute verringerten ihren Verwaltungsaufwand im genannten Zeitraum. Hierdurch gelang es diesen vier Banken, ihre Aufwand-Ertrags-Quote zu reduzieren. Den Return on Equity (RoE) nach Steuern konnten allerdings nur zwei Geldhäuser steigern.

Der DAX erreichte im Gesamtjahr 2017 einen Kursanstieg von 12,5 %. Die Aktien der beiden im deutschen Leitindex gelisteten Banken verzeichneten eine gegensätzliche Kursentwicklung: Während eine Aktie deutliche Kursgewinne verbuchen konnte, gab das andere Papier nach.

GESCHÄFTSVERLAUF

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Postbank weist im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern und Gewinnabführung in Höhe von 227 Mio € (Vorjahr: 20 Mio €) aus.

Nach Abzug der Steuern und vor Ergebnisabführung beträgt der Jahresüberschuss 217 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €). Entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wird die Postbank den gesamten Gewinn an die DB Beteiligungs-Holding GmbH, Frankfurt am Main, abführen.

Trotz signifikanter Investitionen in die geplante weitere Integration in die Deutsche Bank Gruppe konnte der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung unter Berücksichtigung einer Entnahme aus den Vorsorgereserven von 200 Mio € gesteigert werden.

Der Zinsüberschuss entwickelte sich aufgrund der weiterhin bestehenden Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld weiterhin rückläufig. Dagegen verbesserte sich der Provisionsüberschuss deutlich, insbesondere aufgrund der Neuorganisation der Kontomodelle für Privatkunden und der neuen Wertpapierstrategie. Der Personalaufwand sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind aufgrund der Bildung von Rückstellungen für Personalmaßnahmen im Zusammenhang mit der Zusammenführung mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank stark angestiegen. Bei den Pensionsverpflichtungen wurden im Geschäftsjahr in Summe aus der Saldierung der Erträge des Deckungsvermögens und der Zinsaufwendungen der Pensionsverpflichtungen negative Ergebnisbeiträge ausgewiesen.

Darüber hinaus konnten im Geschäftsjahr positive Sondereffekte aus der konzerninternen Übertragung einer Tochtergesellschaft – bei gleichzeitigen Abschreibungen anderer Tochtergesellschaften – sowie eine positive Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft verzeichnet werden.

ERTRAGSLAGE

Die Positionen im Einzelnen

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss als Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen einschließlich der laufenden Erträge aus Aktien, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen verringerte sich erwartungsgemäß moderat um 3,6 % auf 2.181 Mio €.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau stellte eine Herausforderung für die Entwicklung der Zinserträge für alle einlagenstarken Banken dar. Zusätzlich wurden die Zinserträge von der anhaltend hohen Tilgungsbereitschaft der Kreditnehmer belastet. Durch eine weiterhin erfreuliche Entwicklung des Kreditneugeschäfts konnten diese Effekte teilweise aufgefangen werden. Die Zinsaufwendungen reduzierten sich im Jahresvergleich um 119 Mio €. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus durchgeführten Konditionsanpassungen und dem fortgesetzten Abbau von hochverzinslichen Verbindlichkeiten. Die Zinserträge aus Wertpapieren verminderten sich aufgrund des planmäßigen Abbaus der Finanzanlagebestände sowie des niedrigen Zinsniveaus um 123 Mio € auf 442 Mio €. Aus der vorzeitigen Terminierung von Derivaten ist ein Zinsergebnis von 92 Mio € (Vorjahr: 80 Mio €) entstanden. Die laufenden Erträge aus Aktien, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 76 Mio € (Vorjahr: 59 Mio €) beinhalten im Wesentlichen die Erträge aus den Ausschüttungen der Spezialfonds in Höhe von 60 Mio € (Vorjahr: 58 Mio €). Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen stiegen im Berichtsjahr um 10 Mio € auf 80 Mio €.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich entsprechend unseren Erwartungen im Geschäftsjahr deutlich um 95 Mio € auf 283 Mio €. Zu dem Anstieg haben insbesondere die im November 2016 durchgeführte Neuorganisation der Kontomodelle für Privatkunden sowie die erfolgreiche Einführung der neuen Wertpapierstrategie in Verbindung mit einem ganzheitlichen Beratungskonzept beigetragen. Gegenläufig wirkten sich gestiegene Aufwendungen für Vermittlungsprovisionen im Baufinanzierungsgeschäft aus.

Nettoertrag des Handelsbestands

Für das Geschäftsjahr 2017 weist die Postbank einen Nettoertrag des Handelsbestands in Höhe von 6 Mio € aus (Vorjahr: 6 Mio €). Dieser setzt sich zusammen aus positiven Marktwertveränderungen der im Handelsbestand geführten Zinsderivate in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: -1 Mio €), positiven Effekten aus den in den Vorperioden gebildeten Risikoabschlüssen auf den derivativen Handelsbestand (inklusive Credit Value Adjustment/Debt Value Adjustment) in Höhe von 5 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) und der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €).

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen (inklusive Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte) stiegen entgegen unserer Prognose moderat um 135 Mio € auf 2.273 Mio € (Vorjahr: 2.138 Mio €). Hierbei erhöhte sich der Personalaufwand, insbesondere aufgrund von Rückstellungsbildungen in Höhe von 179 Mio € (Vorjahr: - Mio €) im Rahmen der geplanten Zusammenführung der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG und der Neuorganisation des Vertriebs, um 179 Mio € auf 833 Mio € (Vorjahr: 654 Mio €). Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte konnten trotz gestiegener Belastungen für die Einlagensicherung im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 % auf 1.440 Mio € leicht verringert werden.

Risikovorsorge/Bewertungsergebnis

Kreditgeschäft

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft hat sich entgegen unseren Erwartungen im Wesentlichen aufgrund der erfolgreichen Verwertung eines Firmenkundenengagements und der daraus resultierenden Auflösung von Risikovorsorge (63 Mio €) sowie des Verkaufs zweier Kreditportfolios um 70 Mio € auf -90 Mio € verbessert. Weiterhin wirkten die hohe Qualität unseres Kreditportfolios, die nach wie vor gute Verfassung des deutschen Immobilienmarktes sowie die anhaltend gute Arbeitsmarktsituation in Deutschland unterstützend.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve

Das Bewertungsergebnis für Wertpapiere der Liquiditätsreserve belief sich im Geschäftsjahr auf -60 Mio € (Vorjahr: -29 Mio €) und zeigt sich damit deutlich verbessert gegenüber unseren Erwartungen, die von Belastungen im niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich ausgingen. Es wird weiterhin trotz der historisch niedrigen Zinsen durch die Abschreibungen auf die über pari bewerteten Wertpapiere belastet. Den Abschreibungen in Höhe von 88 Mio € (Vorjahr: 80 Mio €) standen Zuschreibungen in Höhe von 9 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) gegenüber. Durch die Veräußerung von Wertpapieren wurden Kursgewinne in Höhe von 52 Mio € realisiert. Aufgrund von Endfälligkeiten entstanden Einlösungsverluste in Höhe von -38 Mio € und Einlösungsgewinne in Höhe von 2 Mio €. Aus den Geschäften mit Derivaten des Nichthandelsbestands ist ein Ergebnis von 3 Mio € erzielt worden.

Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere

Das Bewertungsergebnis aus Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren hat die Erwartungen deutlich übertroffen und belief sich auf 310 Mio € (Vorjahr: -50 Mio €). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Erträge aus der Übertragung der Beteiligung an der PB Factoring GmbH in Höhe von 439 Mio € sowie auf im Vergleich zum Vorjahr geringere Abschreibungen auf verbundene Unternehmen zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2017 wurden Kursgewinne bei den Wertpapieren in Höhe von 18 Mio € (Vorjahr: 120 Mio €) realisiert. Aus der fortgesetzten Reduzierung eines strategischen Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt, wurde ein Ergebnis von 11 Mio € (Vorjahr: 17 Mio €) erzielt.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB wurden im Berichtsjahr 200 Mio € entnommen.

Sonstiges Ergebnis

Die Veränderung des Saldos der Sonstigen Erträge und Aufwendungen (inklusive sonstiger Steuern) von 29 Mio € auf – 185 Mio € ist erwartungsgemäß im Wesentlichen durch den Rückgang der saldierten Effekte aus den Pensionsverpflichtungen und dem Deckungsvermögen von 86 Mio € auf – 110 Mio € gekennzeichnet. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen die Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen für Beamtenbezüge in Höhe von 169 Mio € (Vorjahr: 175 Mio €), Mieterträge in Höhe von 98 Mio € (Vorjahr: 91 Mio €), die Vergütung für die Teilnahme an der Bietergruppe zum Refinanzierungsprogramm der EZB in Höhe von 34 Mio € (Vorjahr: 40 Mio €) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 39 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen insbesondere die Aufwendungen für erbrachte Dienstleistungen der Servicegesellschaften in Höhe von 392 Mio € (Vorjahr: 412 Mio €). Darüber hinaus sind Aufwendungen für Schuldübernahmevereinbarungen von bei Tochtergesellschaften aufgelegten Vorruhestands- und Abfindungsangeboten in Höhe von 46 Mio € (Vorjahr: – Mio €), für Prozessrisiken und Prozesskosten in Höhe von 22 Mio € (Vorjahr: 54 Mio €) sowie die Vergütungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost in Höhe von 14 Mio € (Vorjahr: 12 Mio €) enthalten.

Aufwendungen aus Verlustübernahme

Aus der vertraglich vereinbarten Verlustübernahme für Tochtergesellschaften resultiert im Berichtsjahr ein Aufwand von 145 Mio € (Vorjahr: 89 Mio €).

Ergebnis vor Steuern

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein Ergebnis vor Steuern und Gewinnabführung in Höhe von 227 Mio € (Vorjahr: 20 Mio €) ausgewiesen.

Ertragsteuern

Der Steueraufwand in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 11 Mio €) resultiert aus den unter der Geltung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags rechtlich noch geschuldeten Steuern der Zweigniederlassung Luxemburg sowie aus Steuern für Vorjahre.

Jahresüberschuss

Die Postbank weist für das Geschäftsjahr 2017 nach Abführung eines Gewinns von 217 Mio € an die DB Beteiligungs-Holding GmbH, Frankfurt am Main, ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE**Bilanzentwicklung****Bilanzsumme**

Die Bilanzsumme der Postbank lag mit 124,6 Mrd € um 1,7 % unter dem Vorjahreswert von 126,8 Mrd €.

Die Aktivseite der Bilanz war hauptsächlich geprägt durch eine Reduzierung der Wertpapierpensionsgeschäfte und einen fortgeführten Abbau des Wertpapierbestands. Gegenläufig entwickelten sich die Forderungen an Kunden. Auf der Passivseite schlug sich der Rückgang im Wesentlichen in geringeren Wertpapierpensionsgeschäften nieder.

Forderungen an Kunden

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 werden Forderungen an Kunden in Höhe von 78,8 Mrd € ausgewiesen, ein Zuwachs von 7,4 % gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen mit 2,9 Mrd € aus privater Baufinanzierung und mit 1,1 Mrd € aus gewerblichen Krediten.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen, die aus Forderungen an Kreditinstitute, Handelsbestand und Schuldverschreibungen bestehen, beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 36,1 Mrd € (Vorjahr: 42,7 Mrd €). Die Forderungen an Kreditinstitute verminderten sich im Jahresvergleich um 15,5 % auf 15,5 Mrd €. Dieses ist im Wesentlichen auf den Rückgang von Wertpapierpensionsgeschäften zurückzuführen (–5,1 Mrd €). Gegenläufig entwickelten sich die Sichteinlagen mit einer Erhöhung um 3,1 Mrd € auf 8,6 Mrd €. Im Zuge der Verbesserung der Risikostruktur und der Ergebnisqualität wurde der Abbau des Wertpapierbestands weiter fortgeführt, sodass dieser mit 20,5 Mrd € um 3,7 Mrd € niedriger lag als im Vorjahr. Der Handelsbestand betrug am Bilanzstichtag 0,1 Mrd € (Vorjahr: 0,3 Mrd €) und beinhaltet im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Zum Bilanzstichtag beliefen sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auf 101,1 Mrd € und entsprachen damit annähernd dem Vorjahreswert von 101,4 Mrd €. Während sich die Spareinlagen mit 36,7 Mrd € gegenüber 38,6 Mrd € im Vorjahr um 4,9 % rückläufig entwickelten, verzeichneten die täglich fälligen Sichteinlagen und anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist einen Anstieg um 7,4 % auf 54,2 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und dem Handelsbestand, beliefen sich auf 14,0 Mrd € (Vorjahr: 15,2 Mrd €). Der Handelsbestand am Bilanzstichtag betrug wie im Vorjahr 0,1 Mrd € und beinhaltet negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1,1 Mrd € auf 10,7 Mrd € resultiert im Wesentlichen aus geringeren Wertpapierpensionsgeschäften (–0,4 Mrd €) und fälligen Namenspapieren (–0,6 Mrd €). Der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten hat sich aufgrund von Fälligkeiten um 0,1 Mrd € auf 3,2 Mrd € vermindert.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Berichtsjahr wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB 200 Mio € entnommen sowie gemäß der Vorgabe des § 340e Abs. 4 HGB 1 Mio € zugeführt. Der Fonds erreichte zum Stichtag eine Gesamthöhe von 2.227 Mio €.

Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2017 2.921 Mio €. Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) stieg gegenüber dem Jahresende 2016 von 11,0 %¹ auf 12,9 %².

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) stieg gegenüber dem Jahresende 2016 von 10,6 %¹ auf 12,7 %².

Die positive Entwicklung der Kapitalquoten auf Grundlage des Jahresabschlusses 2017 resultiert im Wesentlichen aus dem genehmigten Antrag auf Anwendung eines Risikogewichts von 0 % für Intragruppenforderungen gemäß Art. 113 Abs. 6 CRR, die die zu berücksichtigenden, risikogewichteten Aktiva im Vergleichszeitraum um ca. 8.831 Mio € verringert.

Gegenläufig wirkt sich der Rückgang des harten Kernkapitals aus, der im Wesentlichen aus der Entnahme von 200 Mio € aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB resultiert. Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG als Quotient aus Ergebnis nach Steuern und vor Gewinnabführung und Bilanzsumme lag für das Jahr 2017 bei 0,17 % (Vorjahr: 0,01 %).

Eine ausführlichere Darstellung der Kapitalquoten findet sich im Anhang.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2017

Das Investitionsportfolio wurde durch signifikante Investitionen in die Management Agenda zur Steigerung der Zukunftsfähigkeit und die Integration der Deutsche Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern bestimmt. Vor diesem Hintergrund wurde im Geschäftsjahr 2017 ein mittlerer dreistelliger Millionen-Euro-Betrag zur Verfügung gestellt, der maßgeblich von der Rückstellungsbildung für ein freiwilliges Vorruhestands- und Abfindungsprogramm in Anspruch genommen wurde.

Abgesehen von den Maßnahmen im Zusammenhang mit der Integration, konzentrierten sich die Investitionen auf die digitale Transformation zur Steigerung der Zukunftsfähigkeit der Postbank sowie regulatorisch notwendige Initiativen.

Zu den Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit gehörten insbesondere Investitionen zur Steigerung der digitalen Effizienz und zur Stärkung der Neugeschäftsabschlüsse über digitale Kanäle. Zu diesem Zweck hat die Postbank weiter in die Etablierung ganzheitlicher digitaler Prozessmodelle (End-to-End-Optimierung) investiert. Neben der digitalen Kontoeröffnung ist es seit Mitte 2017 möglich, einen Ratenkredit vollständig digital innerhalb weniger Minuten abzuschließen. Mit dem Postbank Finanzassistenten hat die Postbank einen Grundstein gelegt, Mobile Payment im größeren Stil attraktiv für Verbraucher zu machen. Zusätzlich

erhielt das Online Brokerage im Rahmen der Wertpapieroffensive einen neuen Internetauftritt und bietet seither eine noch attraktivere Plattform für unsere Depotkunden. Gemäß der strategischen Ausrichtung „digital & persönlich“ wurde die Optimierung des Filialnetzes mit dem Ausbau der Vertriebscenter und der Etablierung der sogenannten Kompaktiliale in Regionen mit vergleichsweise niedrigerer Kundenfrequenz weiter vorangetrieben. Ferner wurde in die Steigerung der Effizienz und Modernität unserer Filialen mit zusätzlichen kundenfreundlichen automatisierten Selbstbedienungsmöglichkeiten investiert.

Neben Investitionen in digital gestützte Beratungs-, Verkaufs- und Serviceprozesse (Videolegitimation, digitale Signatur, Relaunch des Online Brokerage und des Kundenservice-Portals) wurden weiterhin Investitionen zur Einhaltung regulatorischer Vorgaben getätigt. Dazu zählten u. a. die Umsetzung der Anforderungen aus den Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS 9), der neu gefassten EU-Finanzmarktrichtlinie (MiFID II), der Richtlinien über Konten- und Zahlungsdienste (PAD/PSD), der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), Basel III/IV sowie der Vorgaben der EZB und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Gesamtaussage Geschäftslage 2017

Die Ertragslage zeigte sich aufgrund des anhaltend herausfordernden Marktumfelds und des Niedrigzinsniveaus ohne Berücksichtigung der Entnahme aus den Vorsorgereserven nach HGB sowie der Realisierung der stillen Reserven aus dem konzerninternen Übertrag einer Beteiligung rückläufig. Die insbesondere durch das Zinsumfeld und den Wegfall positiver Sondereffekte des Vorjahres bedingte negative Entwicklung der Gesamterträge, bestehend aus Zins-, Provisionsüberschuss, Nettoertrag des Handelsbestands und Bewertungsergebnis, konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr vor dem Hintergrund der erfolgreichen Umsetzung zahlreicher strategischer Maßnahmen fast kompensiert werden und war damit beinahe ausschließlich durch Einmaleffekte verursacht. Insbesondere vor dem Hintergrund der Neuorganisation der Kontomodelle und einer Wertpapieroffensive mit positiver Kundenresonanz ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr gelungen, den Ertragsmix der Postbank besser zu balancieren und weniger zinsabhängig zu gestalten. Gleichzeitig konnte der Verwaltungsaufwand – ohne Aufwendungen für die Rückstellungsbildungen im Rahmen der geplanten Zusammenführung der Deutschen Postbank AG mit der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und der Neuorganisation des Vertriebs – erfolgreich reduziert werden.

Die Vermögens- und Finanzlage der Postbank wurde 2017 unverändert durch die fortgesetzte Fokussierung auf ein Wachstum des Kreditportfolios unseres – vergleichsweise wenig schwankungsanfälligen – Geschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit dem Ziel der Erreichung einer ausgeglichenen Kundenbilanz bestimmt. Durch das erfolgreiche Bestandswachstum im Kreditgeschäft sowie das aktive Bestandsmanagement der Finanzanlagen ist es der Postbank gelungen, ihre Bilanz stärker auf das Kundengeschäft auszurichten.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die nachfolgenden Ausführungen zu den finanziellen Leistungsindikatoren beziehen sich auf die steuerungsrelevanten IFRS-Teilkonzernzahlen der Postbank Gruppe.

¹Auf der Grundlage des testierten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016
²Vorbehaltlich der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017

Das Ergebnis vor Steuern verzeichnete im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 56 Mio € bzw. 18,4% auf 248 Mio €. Damit lag das Ergebnis nicht wie erwartet deutlich über dem Vorjahresergebnis. Ursache für die Abweichung von der Prognose ist die Tatsache, dass die Aufstellung des Jahresabschlusses 2016 vor Ankündigung der beabsichtigten Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern erfolgte und daraus resultierende Auswirkungen auf das Ergebnis der Postbank im Geschäftsjahr 2017 nicht im Prognosebericht reflektiert worden waren. Entsprechend überstiegen die Aufwendungen für strategische Initiativen unsere Erwartungen deutlich und belasteten das Ergebnis im Berichtszeitraum stärker als antizipiert.

Das bereinigte Ergebnis vor Steuern, eine Basis für die Beurteilung der operativen Geschäftsentwicklung, konnte mit 649 Mio € im Vergleich zum Vorjahr um 183 Mio € bzw. 39,3% gesteigert werden. Mit diesem Ergebnis wurde die prognostizierte Steigerung im mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Bereich deutlich übertroffen. Die Basis für diese positive Entwicklung waren die Maßnahmen zur Reduktion der Abhängigkeit vom Zinsergebnis und eine erfolgreiche Umsetzung unserer strategischen Maßnahmen zur Verbesserung der Kosteneffizienz.

Der Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern – bezogen auf das Geschäftsjahr 2017 – lag mit 4,7% aufgrund der unerwarteten Steigung der Aufwendungen für strategische Initiativen im Geschäftsjahr 2017 nicht wie erwartet auf dem Niveau der Vergleichsperiode (6,1%). Ohne Berücksichtigung der bereinigten Sondereffekte hätte der RoTE nach Steuern 9,9% nach 8,3% im Vorjahr betragen. Bei ausschließlicher Bereinigung der Aufwendungen für strategische Initiativen hätte sich ein RoTE nach Steuern von 10,3% (Vorjahr: 8,9%) ergeben.

Die erwartete moderate Verbesserung der Cost Income Ratio konnte aufgrund der im Zuge der angestrebten Integration deutlich höheren Aufwendungen für strategische Initiativen nicht erreicht werden. Mit 89,9% lag die Quote über dem Vorjahresniveau von 85,9%. Ohne Berücksichtigung der Sondereffekte hätte sich eine Verbesserung der Cost Income Ratio um 2,7 Prozentpunkte auf 77,9% ergeben.

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2017 entwickelte sich gegenüber dem Jahresende 2016 moderat rückläufig und betrug 11,9% nach 12,4% im Vorjahr. Zu Beginn der Berichtsperiode waren wir nur von einem leichten Rückgang ausgegangen. Verantwortlich für die Abweichung von unserer Prognose waren im Wesentlichen die im Geschäftsjahr 2017 in größerer Höhe als erwartet geleistete Gewinnabführung sowie die Ergebnisbelastung durch außerplanmäßige Rückstellungen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern, die zu einer Reduktion des harten Kernkapitals führten. Ohne Berücksichtigung der vorstehend genannten Effekte hätte die harte Kernkapitalquote (fully phased-in) zum Berichtsjahresende 13,2% betragen.

Die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2017 reduzierte sich per 31. Dezember 2017 auf 3,3% (Vorjahr: 3,4%) und erfüllte damit nicht unsere Erwartung einer moderaten Verbesserung. Analog zur Entwicklung der harten Kernkapitalquote wirkten sich trotz der erzielten Reduktion des Leverage Exposure hier die Gewinnausschüttung und die Ergebnisbelastung negativ aus.

Den Berechnungen lagen die regulatorischen Anforderungen gemäß Art. 429 CRR zugrunde.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren gegenüber dem Vorjahr erläutert.

Die im Jahr 2017 durchgeführte Mitarbeiterbefragung stand ganz im Zeichen der Weiterentwicklung der Strategie der Deutschen Bank und des Zusammenwachsens. Die Beteiligungsquote lag mit 71% über dem Vorjahreswert und, absolut betrachtet, auf einem sehr erfreulichen Niveau. Ebenso wie die Beteiligungsquote stieg auch die Zustimmung der Mitarbeiter in allen Themenbereichen, während unsere Erwartung ein konstantes Niveau vorsah. Die Bereitschaft der Mitarbeiter, sich an das sich wandelnde Umfeld für Banken anzupassen, zeigte sich erneut in der Dimension „Veränderungsfähigkeit“, die mit 78% die höchste Zustimmung erfuhr. Die neu eingeführte Kategorie „Digitale Transformation“ erhielt den zweithöchsten Zustimmungswert; auch dies unterstreicht die Anpassungsbereitschaft innerhalb der Organisation. Den stärksten Anstieg – jeweils um 4 Prozentpunkte – verzeichneten die Dimensionen „Produktivität und Effizienz“ sowie „Geschäftserfolg/Ziele“. Diese positive Entwicklung kann insbesondere auf die vielfältigen Maßnahmen zur Verbesserung der Führungskultur und zur Umsetzung des Leitbilds sowie der Postbank Agenda in Verbindung mit der guten geschäftlichen Entwicklung im Geschäftsjahr 2017 zurückgeführt werden.

Die Ergebnisse zur Kundenzufriedenheit im Privatkundensegment lagen im Rahmen unserer Erwartung stabil auf dem durchschnittlichen Niveau der Vergleichsperiode. Im vierten Quartal 2017 zeigte sich ein Turnaround in Form einer positiven Trendwende bei den Kernaspekten, die im Rahmen regelmäßiger Zufriedenheitsbefragungen erhoben werden.

Firmenkunden bescheinigen der Postbank auch weiterhin ihre hohe Kundenzufriedenheit. Die positive Entwicklung der Kundenzufriedenheit bestätigt den eingeschlagenen Weg der Ausrichtung auf den Mittelstandskunden.

CHANCENBERICHT

Das aktuell historisch niedrige bzw. negative Zinsumfeld wirkte sich belastend auf die Ertragskraft der Postbank aus, da diese über einen hohen Bestand an Sicht- und Spareinlagen im Vergleich zum bestehenden Kreditgeschäft verfügt. Der daraus resultierende Einlagenüberhang sorgt in Zeiten von negativen Geldmarktzinsen in Verbindung mit einer konservativen Anlagestrategie für eine Belastung des Zinsüberschusses. Gleichzeitig stimuliert das weiterhin historisch niedrige Zinsniveau die Nachfrage nach Finanzierungslösungen und ermöglicht so eine Reduktion des Einlagenüberhangs. Sollte dieser schneller als erwartet reduziert werden können, würde sich dies positiv auf das Ergebnis der Postbank auswirken. Die Postbank hat hiervon durch Zuwächse im Neugeschäft bei Konsumentenkrediten und Wohnungsbaukrediten bereits profitieren und den Einlagenüberhang bei stabilen Kundeneinlagen reduzieren können.

Ein Richtungswechsel in der europäischen Geldpolitik als verändertes Makroszenario könnte neben steigenden Zinserträgen auch neue Überlegungen für die Positionierung privater Vermögensanlagen auslösen und damit zu einer Belebung des Provisionsgeschäfts beitragen. Sofern sich die Sparkunden der Postbank stärker als vorausgesehen für die Verwendung ihrer Einlagen zum Erwerb von Wertpapieren entscheiden, würde dies zu einer Stärkung des Provisionsüberschusses führen. Ein breiteres Verständnis der Bankkunden für die Überarbeitung von Gebührenmodellen vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds könnte sich ebenfalls positiver als erwartet auf das Provisionsgeschäft auswirken.

Wesentliche Chancen erwachsen für die Postbank aus einem disziplinierten Kostenmanagement, das eng mit der Digitalisierungsstrategie der Postbank verknüpft ist. Die veränderten Anforderungen der Bankkunden – weg von einer persönlichen Beratung hin zu Multikanalberatung und -dienstleistungen – verändern das Bankgeschäft spürbar. Für die Postbank ergibt sich aus einer schneller als erwartet steigenden Akzeptanz zur Nutzung von digitalen Anשמöglichkeiten in der Kundenberatung die Möglichkeit, ihr Kundengeschäft effizienter zu betreiben.

Die Postbank hat mit ihrer Positionierung „digital & persönlich“ den Trend zur Digitalisierung aufgegriffen und ihre Digitalisierungsstrategie konsequent fortgesetzt. Im Rahmen dieser Strategie zielt die Postbank – beispielsweise mit vollständig digitalisierten End-to-End-Prozessen – darauf ab, sowohl die Generierung zusätzlicher Erträge positiv zu beeinflussen als auch Kosteneinsparungen durch Prozessoptimierungen und einen höheren Automatisierungsgrad zu realisieren. So ist es der Postbank im Geschäftsjahr 2017 gelungen, die Einrichtung, Erhöhung oder Reduzierung eines Diskokredits vollständig zu digitalisieren und damit einerseits dem Kunden einen deutlich schnelleren Service zu bieten und andererseits den internen Bearbeitungsaufwand deutlich zu reduzieren. Zusätzlich ist es der Postbank gelungen, den Abschluss eines Ratenkredits vollständig zu digitalisieren und damit den Kunden eine Kreditentscheidung binnen weniger Minuten mitteilen zu können.

Sollten darüber hinaus Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz eine stärkere Wirkung als geplant entfalten, könnte sich dies – ebenso wie eine über den Erwartungen liegende Kundennachfrage und ein höherer Marktanteil – positiv auf das Ergebnis sowie die regulatorischen Kennziffern

wie Leverage Ratio und CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) auswirken.

Sofern sich die ökonomischen Bedingungen in Deutschland, das Zinsumfeld und die Wettbewerbssituation in der Finanzdienstleistungsbranche besser als angenommen entwickeln, könnte dies zu höheren Erträgen führen, die nur teilweise durch zusätzliche Kosten aufgezehrt würden. Dies könnte zur Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern und der Cost Income Ratio führen.

Für die Postbank ergibt sich vor dem Hintergrund der von der Deutschen Bank verkündeten Strategie, die Integration der Postbank in das Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank vorantreiben zu wollen, die Chance, Synergien zu erzielen.

Den kurzfristigen Chancen für Verbesserungen der Erträge und Aufwendungen der Postbank aufgrund der oben genannten möglichen Entwicklungen stehen auf mittlere und längere Sicht Risiken entgegen, und zwar insbesondere Kredit-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Der Schwerpunkt des Risikoprofils der Postbank liegt auf den Kredit- und Einlagengeschäften mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden in Deutschland. Der Fokus im Risikomanagement der Postbank lag im Berichtsjahr auf der Stärkung unserer regulatorischen und ökonomischen Kapitalbasis unter Einhaltung unseres Risikoprofils. Dies fand vor dem Hintergrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie politischer Unsicherheiten in Großbritannien (Brexit) und Frankreich (Wahlen) statt.

Die Postbank bewegt sich weiterhin in einem soliden konjunkturellen Umfeld. Im Berichtsjahr beschleunigte sich zudem in Deutschland und im Euroraum das Wirtschaftswachstum. Der aktuell gute Zustand des Arbeitsmarktes, dokumentiert in einer sinkenden Arbeitslosenquote bei gleichzeitig steigender Erwerbstätigkeit, und die positive Entwicklung sowohl der Immobilienpreise als auch der deutschen Industrie bieten Wachstumsmöglichkeiten für das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden. Gleichzeitig wirkt diese gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland positiv auf die Kreditrisiken im Bestandsgeschäft.

Aufgrund ihres Geschäftsmodells und ihres Fokus auf das Kundengeschäft in Deutschland geht die Postbank aktuell davon aus, dass sie von den im Rahmen des Brexit zu erwartenden Entwicklungen im europäischen Ausland nur in geringem Ausmaß betroffen sein wird. Die Postbank sieht diesbezüglich aktuell keine berichtenswerten Ausfall- oder Liquiditätsrisiken. Gleichwohl kann es durch die politischen Unsicherheiten zu erhöhten Volatilitäten und entsprechenden Barwertschwankungen sowie damit einhergehend zu Risiken für die Vermögenslage der Bank kommen.

Gesamtbankrisiko

Die Risikonahme zur Ergebniszielsetzung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Als führendes Institut der Postbank Gruppe überwacht und steuert die Postbank die Limite auf Ebene der Postbank Gruppe. Im Berichtsjahr 2017 wurden alle auf Gruppenebene festgesetzten Limite, insbesondere die Limite für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken, stets eingehalten. Die Risikotragfähigkeit war jederzeit gegeben. Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die Postbank nicht erkennbar.

Kreditrisiken

Das Kreditgeschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden konnte im Berichtszeitraum ausgeweitet werden. Dabei lag die Risikovorsorge im Berichtsjahr 2017 aufgrund des weiterhin positiven Verlaufs im Kundengeschäft – auch zurückzuführen auf ein anhaltend vorteilhaftes makroökonomisches Umfeld, in dem sich die Bank bewegt, gute Erlöse im Rahmen der Sicherheitenverwertung sowie ein konsequentes Risikomanagement – deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Im Berichtszeitraum wurde für wesentliche Teile des Privatkundengeschäfts mit dem Kundenrating ein neues Risikoquantifizierungsverfahren in den sogenannten Use-Test überführt.

Der ökonomische Kapitalverbrauch hat sich 2017 reduziert, was zu einer Senkung des Kreditrisikolimits und einer Anpassung der jeweiligen Segmentlimite führte.

Für 2018 erwarten wir eine weiterhin positive Entwicklung der Risikosituation, einhergehend mit einem soliden konjunkturellen Umfeld, getragen durch eine stabile Entwicklung des Wirtschaftswachstums sowie des Arbeitsmarktes.

Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank wird insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung am europäischen Kapitalmarkt beeinflusst. Während die Geldmarktzinsen im Berichtsjahr 2017, geprägt durch die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), nahezu unverändert im negativen Bereich und damit auf historisch niedrigem Niveau verharrten, sind die Zinsen am Kapitalmarkt über alle Laufzeiten hinweg leicht gestiegen. Sowohl die Credit Spreads europäischer Staatsanleihen als auch die europäischer Banken und Unternehmen sind vor dem Hintergrund des positiven wirtschaftlichen Umfelds im Durchschnitt gesunken. Vor diesem Markthintergrund und verbunden mit einer leichten Reduktion der offenen Zinsrisikoposition sowie einem weiteren Abbau der Credit-Spread-Risiken, lag der operative Value-at-Risk (VaR) des Anlagebuchs zum Stichtag deutlich unterhalb des Niveaus vom Vorjahresresultimo.

Auch der auf Basis eines Stressed-Value-at-Risk-Ansatzes berechnete Risikokapitalbedarf für Marktrisiken ist gegenüber dem Vorjahresresultimo deutlich gesunken. Ursächlich hierfür ist zum einen die Reduktion des Zins- und Credit Spread Exposure, zum anderen auch eine Anpassung in der Modellierung der relevanten Risikoparameter. Ausblickend erwarten wir, dass der Risikokapitalbedarf im Berichtsjahr 2018 auf dem derzeitigen Niveau verbleibt. Die unvermindert bestehenden politischen Unsicherheiten, z. B. aufgrund der laufenden Brexit-Verhandlungen, können allerdings auch zu erneut erhöhten Volatilitäten an den Märkten und damit zu entsprechenden Barwertschwankungen führen.

Marktrisiken entstehen der Postbank dabei allein aus Positionen des Anlagebuchs, Handelsbuchaktivitäten fanden im Berichtsjahr wie auch schon im Vorjahr nicht statt.

Liquiditätsrisiken

Im Berichtsjahr 2017 wurden auf Basis einer stabilen Refinanzierungsstruktur stets ausreichende Liquiditätspuffer für die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der regulatorischen Liquiditätsanforderungen vorgehalten. Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Auf Basis unserer Liquiditätsprognosen und -planungen werden wir die Überschussliquidität reduzieren, erwarten aber auch unter Würdigung der laufenden Brexit-Verhandlungen für die absehbare Zukunft eine angemessene Liquiditätsausstattung.

Operationelle Risiken

Das Schadenprofil für Operationelle Risiken der Postbank spiegelt im Wesentlichen die strategische Ausrichtung einer Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit Mengengeschäft wider. Ein Schwerpunkt lag in den letzten Jahren stets auf den sogenannten High-Frequency/Low-Impact-Schäden, also den Schadenfällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten. Der hieraus im Berichtsjahr resultierende Verlust war im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. In den letzten Jahren waren außerdem zahlreiche Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung zu verzeichnen. Ein Großteil dieser Klagen und Beschwerden bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds, obwohl der Vertrieb von geschlossenen Fonds bereits 2012 eingestellt wurde. Die Anzahl der Verfahren liegt auf dem Niveau des Vorjahres.

Aufgrund der initiierten und bereits umgesetzten Maßnahmen geht die Postbank für die nächsten Jahre von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken aus.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank sowie die ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Firmenkunden, Banken, Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Real Estate) sowie seit der zweiten Jahreshälfte 2017 auch für Privatkunden-Dispositions Kredite.

Den aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarf für Operationelle Risiken ermittelt die Postbank unverändert nach dem Standardansatz.

Im Berichtsjahr 2017 hat die Postbank die Umsetzung umfangreicher regulatorischer Neuerungen vorangetrieben. Dies umfasste u. a. Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit und der Sicherstellung der Geschäftskontinuität bei IT-Ausfällen. In Bezug auf die Risk-Data-Aggregation (RDA)-Anforderungen gemäß BCBS 239 hat die Postbank im Einklang mit einer strategischen Zielarchitektur für die Risiko- und Finanzfunktionen im Jahr 2017 maßgeblich die zentrale Datenbasis ausgebaut. Darauf aufbauend erfolgt schrittweise die Übernahme der mit der Bilanz abgestimmten normierten Daten in die Reportingsysteme.

Fortgeführt wurden daneben die Maßnahmen zur Umsetzung der neuen AnaCredit-Meldeanforderungen („Analytical Credit Dataset“-Projekt der EZB) sowie weiterer Neuerungen im aufsichtsrechtlichen Meldewesen ebenso wie die Begleitung der diversen neuen Regulierungsvorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Vervollständigung bzw. Reformierung des Basel-III-Regelwerks und deren Umsetzung in europäisches Recht (CRR II – Capital Requirements Regulation II/CRD V – Capital Requirements Directive V).

Risikomanagement im Rahmen des Deutsche Bank Konzerns

Die Postbank ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement der Deutschen Bank AG eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zu gewährleisten. Hierzu ist die Postbank in die Verfahren zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, welche einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefern und der Bank die entsprechende Einflussnahme ermöglichen. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Die Postbank ist über die Deutsche Bank Gruppe in den Single Supervisory Mechanism (SSM) eingebunden. Die Postbank unterliegt als Teil der Deutsche Bank Gruppe der direkten Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB). Bei Anfragen der EZB-Bankenaufsicht an die Deutsche Bank wird die Postbank daher miteinbezogen. Zudem steht die Postbank in einem regelmäßigen Austausch mit den nationalen Aufsichtsbehörden.

Die Deutsche Bank als Eigentümerin der Postbank hat 2017 angekündigt, die Postbank mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank zusammenlegen zu wollen. Die strategische Neupositionierung und das klare Bekenntnis zum Heimatmarkt haben das Ziel, einen Marktführer im Privat- und Firmenkundengeschäft in Deutschland zu formen und die gemeinsamen Größenvorteile zu nutzen. Unabhängig hiervon werden die Aufgaben hinsichtlich des gemeinsamen Gruppenrisikomanagements mit der Deutschen Bank parallel vollständig weiter übernommen.

Arten von Risiken

Die innerhalb der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer bankweiten Risikoinventur ermittelt.

Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Zuge der mindestens jährlich durchgeführten Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift bei der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung quantifiziert und mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos mit Risikokapital unterlegt. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung dieser Risikoarten.

• Marktrisiken

Marktrisiken entstehen durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen sowie marktwertbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Credit Spreads, Fremdwährungskursen), ihrer wechselseitigen Korrelationen und spezifischen Volatilitäten.

Marktrisiken entstehen der Postbank allein aus ihren Positionen im Anlagebuch. Sie umfassen somit insbesondere

a) Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch (Interest Rate Risk in the Banking Book – IRRBB): Risiken einer Verschlechterung der finanziellen Lage des Instituts aufgrund von Veränderungen der allgemeinen Marktzinsen. Hierbei werden zwei Ausprägungen des IRRBB berücksichtigt:

- Einkommenseffekt, d. h. die Wirkung auf das periodische Zinsergebnis,
- Barwerteffekt, d. h. die Wirkung auf den ökonomischen Wert der Geschäfte.

b) Marktrisiken in Bezug auf die leistungsorientierten Pensionspläne infolge eines potenziellen Rückgangs des Marktwertes der Aktiva oder einer Zunahme des Marktwertes der Pensionsverpflichtungen.

Zu den Marktpreisrisiken im weiteren Sinne zählt die Postbank auch:

c) Immobilienrisiken: Mietausfallrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank Gruppe,

d) Beteiligungsrisiken: Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

Die Immobilien- und Beteiligungsrisiken sind im Rahmen der Risikoinventur als für die Postbank nicht wesentlich identifiziert, im Rahmen einer konservativen Risikobetrachtung werden sie aber dennoch mit Risikokapital unterlegt.

• Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder den direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Postbank unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken:

a) Adressausfall- und Bonitätsrisiken: Während Bonitätsrisiken die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners messen, bestehen Adressausfallrisiken darin, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen. Für angekaufte Forderungen im Factoring-Geschäft werden Verwässerungsrisiken berücksichtigt, hierunter fällt das Risiko, dass der Forderungsverkäufer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt und die angekaufte Forderung dadurch einen geringeren Wert besitzt.

b) Abwicklungsrisiken entstehen, wenn die Abwicklung oder die Verrechnung von Transaktionen scheitern. Dabei handelt es sich um potenzielle Verluste beim Ausfall des Kontrahenten im Zusammenhang mit dem nicht zeitgleich vollzogenen Austausch von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten.

c) Länderrisiken entstehen auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen durch unerwartete Ausfall- oder Abwicklungsrisiken mit entsprechenden Verlusten in Ländern, die in erster Linie die Kontrahenten in diesem Rechtsraum beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- und Entwertung der Landeswährung. Länderrisiken beinhalten auch Transferrisiken. Transferrisiken entstehen, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.

• Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken entstehen durch die Unsicherheit, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig, nicht zeitgerecht oder nur zu erhöhten Kosten nachkommen zu können. Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank drei Arten:

a) Zahlungsunfähigkeitsrisiko beschreibt das Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen – auch Intraday – nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Der Fokus liegt auf einer unterjährigen Betrachtung und der Vorhaltung eines angemessenen Puffers an liquiden Aktiva.

b) Finanzierungsrisiko beschreibt das Risiko, dass die erwarteten Refinanzierungskapazitäten im Rahmen der Funding-Strategie nicht ausreichen, um mögliche Refinanzierungslücken rechtzeitig zu schließen.

c) Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) beschreibt das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristeninkongruenz aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko ist im Rahmen der Risikoinventur als für die Postbank nicht wesentlich identifiziert und wird daher nicht mit Risikokapital unterlegt.

- **Operationelle Risiken**

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können.

- a) **Rechtsrisiken** sind Teil der Operationellen Risiken.

Sie beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben. Nicht gemeint sind die Kosten für die Veränderung der Prozesse zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen. Compliance-Risiken sind gemäß Vorgaben der EBA ebenfalls Teil der Operationellen Risiken. Sie sind definiert als „bestehendes oder künftiges Ertrags- oder Kapitalrisiko infolge von Verletzungen oder der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Rechtsvorschriften, Vereinbarungen, vorgeschriebenen Praktiken oder ethischen Standards“. Daher überschneiden sich Compliance-Risiken zu einem großen Teil mit Rechtsrisiken.

- b) **Verhaltensrisiken (Conduct Risk)** sind bestehende oder künftige Risiken von Verlusten eines Instituts infolge der unangemessenen Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich Fällen vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens. Hierunter fasst die Postbank Gruppe alle OpRisk-Schäden zusammen, die den Ereigniskategorien „Kunden, Produkte, Geschäftsgepflogenheiten“ und „Interner Betrug“ zugeordnet werden.

- c) **Modellrisiken (Model Risk)** sind Risiken aus der Fehlschätzung der Eigenmittelanforderungen im Rahmen aufsichtlich zugelassener interner Modelle und aus der Entwicklung, Einführung oder fehlerhaften Anwendung anderer Modelle, die zur Entscheidungsfindung herangezogen werden.

- d) **IT-Risiken** sind bestehende oder künftige Risiken von Verlusten aufgrund der Unzweckmäßigkeit oder des Versagens der Hard- und Software technischer Infrastrukturen, welche die Verfügbarkeit, Integrität, Zugänglichkeit und Sicherheit dieser Infrastrukturen oder von Daten beeinträchtigen können.

- **Geschäftsrisiken**

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken:

- a) **Spar- und Girorisiken:** Mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.

- b) **Reputationsrisiken:** Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen der Postbank bei ihren Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für die Postbank entstehen kann.

- c) **Residuale Geschäftsrisiken** bezeichnen Risiken eines Ergebnismrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf andere Risiken zurückzuführen sind.

Für alle quantifizierbaren Risikoarten erfolgt im Rahmen der internen Steuerung eine Zuweisung des Risikokapitals auf Segmentebene. Durch das interne Transferpricing werden grundsätzlich alle Zinsänderungsrisiken in das Segment Financial Markets übertragen.

Darüber hinaus betrachtet die Postbank auch sonstige Risiken, die keiner der oben genannten Risikoarten eindeutig zugeordnet werden können. Dazu gehören insbesondere Pensionsrisiken. Kredit- und Marktrisiken aus Pensionsverpflichtungen werden der jeweiligen Risikoart zugerechnet und mit Eigenkapital unterlegt. Außerdem wird das Langlebigkeitsrisiko über einen Kapitalabzug im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Organisation des Risikomanagements

Im Rahmen dieses Risikoberichts werden ein Überblick über das Risikomanagement im Allgemeinen gegeben und im Weiteren die operativ steuerbaren Risikoarten, d. h. Marktrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken, ausführlich dargestellt.

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagement-Organisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Das Risikomanagement wird bankweit durch die zentralen und die angebundene dezentralen Einheiten wahrgenommen. Das innerhalb der Postbank eingerichtete Risikomanagementsystem stellt die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicher. Die entsprechenden Prozesse haben eine permanente Verbesserung der Ertrags-, Kapital- und Risikosteuerung zum Ziel, wobei die stetige Steigerung der Qualität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird. In diesem Kontext werden die Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen, um Chancen für eine risikoadäquatere Weiterentwicklung der Geschäfts- und der Risikostrategie der einzelnen Geschäftsfelder zu identifizieren.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements sowie die Steuerung und Überwachung des Risikos aller Geschäfte und stellt eine angemessene Kapital- und Liquiditätsausstattung sicher.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat und dessen Risikoausschuss. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat vor allem zu Fragestellungen des Risikoappetits, des Risikoprofils sowie der Risikostrategie und widmet sich Themen aufgrund des aktuellen Marktgeschehens oder von Ereignissen mit bemerkenswerten Auswirkungen auf das Risikoprofil bzw. auf Einzelportfolios. Der Aufsichtsrat und der Risikoausschuss des Aufsichtsrats werden regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der Postbank unterrichtet.

Die Risikostrategie der Bank ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Art und Umfang der Risikoprüfung sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen der Postbank. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert. Zielsetzung des Risikomanagements sind die Ergebnissicherung und die Optimierung des Risiko-Ertrag-Profiles durch eine verbesserte Kapitalallokation und durch operationelle Exzellenz. Dabei werden durch die integrierte Risikomanagement-Funktion die Zukunftsfähigkeit der Postbank gestärkt sowie die Risikokultur und die Risikodisziplin weiterentwickelt.

Durch die Fortsetzung der restriktiven Risikopolitik soll nachhaltig Raum für Wachstum geschaffen werden. Als Maßnahme gehört hierzu ebenfalls die Stärkung der regulatorischen und der ökonomischen Kapitalbasis (z. B. durch Kapitalthesaurierung). Für die Geschäftsfelder gibt es daher keine systematische Ausweitung ihres Risikoappetits.

Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das Bankrisikokomitee (BRK) als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands verfügt das BRK über wesentliche Entscheidungsbefugnisse. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben des Bankrisikokomitees und der ihm nachgelagerten Risikokomitees

	Bankrisiko- komitee (BRK)	Kreditrisiko- komitee (KRK)	Marktisiko- komitee (MRK)	OpRisk- Komitee (ORK)	Deckungsgeschäfts- komitee (DGK)	Modell- und Validierungskomitee (MVK)
Tagungs- frequenz	monatlich	vierteljährlich	monatlich	vierteljährlich	monatlich	monatlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands hinsichtlich: <ul style="list-style-type: none"> • Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) • Risikostrategien und Risikoprofil • Allokation von Risikokapital • Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank- Risikopositionen 	Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Analyse und Bewertung der Kreditrisiken Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken	Limitallokation der Markt Risiken Festlegung des Liquiditätsrisiko- profils Analyse und Bewertung der Spar- und Girorisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und der Risikosituation	Definition der Mindestanfor- derungen für Konzerneinheiten Definition der Rahmen- bedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapital- beträge auf die Geschäftsfelder	Regelung von Deckungs- geschäftsregister- themen Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbrief- geschäfts Sicherung der Ziel- konformität bezüg- lich der strategi- schen Ausrichtung und hinsichtlich der Emissionsfähigkeit	Überwachung und Validierung aller Rating- systeme und Risikoklassifizie- rungsverfahren Jährliche Validierung sämtlicher Modelle Änderungen von Rating- systemen, Risikoklassifizie- rungsverfahren und internen Modellen

Das Bankrisikokomitee agiert als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothemen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee (KRK), das Markt- risikokomitee (MRK), das OpRisk-Komitee (ORK – Komitee für Operationelle Risiken), das Deckungsgeschäftskomitee (DGK) sowie das Modell- und Validierungskomitee (MVK). Das Deckungsgeschäftskomitee entwickelt Steuerungsimpulse für das Deckungsgeschäft der Postbank. Das Modell- und Validierungskomitee ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Als weitere Gremien mit Leitung durch das Senior Management sind das Data-Quality-Komitee (DQK), das Auslage- rungskomitee (AusKo), das Regulatorik-RADAR-Komitee (RRK) und das Business Control Forum (BCF) eingerichtet, die ihre Aufgaben in enger Abstimmung mit dem Bankrisikokomitee und den für die operative Steuerung zuständigen Einheiten erfüllen.

Zur Steuerung ihrer Reputationsrisiken hat die Postbank ein gesondertes Reputationskomitee mit Vorstandsbesetzung eingerichtet.

Zentrale Risiküberwachung und -steuerung

Risikocontrolling-Funktion

Der Chief Risk Officer (CRO) ist bankweit für die risiko- überwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er ist Leiter der Risikocontrolling-Funktion und berichtet direkt dem Gesamtvorstand, dem Risikoausschuss des Auf- sichtsrats und dem Aufsichtsrat über die Gesamtisikolage der Postbank.

Die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs ist Basis für die aktive risikoartenübergreifende Portfoliosteuerung und dient der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. In einem Chief Operating Office (COO) werden die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO- Bereich umgesetzt. Das Auslagerungsmanagement, das Business Continuity Management und das Berechtigungs- management für die Postbank gehören zu den Aufgaben des COO.

Über die Bereiche Risikosteuerung und Konzernrisikocontrol- ling wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das Credit Office mit den Bereichen Kreditanalyse sowie Kreditsanierung und Abwicklung bündelt alle Kreditent- scheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Der Bereich Operations Financial Markets ist verantwortlich für die Abwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management.

Der Bereich Pfandbriefmanagement, in dem auch die Abteilung Treuhänderwesen angesiedelt ist, ist ebenfalls dem CRO-Ressort zugeordnet. Die Abteilung Treuhänderwesen achtet auf die vorschriftsmäßige Deckung für die Pfandbriefe der Postbank und führt das Deckungsregister. Die Abteilung arbeitet daher auch eng mit dem im Ressort Privatkunden II eingerichteten Bereich Regulatorik Privatkunden Pfandbrief/ Grundsatz zusammen.

Nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO-Ressorts.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben

Bereich	Aufgaben
Chief Operating Office	Ressourcenmanagement und Projekte Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Internes Kontrollsystem (CISO) Auslagerungsmanagement Business Continuity Management (BCM) Berechtigungsmanagement
Risiko-steuerung	Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit, integrierter Stresstests und Betreuung der Risikokomitees Definition der Risikostrategie und des Risikoprofils Management und Reporting der Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationellen Risiken Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung
Konzernrisiko-controlling	Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Portfoliomanagement Kreditrisikoreporting Koordination des Risikovorsorgeprozesses und der Watch-List Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung Einhaltung von Prozessstandards in der Kreditbearbeitung Qualitätssicherung
Kreditanalyse	Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen Sicherheitenmanagement der Kreditprozesse
Kreditsanierung und Abwicklung	Problemkreditbearbeitung Abwicklung der Kreditbeziehung Beitreibung Sicherheitenverwertung Erhöhung der Recovery Rate
Operations Financial Markets	Kontrolle und Abwicklung der Treasury Handelsgeschäfte Collateral Management
Pfandbriefmanagement	Treuhänderwesen Führung Deckungsregister und vorschriftsgemäße Deckung für die Pfandbriefe der Postbank

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt und durch die Qualifizierungsangebote der Postbank unterstützt, dazu gehören auch Maßnahmen, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Risikosteuerung je Risikoart

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist bei der Postbank auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie der Bereich Financial Markets, die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte sowie die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts.

Die operative Steuerung der Marktrisiken der Postbank erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets im Ressort „Firmen & Märkte“. Die Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion der Marktrisiken werden zentral von der Abteilung Marktrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung wahrgenommen.

Die Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort CRO. Hauptaufgabe der Abteilung Liquiditätsrisikomanagement ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank im Sinne des „Lender of Last Resort“ auch in bestimmten Stresssituationen sowie die Vorhaltung einer stabilen Refinanzierungsstruktur zu gewährleisten. Die operative Disposition der Liquidität sowie des für die Steuerung des Liquiditätsrisikos erforderlichen Liquiditätspuffers erfolgt zentral im Ressort „Firmen & Märkte“ der Deutschen Postbank AG.

Die Entwicklung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Konzernrisikocontrolling Risikomodelle, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Konzernrisikocontrolling Kreditrisikomanagement wahrgenommen werden. Die Abteilung Modellrisikomanagement und Validierung stellt in diesem Zusammenhang die aufsichtsrechtlich geforderte unabhängige Validierungseinheit (für IRBA-Verfahren) dar. Die Abteilung Chief Operating Office Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung der Erträge und Risiken bei.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Girorisiken sowie residuale Geschäftsrisiken nimmt die Abteilung Marktrisikomanagement wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Markt Bereichen.

Die Postbank geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ein geringes Reputationsrisiko ein. Im Fokus steht das Risiko gegenüber der Anspruchsgruppe „Kunden“ im kleinteiligen Privatkundengeschäft. Die bankweite Steuerung bedeutender Reputationsrisiken erfolgt über das Reputationskomitee der Postbank.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Postbank ist in das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank Gruppe sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) einbezogen. Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Risikodeckungsmasse stellt hierbei den sogenannten ökonomischen Substanzwert dar und dient vor allem dem Schutz erstrangiger Verbindlichkeiten in einem Liquidationsszenario.

Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital gemäß CRR/CRD IV (Capital Requirements Directive IV) und einem dem Risikoappetit der Postbank Gruppe entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Risikokapital und Limitierung

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom Bankrisikokomitee überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, Adjustierungen der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

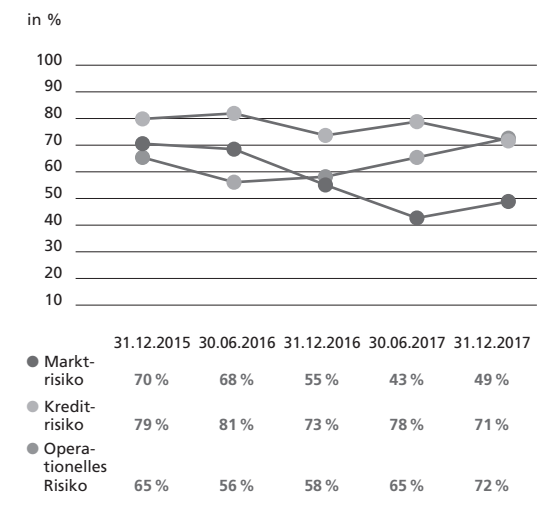
Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten wesentlichen Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Reputationsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vor.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten auf Gruppenebene sowie für die jeweiligen Portfolios. Für Marktrisiken wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung (im ökonomischen Gläubigerschutz) ein Stressed-Value-at-Risk-Konzept (Stressed-VaR-Konzept) verwendet, das für die Kalkulation der Kapitalunterlegung von Marktrisiken einen gestressten Zeitraum unterstellt. Der zum Ende des Berichtsjahres 2017 für die Ermittlung des Stressed-VaR herangezogene Zeitraum war der vom 8. August 2011 bis zum 26. Juli 2012, da dieser historische Zeitraum, bezogen auf die aktuelle Positionierung der Bank zum Berichtsstichtag, eine signifikante Stressperiode darstellte. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite für die Gesamtbank und je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch bankweit gültige Limite gesteuert.

Nachstehende Grafik veranschaulicht für die Postbank Gruppe die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf. Die Postbank verfolgt das Ziel eines aktiven Limitmanagements, um eine effektive Steuerungswirkung auf die Risiken zu erreichen.

Entwicklung Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten



Risikokonzentrationen

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und Geschäftsrisiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert, überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (beispielsweise im Bereich Zins- und Credit-Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stressszenarien beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risikoarten hinweg werden makroökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Rezession sowie weitere hypothetische oder historische Szenarien berechnet.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Konzerncontrolling Treasury. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Das Management der Konzentrationsrisiken erfolgt im Rahmen der Steuerung. Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind insbesondere die Bestände an europäischen Staats- und Länderanleihen relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segment-spezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposure erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreportings der Postbank.

Für das Commercial-Mortgage-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt. Der Fokus liegt weitgehend auf Deutschland bzw. auf Europa.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Neue-Produkte-Prozess systematisch identifiziert, dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Konzernweites Reporting

Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten-übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Risikokonzentrationen, periodische und barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Markt Risiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, wesentliche Transaktionen	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der wesentlichen Markt Risiken, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Backtestingergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Markt Riskokomitee, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
Kreditrisiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Economic-Capital (EC)-Berichterstattung, Key Performance Indicators, Länderrisiko, Risikovororgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich	monatlich	Operative Marktfolgeeinheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko, Limitauslastungen inklusive EC/Risikotragfähigkeit (RTF)-Entwicklung, Risikovororgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA (Risk-Weighted-Assets)-Entwicklung, Expected-Loss (EL)-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Risikoausschuss, Bankrisikokomitee, Kredit Riskokomitee
Liquiditätsrisiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Stresstests (nur operative Markteinheiten)	täglich	Gesamtvorstand, Markt Riskokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Innertagesliquidität, Stresstest, Liquiditätsreserve, Liquidity Coverage Ratio (LCR), Funding-Struktur, Net Stable Funding Ratio (NSFR), Forecasts Überschussliquidität und LCR sowie NSFR	monatlich	Gesamtvorstand, Markt Riskokomitee
Operationelle Risiken	Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	Schadenfälle, Risikoindikatoren, Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Self-Assessments, Auslastung der VaR-Limite, Risikoeinschätzungen zu neuen Produkten und Auslagerungssachverhalten	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäftsrisiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen Spar- und Giro Risiko, Stresstestergebnisse Spar- und Giro Risiko	monatlich	Gesamtvorstand, Markt Riskokomitee

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

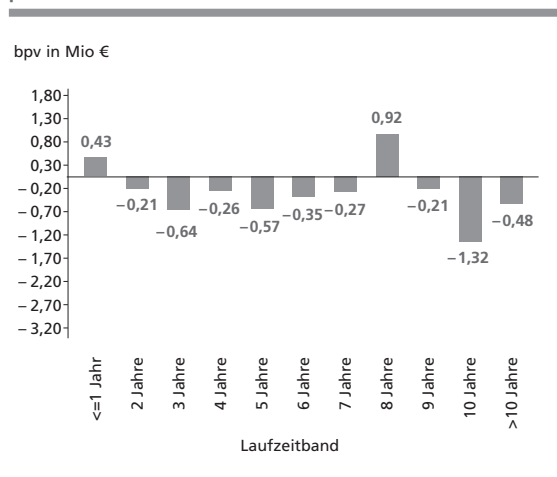
Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die Postbank zum einen VaR-Limite und barwertige Verlustlimite auf Bankebene sowie für Subportfolios. Zum anderen werden als weitere Steuerungskennzahlen Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf VaR-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt.

Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die Postbank gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen sicherstellen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktrisiken bezeichnen das Risiko von einem aus einer Marktzinsänderung resultierenden Rückgang des Marktwertes zinsensensitiver Finanzinstrumente bzw. einer Verschlechterung des periodischen Zinsergebnisses aufgrund von Veränderungen der allgemeinen Marktzinsen. Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2017 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung.

Zinspositionen (bpv) der Postbank per 31.12.2017



Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken erfolgt bei der Postbank auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt in der Postbank einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine dem täglichen Risikomanagement angemessene Haltedauer von 10 Tagen zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zinssätze und Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt.

Volatilitäten und Korrelationen zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungen ab. Während für die operative Steuerung stets die historisch beobachteten Werte der letzten 250 Handelstage herangezogen werden, liegt dem VaR für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung ein historischer Zeitraum zugrunde, der, bezogen auf die Positionierung zum Berechnungstichtag, eine signifikante finanzielle Stressperiode darstellt (Stressed VaR).

Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Diversifikationseffekte zwischen den Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Kennzahlen für die Unterarten des Marktrisikos (Zins-, Credit-Spread-, Volatilitäts-, Aktien- und Währungsrisiken) täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sublimiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Risikolimiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt auf täglicher Basis. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Berichtszeitraum wurden die eingeräumten VaR-Limite auf Gruppenebene jederzeit eingehalten.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den hypothetischen Gewinnen und Verlusten infolge von eingetretenen Marktwertveränderungen, bei unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per 31. Dezember 2017 liegen die Backtesting-Ergebnisse (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) mit vier „Ausreißern“ im grünen Bereich und bestätigen damit die grundsätzliche Angemessenheit des Marktrisikomodells.

Stresstesting und Risikokonzentrationen

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen sowie zur Identifikation von Risikokonzentrationen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle innerhalb des Marktrisikos wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen und Stressparameter werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK

sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten aufgrund der Positionierung weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Aufgrund der geringen Anzahl von Positionen sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen demgegenüber deutlich geringer.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hierzu werden regelmäßig die Stresstest-Auswirkungen je Assetklasse und Segment analysiert und mithilfe von Sensitivitätsanalysen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgap-Strukturanalysen, nach Emittenten, Assetklassen oder Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen der Bank.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

Für das Berichtsjahr 2017 (sowie für das Berichtsjahr 2016) wurden folgende VaR-Werte ermittelt:

Value-at-Risk Marktrisiken Postbank

Postbank VaR (10 Tage, 99 %)	Bestand		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €	2017 Mio €	2017 Mio €
Marktrisikokarten								
Zinsrisiken	35,5	53,0	75,0	83,0	34,9	42,3	50,1	66,2
Aktien-/Aktienindexrisiken	4,9	6,2	6,5	9,8	4,7	6,0	5,7	8,0
Währungsrisiken	5,8	7,4	8,8	13,5	2,8	3,7	4,4	5,7
Sonstige Marktrisiken (Spread)	45,3	76,8	91,3	120,8	41,7	71,7	69,3	95,8
Diversifikationseffekte	-27,2	-40,0	-23,2	-27,7	-46,1	-64,9	-33,6	-44,9
Gesamt	64,3	103,4	123,0	148,8	59,0	99,8	95,9	130,9

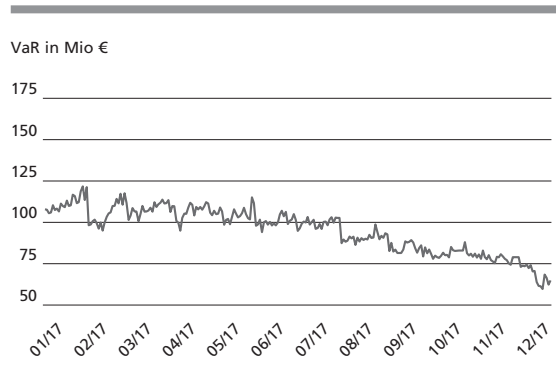
Zum 31. Dezember 2017 betrug der Marktrisiko-VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 64 Mio € (zum Vergleich: 103 Mio € per 31. Dezember 2016).

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisikotragenden Bestände inklusive der Pensionsverpflichtungen und des entsprechenden Planvermögens einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, die eine klare Fokussierung auf das Kundenkredit- und das Einlagengeschäft beinhaltet, wird die Höhe der Marktrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken sind gering, da die Postbank

derzeit mit Ausnahme von strategischen Beteiligungen im Rahmen ihrer Financial-Markets-Aktivitäten nicht in Aktien oder Aktienindexprodukte investiert.

Die Entwicklung des VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltdauer: 10 Tage) im Berichtsjahr für die Postbank ist der folgenden Grafik zu entnehmen.

Value-at-Risk (99 %, 10 Tage) Postbank für den Zeitraum 01.01.2017 bis 31.12.2017



Der VaR-Verlauf im Anlagebuch der Postbank ist im Wesentlichen durch die Entwicklung der Risikofaktoren Zins- und Credit Spread getrieben. Nachdem die operativen VaR-Kennzahlen bis Ende Juli 2017 in einem Korridor zwischen 95 Mio € und 125 Mio € schwankten, lösten im dritten Quartal 2017 durchgeführte Hedgemaßnahmen (im Wesentlichen Portfolio-Hedges von Baufinanzierungen) zur Reduktion der offenen Zinsrisikoposition einen Rückgang des Zins- und des Gesamt-VaR auf ein Niveau zwischen 60 Mio € und 90 Mio € aus. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den Rückgang der Credit-Spread-Volatilitäten. Mit rund 60 Mio € befand sich der VaR zum Berichtsjahresende auf einem historisch niedrigen Niveau.

Risikosteuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Postbank. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen.

Risikosteuerung von Beteiligungsrisiken

Als Beteiligungen werden sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Postbank unter den Positionen „Beteiligungen“ und „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 Aktiengesetz (AktG). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 hielt die Deutsche Postbank AG 42 (per Vorjahresresultimo: 45) unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen.

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Privatkunden, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsportfolio mit dem Zielfortfolio abgeglichen. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger (bei Organkrediten unter Einbezug des Risikoausschusses bzw. des Präsidialausschusses) zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden, Commercial-Mortgage-Finanzierungen und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank Kredite im Volumen bis 1 Mio € versteht, für die grundsätzlich vereinfachte und standardisierte Verfahren gelten.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach CRR und Solvabilitätsverordnung zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren sowie mindestens jährlich und anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung, die Kalibrierung aller eingesetzten und die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der Abteilung „Kreditrisikocontrolling Risikomodelle“. Die Funktion „Modellrisikomanagement und Validierung“ verantwortet die Konzeption und Sicherstellung eines übergeordneten Validierungsprozesses für alle (relevanten) Modelle der Bank, der den zentralen Bestandteil des Modellrisikomanagements darstellt. Zusätzlich werden ab 2017 insbesondere alle internen Ratingverfahren von der neu eingerichteten Abteilung turnusmäßigen und bei Bedarf anlassbezogenen Validierungen unterzogen. Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt – gemeinsam mit dem ihm untergeordneten Model-Change-Policy-Komitee (MCPK) – auch die Einbindung der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig von den zuständigen Gremien (BRK, KRK, MVK) über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt in der im Chief Operating Office des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung „Risikostandards“. Die Weiterentwicklung, fortlaufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte auch im vergangenen Jahr neben den laufenden Dekonsolidierungsprojekten einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers bzw. eines Kredits. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer

Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an.

Die explizite Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich insbesondere auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten, beleuchtet aber auch qualitative Aspekte rund um das Ratingverfahren. Auf diese Weise wird eine ganzheitliche Bewertung der Angemessenheit des jeweiligen Ratingsystems sichergestellt. Im Rahmen der Validierung werden – sofern erforderlich – in einer anschließenden Rekalibrierung auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der einzelnen Verantwortlichkeiten zur Betreuung der Ratingverfahren in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des Erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den Erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Privatkundenbereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, außerhalb des Privatkundenbereichs individuell statt.

Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken

Das Sicherheitenmanagement ist ein wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern

auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert.

Als aufsichtsrechtliche Kreditrisikominderungstechniken nutzt die Postbank folgende Sicherungsinstrumente:

- Grundpfandrechte zur Absicherung von privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen,
- Netting-Rahmenvereinbarungen,
- Garantien, Warenkreditversicherungen sowie
- finanzielle Sicherheiten (Barsicherheiten).

Sonstige Sachsicherheiten (z. B. Forderungsabtretungen) rechnet die Postbank in den nach IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios für die Eigenkapitalermittlung nicht an.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge (mit partiellen Erleichterungen für das nicht risikorelevante Geschäft der Postbank) und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der anrechenbaren Sicherheiten. Die Immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Warenkreditversicherungen müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen. Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten. Die Postbank nutzt zur Absicherung von privaten Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Für das Mengengeschäft und die in den fortgeschrittenen IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios werden die Grundpfandrechte grundsätzlich bei der Berechnung der aufsichtlichen Verlustquote direkt berücksichtigt.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis der Marktwertschwankungskonzepte der vdpResearch GmbH (Immobilienmarktforschungsgesellschaft des Verbands deutscher Pfandbriefbanken e. V.) sowie – für Hotelimmobilien – der Deutschen Kreditwirtschaft. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volu-

men von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Sicherheitenbearbeiter überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvollerer Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Bei der aufsichtsrechtlichen Kreditrisikominderung durch Netting-Vereinbarungen wird die Bemessungsgrundlage entweder durch die Verrechnung gegenläufiger Einzelgeschäfte oder durch die Verwendung von Aufrechnungsvereinbarungen reduziert. Die Postbank nutzt im Rahmen des Collateral Management Netting-Vereinbarungen für derivative Finanzgeschäfte und Pensionsgeschäfte. Die Vereinbarungen erfolgen auf der Basis international gebräuchlicher Rahmenverträge unter Beachtung der CRR-Anforderungen. Netting-Vereinbarungen werden mit den meisten wichtigen Handelspartnern abgeschlossen. Der Besicherungsprozess erfolgt DV-gestützt nach vorgegebenen Standards zur Sicherheitenverwaltung. Die aufgerechneten Positionen sind in die Risikosteuerung für die jeweiligen Kontrahenten sowie in die des Gesamtkreditrisikos integriert.

Mit Blick auf Kreditrisikokonzentrationen innerhalb der Kreditrisikominderung berücksichtigt die Postbank positive Korrelationen zwischen dem Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers und dem Risiko einer Wertverschlechterung der Sicherheit in konservativer Weise. Einer Risikokonzentration bei der Anrechnung von Sicherheiten wird bei der Postbank durch den Sicherheitenhereinnahme- und -überwachungsprozess Rechnung getragen. Insbesondere Gewährleistungen überwacht die Postbank zusammen mit den Krediten des Garanten.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten sowie Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer bei Vorliegen von Frühwarnindikatoren in die Beobachtungs-kategorie und bei Risikoindikatoren als Intensivbetreuungs-, Sanierungs- oder Abwicklungseingang (Watch-List) eingestuft. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den Sanierungsspezialisten einzustufen. Der Watch-List Report wird vierteljährlich erstellt und dem KRK vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Überfällige und notleidende Engagements

Die Einordnung in die Kategorie „in Verzug geratenes Engagement“ bzw. „überfälliges Engagement“ erfolgt bei einem Zahlungsverzug, d. h., wenn der Schuldner ein ihm mitgeteiltes externes Limit überschritten oder ohne Zustimmung Kredit in Anspruch genommen hat, die entsprechenden Positionen aber noch nicht als „notleidend“ klassifiziert sind.

Die Klassifizierung „notleidend“ orientiert sich an der Bildung von Risikoversorge durch die Postbank bzw. der Feststellung des Ausfalls. In die Kategorie „notleidend“ gehören sämtliche Forderungen, die Einzelwertberichtigungen, Abschreibungen sowie Rückstellungen für ausgefallene Engagements, bezogen auf Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, aufweisen, bzw. die Forderungen, bei denen der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtschuld mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Die regulatorische Kategorisierung „notleidend“ ist – z. B. aufgrund der Vererbung des Ausfallereignisses auf sämtliche Forderungen eines Kunden – umfassender definiert als die in der Rechnungslegung vorgenommene Klassifizierung „wertgemindert“.

Der Kreditausfall eines Kreditnehmers liegt gemäß Art. 178 CRR vor, wenn der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverpflichtung aus der Kreditgewährung gegenüber dem Institut über mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Bereits vor dieser Frist kann der Ausfall eines Kreditnehmers vorliegen, und zwar dann, wenn das Institut der Ansicht ist, dass es unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen vollständig erfüllen kann, ohne dass das Institut auf weitere kreditsichernde Maßnahmen zurückgreifen muss, wie beispielsweise die Verwertung von Sicherheiten.

Im Mengenkreditgeschäft erfolgt eine automatisierte Ausfallerkennung anhand der für die einzelnen Geschäfte jeweils als relevant gekennzeichneten Datenfelder. Für angekaufte Forderungen erfolgt ebenfalls eine automatisierte Ausfallerkennung. Bei den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen einschließlich Spezialfinanzierungen werden Ausfallkriterien manuell in einem separaten System (ABIT Banknology) gepflegt. Bei Kapitalmarktstiteln sowie Wertpapier- und Derivatepositionen der Investmentfonds erfolgen Analyse und Erfassung im Rahmen der täglichen Mark-to-Market-Bewertung.

Kreditrisikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen aus den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Für die Abzinsung der Zahlungsströme wird generell der ursprüngliche Effektivzinssatz, bei variabler Verzinsung der Effektivzinssatz der aktuellen Fixing-Periode verwendet. Bei den Sicherheiten werden individuell Verwertungserlöse und Verwertungszeitpunkte berücksichtigt. Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen. Darüber hinaus wird in Abhängigkeit von vorliegenden Risikomerkmalen quartalsweise ein Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf sogenannte Flow Rates sowie die Verlustquote (LGD) zurückgegriffen. Die kombinierte Flow Rate gibt an, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Forderungsanteil in einen zu kündigenden Bestand überführt werden wird. Die LGD gibt die Höhe bzw. den prozentualen Anteil des wirtschaftlichen Verlusts vom ausstehenden Betrag des Engagements an. Die Quote wird regelmäßig aus den Mittelrückflüssen des Beitreibungsprozesses ermittelt. Die Postbank bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie pauschal berechnete Einzelwertberichtigungen bei Baufinanzierungen mit Überfälligkeiten von drei bis sechs Monaten.

Pauschalwertberichtigungen werden für latente Kreditrisiken gebildet. Bei der Bemessung berücksichtigt die Postbank die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (Loss Identification Period – LIP) jeweils in Abhängigkeit von der Produktart und der Kundengruppe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Verlustquoten bei Ausfall auf Portfolioebene werden portfoliospezifisch ermittelt bzw. bei Bedarf im Rahmen der Erkenntnisse aus der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit von den Prozessen zur Risikoüberwachung individuell geschätzt, jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt ergebniswirksam abgeschrieben.

Für Bürgschaften, Avale sowie Kreditzusagen, für die ein akutes Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen gebildet.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene

Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus wird für die Postbank das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand ermittelt. Das von der Postbank genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Bei der Postbank ist das EC die potenzielle negative Veränderung des Barwertes des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den Unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied zum EC ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ im Abschnitt „Portfoliostruktur“ angegebene Erwartete Verlust (auch Expected Loss bzw. EL) der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Bankportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der Erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulnerspezifischen Bonitäten und den Korrelations-effekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Forderungsausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Kreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Kreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäfts-

bereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Kreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Segmente und Pensionsfonds zum 31. Dezember 2017 im Vergleich zum 31. Dezember 2016 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: Economic Exposure). Da das EC inklusive Portfolioeffekte nicht auf Ebene der Postbank berechnet wird, wird die Portfoliostruktur auf Konzernebene gezeigt.

Kreditrisiken ¹	Economic Exposure		Expected Loss		Economic Capital (EC) ²	
	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Privatkunden	95.860	93.286	336	323	703	576
Geschäfts- und Firmenkunden	21.838	19.060	52	56	567	394
Financial Markets	38.363	46.730	6	6	501	953
Pensionsfonds	1.881	1.910	1	1	67	49
Gesamt	157.942	160.985	395	386	1.838	1.971

¹Abweichende Darstellung bei der Aufteilung gegenüber dem Vorjahresultimo aufgrund der 2017 erfolgten Auflösung der Non Core Operating Unit. Zur konsistenten Darstellung erfolgt der Ausweis der Werte für 2016 ebenfalls nach der neuen Portfolioaufteilung.

²Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

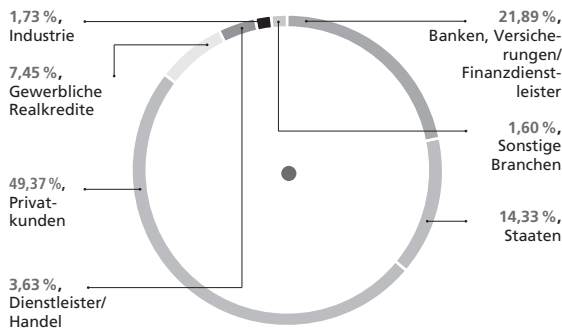
Das Economic Capital (EC) ist im Vergleich zum Vorjahresultimo gesunken, der Expected Loss (EL) hingegen gestiegen. Die EC-Reduktion resultiert aus gesunkenen Konzentrationsrisiken bei Financial Markets. In den strategischen Geschäftsfeldern Privatkunden sowie Geschäfts- und Firmenkunden erhöhte sich das EC aufgrund eines steigenden Volumens sowie aufgrund von Modellanpassungen. Diese beinhalten die Aktualisierung von Zeitreihen für die Schätzung der Korrelationskoeffizienten des Nicht-Privatkundenportfolios sowie Ratingmodellanpassungen für Privatkunden und Commercial Mortgages. Der EL bei Privatkunden stieg aus den genannten Gründen, während bei Geschäfts- und Firmenkunden deutliche Ratingverbesserungen bei Commercial Mortgages zu einer Reduktion führten.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Kreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Privatkunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form nationaler und internationaler gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen außerhalb des Privatkundenbereichs ist in der Kreditrisikostategie ein Zielportfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.

Branchenstruktur



Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

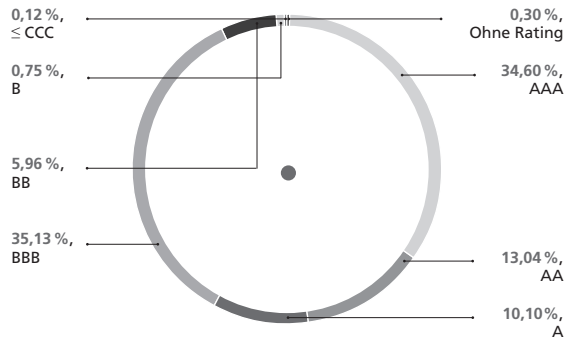
Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings sowie die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer zentralen Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Die Postbank nutzt für die Überwachung der Länderlimite zusätzlich eine Frühwarnsystematik.

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland (ca. 86 % per 31. Dezember 2017) sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa (ca. 14 % per 31. Dezember 2017).

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

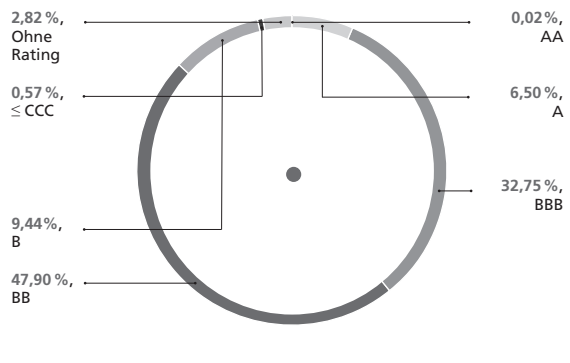
Die Verteilung der Ratingklassen des Kreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung der Postbank. In der folgenden Grafik ist die Ratingstruktur des Kreditportfolios für das Geschäft außerhalb des Privatkundenbereichs dargestellt. Es dominieren die guten Ratingklassen mit Investmentqualität.

Bonitätsstruktur (außerhalb des Privatkundenbereichs)



Analog veranschaulicht die folgende Grafik die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Privatkundengeschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2017 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Privatkundengeschäft der Postbank weist weiterhin eine stabile Ratingverteilung auf.

Bonitätsstruktur (Privatkundenbereich)



Umweltrisiken

Die Postbank hat von der DNV GL Business Assurance, Zertifizierung und Umweltgutachter GmbH, Essen, gemäß der zuletzt im Dezember 2017 durchgeführten Prüfung einen Bericht zur Management-Zertifizierung nach ISO 14001:2015 (Umweltmanagement-Standard) erhalten. Danach wird das Managementsystem als wirksam und in Übereinstimmung mit dem Standard bewertet. Der Geltungsbereich der Zertifizierung erstreckt sich auf Dienstleistungen im Privatkunden-, Firmenkunden- und B2B-Geschäft sowie Zentralfunktionen einschließlich des Gebäudemanagements.

Im Rahmen der Kreditprozesse sind entsprechende Grundsätze für den Umgang mit Umweltrisiken veröffentlicht. Hierin sind Vorgaben für die Bewertung von Umweltrisiken bei der Kreditvergabe enthalten.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Die Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort CRO. Hauptaufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank hat hierfür in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert. Der Steuerungsprozess von Liquiditätsrisiken wird von mehreren Säulen getragen und erfolgt im Wesentlichen stressbasiert. Szenarien für den Liquiditätsstress bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Die intern festgelegte Survival Period geht über die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinaus und beträgt zwei Monate. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann. Zur Sicherstellung der benötigten Innertagesliquidität werden weitere hochliquide Liquiditätsreserven vorgehalten.

Auf der Grundlage von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank sowohl unter Normal- als auch unter oben geschilderten Stressbedingungen fest. Darüber hinaus erfolgt die Steuerung über einen monatlichen Forecast unter Berücksichtigung der erwarteten Produktvolumen auf Basis beschlossener Maßnahmen. Dazu wird monatlich die sogenannte Überschussliquidität, die ebenfalls das MaRisk-Szenario reflektiert, für jeden der 12 kommenden Monate ermittelt. Das Minimum auf Sicht von 12 Monaten wird als Frühwarnindikator im Rahmen der Risikostrategie limitiert und von der Abteilung Liquiditätsrisikomanagement überwacht.

Für eine darüber hinausgehende, längerfristige Liquiditätsbetrachtung hat die Postbank den Ansatz der Überschussliquidität auch in der jährlichen Liquiditäts- und Funding-Planung im Rahmen des bankweiten Planungsprozesses implementiert. Hierbei wird vom Liquiditätsrisikomanagement sichergestellt, dass der vom Vorstand festgelegte Risikoappetit zum Liquiditätsrisiko auch über den mehrjährigen Planungshorizont auf Basis konkreter Maßnahmen planerisch eingehalten wird und somit ausreichende Liquiditätspuffer vorgehalten werden.

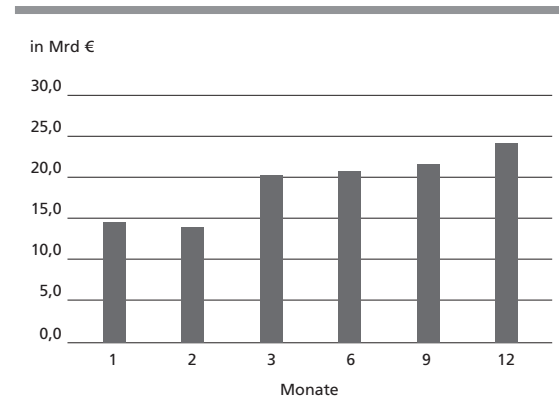
Die Stabilität der Refinanzierungsstruktur wird anhand von internen Analysen regelmäßig beurteilt und darüber hinaus

mittels Limitierung der Net Stable Funding Ratio (NSFR) gewährleistet. Hierfür wird die NSFR gemäß den Vorgaben der quantitativen Auswirkungstudien des Basler Komitees (QIS) für die Postbank Gruppe ermittelt und überwacht.

Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden implizit im Rahmen der oben dargestellten Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E weiterhin nicht geplant ist, ist die Emission von Hypothekendarlehen im Rahmen des Registers D als Instrument der langfristigen Refinanzierung im Rahmen der mehrjährigen Funding-Planung vorgesehen.

Die folgende Darstellung zeigt den Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2017. Dabei handelt es sich um kumulierte Darstellung der unter normalen Bedingungen für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:

Liquiditätsstatus der Postbank zum 31.12.2017



Der Liquiditätsstatus beinhaltet u. a. Erwartungswerte hinsichtlich der Entwicklung von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen sowie Kreditprolongationen, welche zum Teil auf Einschätzungen der Produktbereiche und zum Teil auf historischen Beobachtungswerten basieren. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der täglichen Stresstests im Berichtsjahr bestätigen die solide Liquiditätsposition der Postbank. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus.

Die Postbank ist auf der Ebene der Postbank Gruppe in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken
Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des OpRisk-Kapitalmodells AMOR (Advanced Measurement of Operational Risk) ermittelt. Das EC-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen interne und externe Verlustfälle sowie Szenarioanalysen. Im Berichtsjahr wurde das Modell grundlegend überarbeitet und angepasst. Die wesentlichen Änderungen des Modells liegen in der Anpassung der Risikomatrix (Reduktion von zehn auf drei Zellen (eine Zelle je Segment)) und der geänderten Quelle für externe Schadenfalldaten (nun Schadenfälle des Datenkonsortiums OpRisk (DaKOR) statt vormals Operational Risk Data Exchange (ORX)). Ferner wurde die für die Frequenzermittlung berücksichtigte Verlusthistorie von zehn Jahren auf fünf Jahre reduziert, wodurch das Modell zeitnäher auf Trends in der Schadenfallentwicklung reagiert.

Die Operationellen Risiken sind vollumfänglich in das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank integriert. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht.

Neben der regelmäßigen Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende qualitative Instrumente ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Der Gesamtaufwand aus Operationellen Risiken ist im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken.

Wesentlicher Treiber der Schadenfallentwicklung im Berichtsjahr war die im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt immer noch hohe Anzahl an Klagen und Beschwerden von Kunden im Zusammenhang mit der inzwischen eingestellten Vermittlung von geschlossenen Fonds. Die Schäden aus Betrugsdelikten, die überwiegend extern verursacht wurden, lagen im Berichtsjahr mit rund 13 Mio € deutlich unter dem Wert des Vorjahreszeitraums (Berichtsjahr 2016: 27 Mio €). Die

sonstigen Schäden aus externen Betrugsdelikten, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe ausweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten (High-Frequency/Low-Impact-Schäden), lagen mit rund 9 Mio € ebenfalls unter dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugs Sachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Die bereits in den Vorjahren ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen haben sich weiterhin bewährt.

Im Rahmen der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken erstattet der Rechtsbereich dem Vorstand regelmäßig Bericht und erstellt Analysen, um sicherzustellen, dass den Geschäftsbereichen differenzierte Einschätzungen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen. Der Rechtsbereich identifiziert Rechtsrisiken durch verschiedene Einzelmaßnahmen. Er unterstützt u. a. bei der Bewertung der Risikotoleranz der Postbank in Bezug auf Rechtsrisiken. Die zur Behebung bzw. Begrenzung von aus den Geschäftsaktivitäten der Bank resultierenden potenziellen Rechtsrisiken erforderlichen Schritte werden zwischen dem Rechtsbereich und den Geschäftsbereichen abgestimmt.

Flankierend werden innerhalb des OpRisk-Controllings die Rechtsrisiken mittels unterschiedlicher Verfahren über die etablierte Struktur der dezentralen OpRisk-Manager erhoben. So werden die Risiken sowohl systematisch und flächendeckend über die Methoden Szenarioanalyse und Self-Assessment als auch anlassbezogen bei der Einführung neuer Produkte und bei der Beurteilung von Auslagerungsvorhaben identifiziert und bewertet.

Geschäftsfeld gemäß CRR	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Unternehmensfinanzierung	0	0
Handel	-61	-26
Privatkundengeschäft	320	344
Geschäfts- und Firmenkundengeschäft	57	47
Zahlungsverkehr und Abwicklung	0	0
Depot- und Treuhandgeschäft	1	1
Vermögensverwaltung	0	0
Wertpapierprovisionsgeschäft	11	10
Summe Postbank	328	376

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) mit präventiven und reaktiven Maßnahmen entlang der Wertschöpfungskette. Ziel ist es, durch die Entwicklung und die anschließende Implementierung von BCM-Plänen (sogenannten Notfallplänen) die Fortführung, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Widerstandsfähigkeit der Geschäftstätigkeit der Bank in besonderen Ereignisfällen, wie z. B. in Notfällen, zu gewährleisten. Regelmäßige BCM-bezogene Risikoidentifizierungen/-bewertungen (Risk Identification and Assessments, RIA) und Geschäftsauswirkungsanalysen

(Business-Impact-Analysen, BIA), bezogen auf die Hauptaufgaben-/geschäftsprozesse, bilden die Planungsgrundlage. Die Funktionsfähigkeit der Notfallplanung wird kontinuierlich überprüft, überwacht und dokumentiert.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken. Die Steuerung der Risiken erfolgt über die Gremienstruktur der Postbank.

Risikosteuerung von Spar- und Girorisiken

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablaufkategorien definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – kann es im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und somit auch das ökonomische Kapital beeinträchtigen können.

Die Abteilung Marktrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung nimmt die zentrale Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion zu den Spar- und Girorisiken wahr.

Risikosteuerung von Reputationsrisiken

Kernelement des Reputationsrisikomanagements der Postbank ist die präventive Behandlung von reputationsrisikorelevanten Sachverhalten, die sich aus bestimmten Transaktionen, Geschäftspartnern oder Geschäftspraktiken mit Kundenbezug ergeben. Die primäre Verantwortung für die Identifizierung, Beurteilung und Eskalation derartiger Sachverhalte liegt bei den Leitungsebenen der einzelnen Ressorts bzw. Tochterunternehmen. Es gilt das Prinzip der dezentralen Steuerungsverantwortung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden die dezentralen Einheiten von den zentralen Infrastruktureinheiten unterstützt.

Zur Erörterung von Sachverhalten, die ein gravierendes Reputationsrisiko darstellen, ist das Reputationskomitee (RepKo) als Eskalationsgremium für die Postbank einzubeziehen. Dieses Komitee unterstützt den Gesamtvorstand im Rahmen des Risikomanagements hinsichtlich der Überwachung und Steuerung von Reputationsrisiken. Wesentliches Steuerungsziel ist es, Reputationsrisiken nach Möglichkeit vollständig durch Prävention zu verhindern oder zumindest die Auswirkungen eingetretener Reputationssschäden durch entsprechende reaktive Maßnahmen zu minimieren.

Risikosteuerung residualer Geschäftsrisiken

Die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank. Als Grundlage zur Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Die mindestens quartalsweise Berichterstattung und Limitüberwachung erfolgt aus dem Bereich Risikosteuerung der Postbank.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beschrieben. Damit kommt die Postbank der Anforderung des § 289 Abs. 5 HGB nach. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts festgelegt. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie für die Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Vorstandsvorsitz, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Vorstandsvorsitz, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Schaffung der Ansatzvoraussetzungen, Bewertung (bestmögliche Schätzung) und kontinuierliche Prüfung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie die Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- Bereitstellung weiterer relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fallen ihm die Billigung des Jahresabschlusses sowie die Feststellung des Jahresabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich der Rechnungslegung, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements und -controllings, soweit nicht der Risikoausschuss zuständig ist, der Internen Revision und von Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Postbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Die Postbank stellt ihren Jahresabschluss und den Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242–256a HGB, §§ 264–286 HGB, §§ 289–289a HGB) unter Berücksichtigung der rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–160 AktG) und der branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute sowie den ergänzenden Vorschriften der Satzung auf.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. Die Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigungen, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften der Postbank. Die Tätigkeiten in den Tochtergesellschaften reichen von einer Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Prüfungsplanung der Internen Revision basiert – angelehnt an die Methodik der Deutschen Bank – auf einem dynamischen Verfahren. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die mit den Geschäftsfeldern und Kernprozessen verbundenen inhärenten Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus sowie aus Pflichtprüfungen und einem Prüffintervall von maximal drei Jahren für wesentliche Themen ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr. Mit dessen Durchführung wird die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Laufende Rechtsverfahren

Den Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen, die sich gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutschen Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung richten, ist in erster Instanz vor dem Landgericht Köln durch Urteil vom 20. Oktober 2017 stattgegeben worden. Die Deutsche Postbank AG hat gegen das Urteil Berufung vor dem Oberlandesgericht Köln eingelegt.

PROGNOSEBERICHT

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Weltwirtschaft

Das globale Wachstum dürfte sich im Jahr 2018 nochmals leicht beschleunigen. Die Industrieländer befinden sich in einem soliden, selbsttragenden Aufschwung, der durch die weiterhin expansive Geldpolitik und voraussichtlich auch durch expansive fiskalische Impulse gestützt werden wird. Jedoch dürfte sich das Wachstumstempo hier aufgrund der weiterhin vorhandenen politischen Risiken, aber auch aufgrund allmählich schrumpfender freier Produktionskapazitäten nicht verstärken. Für die Gruppe der aufstrebenden Volkswirtschaften ist dagegen in der Summe ein etwas höheres Wachstum zu erwarten. Hierzu dürfte vor allem eine konjunkturelle Beschleunigung in Ländern beitragen, die noch vor kurzer Zeit mit rezessiven Tendenzen zu kämpfen hatten. Zudem sollte sich in den Regionen, die bereits in der Vergangenheit wachstumstark waren, der Aufwärtstrend in kaum verändertem Tempo fortsetzen. Einerseits resultieren weiterhin aus der Vielzahl geopolitischer Krisenherde Risiken für diesen Ausblick. Andererseits ist nicht auszuschließen, dass eine gegenseitige Verstärkung der zyklischen Auftriebskräfte zu einer deutlicheren Beschleunigung des Wachstums der Weltwirtschaft führt. Der IWF rechnet für 2018 mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 3,9 % nach einem Plus von 3,7 % im Jahr 2017.

Der Konjunkturaufschwung in den USA dürfte sich 2018 leicht verstärken. Wichtigster Wachstumstreiber sollte auch weiterhin der private Verbrauch bleiben, der von einer guten Beschäftigungslage und steigenden Einkommen profitieren dürfte. Zugleich sollten die Unternehmensinvestitionen erneut deutlich zulegen. Dabei dürfte deren Aufwärtstrend durch die Absenkung der Unternehmenssteuern unterstützt werden. Gleichzeitig rechnen wir mit einer moderaten Zunahme der staatlichen Ausgaben. Zudem werden die Exporte aufgrund der sich verstärkenden globalen Nachfrage sowie des etwas schwächeren US-Dollars voraussichtlich schneller wachsen als im Vorjahr. Da aber auch die Importe beschleunigt zulegen dürften, ist vom Außenhandel kein positiver Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu erwarten. Insgesamt gehen wir für 2018 von einem Anstieg des BIP-Wachstums auf 2,4 % aus.

Die japanische Wirtschaft sollte im Jahr 2018 moderat wachsen. Während der private Verbrauch voraussichtlich verhalten zulegen wird, dürften die Bruttoanlageinvestitionen erneut deutlich steigen. Dagegen werden die Exporte das außerordentlich hohe Wachstumstempo des Vorjahres wohl nicht halten können. Wir erwarten daher einen Rückgang des BIP-Wachstums auf 1,2 %.

Im Euroraum dürfte sich die robuste konjunkturelle Erholung fortsetzen. Grundlegende Risiken wie ein unkontrollierter Brexit oder die weiterhin bestehende Verschuldungsproblematik im Euroraum sollten die Dynamik nicht wesentlich belasten. Als Absicherung ist insbesondere die inzwischen sehr breite Basis des Aufschwungs zu sehen. Dabei gehen wir davon aus, dass privater Verbrauch und Bruttoanlageinvestitionen ihr Wachstumstempo in etwa halten können. Gleiches gilt für den Staatsverbrauch. Die Ausfuhren dürften aufgrund des positiven globalen Umfelds erneut solide zu-

legen, infolge der bereits erfolgten Euro-Aufwertung aber weniger rasch als im Vorjahr. Der aus dem Außenhandel resultierende positive Wachstumseffekt sollte deshalb leicht sinken. Insgesamt dürfte sich das BIP-Wachstum auf 2,2 % abschwächen.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befand sich zum Jahreswechsel in einem sehr soliden Aufschwung. Die Frühindikatoren wie insbesondere der ifo-Geschäftsklimaindex bewegen sich auf sehr hohen Niveaus und signalisieren damit für sich genommen sogar eine Verstärkung des Wachstumstrends. Wir gehen jedoch davon aus, dass der private Verbrauch zwar weiterhin sehr solide, aber vor dem Hintergrund einer leicht steigenden Inflationsrate etwas schwächer wachsen wird als im Vorjahr. Dagegen könnte sich der Zuwachs des Staatsverbrauchs als Folge von Mehrausgaben seitens einer noch zu bildenden neuen Bundesregierung leicht beschleunigen. Kräftige Wachstumsimpulse sind auch weiterhin von den Unternehmens- und Wohnungsbauinvestitionen zu erwarten. Das Exportwachstum dürfte angesichts der sich verstärkenden globalen Nachfrage trotz der Euro-Aufwertung hoch bleiben, sodass vom Außenhandel erneut ein positiver Wachstumsbeitrag zu erwarten ist. In der Summe rechnen wir für 2018 mit einem leichten Anstieg des BIP-Wachstums auf 2,3 %. In Anbetracht der robusten Konjunktur dürfte die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt nochmals kräftig zunehmen. Im Gegenzug sollte die Zahl der Arbeitslosen weiter sinken.

Märkte

Der geldpolitische Kurs der EZB für das Jahr 2018 scheint aufgrund der Beschlüsse des EZB-Rats vom Oktober 2017 über weite Strecken vorgezeichnet. Den Ankündigungen entsprechend, wurde das monatliche Volumen des Anleiheankaufprogramms mit Wirkung ab Januar 2018 von 60 Mrd € auf 30 Mrd € reduziert. Dieses Volumen soll den EZB-Beschlüssen zufolge bis einschließlich September 2018 gelten. Diese Zusage dürfte die EZB einhalten. Angesichts der robusten Konjunktur im Euroraum gehen wir davon aus, dass die EZB ihr Anleiheankaufprogramm bis Ende des Jahres 2018 beenden wird. Ihre Leitzinsen dürfte die EZB jedoch im gesamten Jahr 2018 unverändert belassen, zumal sie angekündigt hat, dass diese noch für einige Zeit nach Beendigung des Ankaufprogramms auf dem aktuellen Niveau bleiben werden.

Die US-Notenbank dürfte ihren Leitzins im Jahresverlauf weiter anheben. In Anbetracht eines voraussichtlich soliden BIP-Wachstums und eines wahrscheinlich weiterhin robusten Arbeitsmarktes rechnen wir mit drei Zinserhöhungen um jeweils 0,25 Prozentpunkte. Zum Jahresende erwarten wir für die Fed Funds Target Rate eine Spanne von 2,00 % bis 2,25 %.

Aufgrund der immer noch expansiven EZB-Geldpolitik dürften die Kapitalmarktzinsen in der EWU niedrig bleiben, obwohl einige Faktoren für einen Renditeanstieg im Jahresverlauf sprechen. Hierzu gehört vor allem die Fortsetzung der robusten konjunkturellen Erholung im Euroraum. Zudem dürften infolge der strafferen US-Geldpolitik die Renditen von US-Staatsanleihen tendenziell steigen, was üblicherweise auch auf den deutschen Markt ausstrahlt. Wir erwarten bis Ende 2018 einen Anstieg der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen auf 0,80 %. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve damit nochmals etwas steiler werden.

Die Aussichten für Unternehmensanleihen stufen wir als leicht negativ ein. Die von uns erwartete Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs in den Industrieländern spricht einerseits für ein anhaltend niedriges Niveau der Risikoauflagen. Andererseits waren diese zum Jahreswechsel aber so niedrig, dass bereits eventuelle Zweifel hinsichtlich der weiteren Aussichten für die Konjunktur sowie für einzelne Branchen oder Unternehmen für Unsicherheit sorgen und in der Folge die Anleihekasse belasten könnten. In der Summe rechnen wir daher für europäische Anleihen im Investmentgrade-Bereich mit im Jahresverlauf leicht steigenden Risikoauflagen.

Die Risikoauflagen, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, haben inzwischen ein Niveau erreicht, das unserer Einschätzung nach nur noch einen geringen Spielraum für weitere Rückgänge übrig lässt. Einengungspotenzial sehen wir allenfalls noch bei Anleihen von Staaten, denen es gelingt, ihre finanzielle Lage deutlich zu verbessern und nachhaltige wachstumsfördernde Reformen zu beschließen und umzusetzen. Wachstums- und reformschwachen Staaten mit anhaltend hoher oder sogar wieder steigender Neuverschuldung droht dagegen eine Ausweitung der Risikoauflagen auf ihre Anleihen. Als Belastungsfaktor dürfte sich zudem die Reduzierung der EZB-Anleihekäufe erweisen. Darüber hinaus bleibt die grundlegende Anfälligkeit der Staatsanleihemärkte für Rückschläge als Folge ökonomischer oder politischer Krisen bestehen.

Branchensituation

Das anhaltend niedrige Zinsniveau im Euroraum dürfte eine Verbesserung des operativen Geschäfts bei deutschen Banken weiterhin erheblich erschweren. Bis Ende 2018 erwarten wir nur einen moderaten Zinsanstieg, sodass eine signifikante Ausweitung der Zinsmarge den meisten Instituten schwerfallen dürfte. Dies gilt vor allem, da im deutschen Privat- und Firmenkundensegment unverändert ein harter Wettbewerb herrscht, der das Zinsergebnis und Steigerungen des Provisionsergebnisses belastet. Allerdings können sich die niedrigen Finanzierungskosten positiv auf das Emissionsgeschäft mit Schuldverschreibungen und Aktien auswirken sowie die M&A-Aktivitäten der Unternehmen stimulieren. Dies dürfte sich positiv auf die Erträge aus dem Investmentbanking auswirken. Wegen der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen auf der Ertragsseite sollte auch 2018 bei vielen Instituten eine weitere Kostenoptimierung auf der Agenda stehen. Die Mittel, welche die Banken für die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen einsetzen müssen, belasten zusätzlich die Gewinn- und Verlustrechnung. Viele Banken investieren zudem in die Digitalisierung zahlreicher Prozesse. Dies bindet zwar Ressourcen, erscheint zur Festigung der Kundenbeziehungen und als Reaktion auf neue Wettbewerber aus der digitalen Welt aber als notwendig.

Die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, könnte auch zu einer Belastung deutscher Banken führen. Durch die gestiegene Unsicherheit im Zusammenhang mit den vielen noch ungeklärten Fragen des EU-Austritts erhöht sich das Risiko einer Wachstumsverlangsamung in Großbritannien und bei wichtigen Handelspartnern in Kontinentaleuropa. Dies könnte dazu führen, dass die Notenbanken ihre Niedrigzinspolitik noch für eine längere Zeit fortsetzen. Gleichzeitig sinkt bei einer Wachstumsverlangsamung in der Regel auch das Potenzial für eine Ausweitung der Kreditvergabe, während sich das Risiko von Kreditausfällen erhöhen kann. Zudem könnte der mit einer erhöhten

Unsicherheit an den Märkten verbundene Anstieg der Volatilität das Handelsgeschäft der Banken beeinträchtigen.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarktes mit privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten wird nach unserer Einschätzung auch 2018 weiter Bestand haben. Fusionen bzw. Übernahmen sollten weiterhin überwiegend innerhalb der jeweiligen Sektoren unter Beteiligung überwiegend kleinerer Institute erfolgen.

Die Reputation und die Geschäftsergebnisse deutscher Kreditinstitute können auch künftig durch Rechtsstreitigkeiten belastet werden.

Die EZB analysiert aktuell die internen Risikobewertungsmodelle der von ihr beaufsichtigten Banken. Im Rahmen dieses Targeted Review of Internal Models (TRIM) sollen größere Unterschiede innerhalb der Branche bei der internen Risikobewertung durch einzelne Institute verringert werden. Der Prozess wird nach Einschätzung der EZB noch bis 2019 andauern.

Die Finalisierung von Basel III – im Allgemeinen als Basel IV bezeichnet – im Rahmen der Konsultation des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision – BCBS # 424) enthält als zentrales Element den sogenannten Output Floor für interne Modelle. Der von BCBS 424 vorgeschlagene Prozentsatz für die Untergrenze soll 2022 bei 50 % beginnen und im Rahmen einer Übergangsphase jährlich bis 2026 um 5 % steigen, bis dieser schließlich 2027 72,5 % erreicht. Neben dem Output Floor wurden u. a. die Vorgaben für die Leverage Ratio konkretisiert. Zukünftig sollen als global systemrelevant eingestufte Institute (G-SIBs) die Hälfte dieses Kapitalaufschlags (G-SIB-Puffer) zusätzlich als Puffer für die Leverage Ratio vorhalten. Der Leverage-Ratio-Puffer ist erstmals ab dem 1. Januar 2022 von den G-SIBs einzuhalten, die gemäß der Liste des Financial Stability Boards im Jahr 2020 als solche eingestuft wurden.

2018 führt die European Banking Authority (EBA) wieder einen Stresstest bei den von ihr beaufsichtigten Banken durch. Die Ergebnisse des Tests sollen am 2. November 2018 veröffentlicht werden.

Ausblick für die Postbank

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Die Postbank wird neben den Investitionen zur Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern im Geschäftsjahr 2018 ihre Investitionen schwerpunktmäßig weiter auf Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren. Zu diesem Zweck wird die Postbank den eingeschlagenen Weg der digitalen Transformation ihrer Beratungs-, Verkaufs- und Serviceprozesse weiter fortsetzen. Nachdem es im Bereich der Ratenkreditvergabe im Jahr 2017 gelungen ist, einen vollständig digitalisierten Kreditvergabeprozess zu etablieren, liegt der Fokus im Jahr 2018 verstärkt auf der Digitalisierung der Kreditvergabe im Bereich der Baufinanzierung. Die konsequente Fortsetzung der digitalen Transformation wird sich weiterhin an den Kundenbedürfnissen orientieren, um ein „digital & persönlich“ verknüpftes Kundenerlebnis sicherzustellen.

Zur Steigerung der Effizienz in Front- und Backoffice sowie in Zentralbereichen wird die Postbank die Anpassung der Kapazitäten an das herausfordernde Umfeld für Banken fortsetzen und gleichzeitig in eine moderne Infrastruktur investieren. Die Schaffung zusätzlicher Selbstbedienungsmöglichkeiten für Privat- und Geschäftskunden zählt neben dem fortgesetzten Ausbau der Vertriebscenter weiterhin zum Investitionsportfolio des Jahres 2018. Ferner wird die sogenannte Kompaktiliale verstärkt zum Einsatz kommen, um einen effizienten Filialbetrieb auch an frequenzschwächeren Standorten aufrechterhalten zu können. Ebenfalls wird die Postbank die Automatisierung von Backoffice-Prozessen weiter vorantreiben und damit effizientere Prozesse gestalten.

Im Geschäftsjahr 2018 wird die Postbank weiterhin Investitionen tätigen müssen, um eine effiziente Reaktion auf kommende regulatorische Anforderungen zu gewährleisten. Dazu zählen u. a. die Umsetzung von Anforderungen aus der EU-Datenschutzverordnung, PSD II sowie BCBS 239.

Zusätzlich erwarten wir weitere Investitionserfordernisse im Rahmen der weiteren Integration in den Deutsche Bank Konzern.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren der Postbank Gruppe
Wir streben trotz der zusätzlichen Arbeitsbelastungen und Veränderungsnotwendigkeiten im Zusammenhang mit der Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern an, die Ergebnisse zur Mitarbeiterzufriedenheit auf dem Niveau des Jahres 2017 zu halten. In puncto Kundenzufriedenheit von Privat- bzw. Firmenkunden wird angestrebt, diese jeweils auf dem Niveau des Jahres 2017 zu stabilisieren.

Finanzielle Leistungsindikatoren der Postbank Gruppe
Die Prognose für das um Sondereffekte bereinigte Ergebnis vor Steuern fällt im Vergleich zum Niveau des Jahres 2017 deutlich niedriger aus.

Während wir auf Basis einer weiterhin positiven Geschäftsentwicklung eine Steigerung der Produkterträge erwarten, gehen wir gegenläufig von einer Normalisierung des Handelsergebnisses und der Risikovorsorge aus – die beide im Jahr 2017 deutlich über bzw. unter ihren langjährigen Durchschnittswerten lagen. Letztere dürfte dabei auch aufgrund der ab dem 1. Januar 2018 verpflichtenden Erstanwendung von IFRS 9 steigen. Einen positiven Einfluss auf das bereinigte Ergebnis erwarten wir aus der prognostizierten Reduktion des Verwaltungsaufwands.

Auf der vorstehend beschriebenen Basis gehen wir von einer spürbaren Verbesserung der Cost Income Ratio aus. Den Return on Tangible Equity nach Steuern erwarten wir deutlich verbessert im Vergleich zum Geschäftsjahr 2017.

Vor dem Hintergrund der strategiegemäßen Ausweitung im Kreditgeschäft und der sich aus der Erstanwendung von IFRS 9 ergebenden Belastungen für das Eigenkapital der Postbank erwarten wir trotz der prognostizierten positiven Gewinnentwicklung bei den regulatorischen Kennzahlen eine leicht rückläufige Entwicklung der harten Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio nach Feststellung) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in). Für die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) gehen wir aufgrund der erwarteten Reduktion im Leverage Exposure für das Jahr 2018 von einer moderaten Verbesserung aus.

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation der Postbank
Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank für das Jahr 2018 basiert auf unseren Erwartungen im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auf einer Zinsprognose, die ausschließlich auf Basis von Marktdaten (Implied Forwards) generiert wurde. Unvorhergesehene Ereignisse wie unerwartete deutliche Verschärfungen der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor könnten einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, die nicht berücksichtigt wurden. Ergebnisrelevante Auswirkungen aus der beabsichtigten weiteren Integration in die Deutsche Bank Gruppe und der damit verbundenen angestrebten Verschmelzung der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG sind in der folgenden Prognose der Postbank reflektiert, sofern die daraus resultierenden Effekte eindeutig der Postbank zugeordnet werden konnten.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen Ertragsströmen bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank, deren Marke auch nach der angestrebten Verschmelzung unter dem Motto „Eine Bank, zwei Marken“ fortbestehen soll. Im Fokus stehen dabei die Steigerung des Zins- und des Provisionsüberschusses sowie die Reduktion der Kostenbasis.

Trotz des geplanten Ausbaus des Kreditgeschäfts und des fortgesetzten Abbaus von hochverzinslichen Verbindlichkeiten erwarten wir eine leicht rückläufige Entwicklung des Zinsüberschusses im Jahr 2018. Basis für die Prognose sind weiter steigende Belastungen des Einlagengeschäfts aus dem im Laufzeitbereich bis drei Monate unterstellten anhaltend negativen, aber leicht steigenden Zinsniveau in Verbindung mit einer anhaltend hohen Tilgungsbereitschaft unserer Kunden mit höherverzinslichen Krediten.

Den Provisionsüberschuss erwarten wir deutlich verbessert. Grundlagen für diese Erwartungen sind zum einen die 2018 fortgesetzte Wertpapieroffensive sowie zum anderen eine erwartete Steigerung der Provisionserträge im Giro-Kerngeschäft – maßgeblich getrieben durch die Mitte 2017 erfolgte Neuorganisation der Kontomodelle für Geschäftskunden.

Nachdem die Risikovorsorge im zurückliegenden Geschäftsjahr 2017 u. a. von der erfolgreichen Verwertung eines Firmenkundenengagements und der daraus resultierenden Auflösung von Risikovorsorge sowie dem Verkauf zweier Kreditportfolios bei unverändert guter Verfassung des deutschen Immobilienmarktes sowie anhaltend guter Arbeitsmarktsituation in Deutschland profitieren konnte, erwarten wir für 2018 einen deutlichen Anstieg der Risikovorsorge.

Im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand gehen wir für das Jahr 2018 von einer Verbesserung im niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich aus. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2017 werden in der Prognose für das Geschäftsjahr 2018 deutlich geringere Aufwendungen für strategische Initiativen unterstellt. Den grundsätzlichen Annahmen unserer Prognose entsprechend, sind auch bei dieser erwarteten Entwicklung des Verwaltungsaufwands nur diejenigen ergebnisrelevanten Auswirkungen aus der beabsichtigten weiteren Integration in die Deutsche Bank Gruppe berücksichtigt, die eindeutig der Postbank zugeordnet werden konnten.

Nach einem positiven Ergebnis aus Zuschreibungen/Abschreibungen auf Beteiligungen und Wertpapiere im Jahr 2017 im mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Bereich, das wesentlich durch die Realisierung von stillen Reserven durch einen konzerninternen Übertrag einer Beteiligung geprägt war, erwarten wir für 2018 einen positiven Ergebnisbeitrag im mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Bereich.

Während das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2017 von einer Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB profitieren konnte, unterstellt die Prognose keine ergebniswirksame Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken.

Auf Basis der vorausgesehenen Entwicklung der oben genannten Teilbereiche der Gewinn- und Verlustrechnung erwarten wir für das Ergebnis vor Steuern eine Reduktion im niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, 21. Februar 2018

Deutsche Postbank AG

Der Vorstand



Frank Strauß




Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



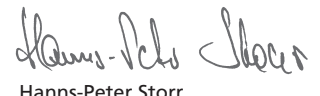
Philip Laucks



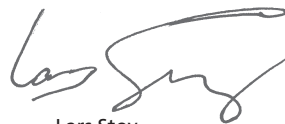
Dr. Ralph Müller



Zvezdana Seeger



Hanns-Peter Storr



Lars Stoy

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017 – DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN

Aktivseite	Mio €	Mio €	Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			1.178		1.426
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			20		11
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	20				(11)
				1.198	1.437
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			8.618		5.564
b) andere Forderungen			6.843		12.733
darunter:					
Hypothekendarlehen	-				(-)
Kommunalkredite	20				(20)
				15.461	18.297
3. Forderungen an Kunden				78.785	73.345
darunter:					
Hypothekendarlehen	25.171				(23.184)
Kommunalkredite	4.734				(4.765)
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-			-
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
					-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		12.682			15.541
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	12.537				(15.378)
bb) von anderen Emittenten		7.815			8.613
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.297				(6.135)
			20.497		24.154
c) eigene Schuldverschreibungen			-		-
Nennbetrag	-				(-)
				20.497	24.154
5. Handelsbestand				145	279
6. Beteiligungen				23	30
darunter:					
an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				5.943	5.666
darunter:					
an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1				(12)
8. Treuhandvermögen				328	381
darunter: Treuhandkredite	327				(380)
9. Immaterielle Anlagewerte					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			-		0
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) geleistete Anzahlungen			-		-
				-	0
10. Sachanlagen				336	356
11. Sonstige Vermögensgegenstände				1.404	2.152
12. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			226		303
b) andere			21		23
				247	326
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				223	332
Summe der Aktiva				124.590	126.755

Passivseite	Mio €	Mio €	Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			558		602
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			10.100		11.149
darunter:					
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	128				(170)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	53				(76)
gemischt gedeckte Namensschuldverschreibungen lt. DSLBUMwG	575				(1.015)
				10.658	11.751
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		36.593			38.482
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		95			103
			36.688		38.585
b) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			1.637		1.672
c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			135		136
d) gemischt gedeckte Namensschuldverschreibungen lt. DSLBUMwG			8.511		10.585
e) andere Verbindlichkeiten					
ea) täglich fällig		51.363			47.021
eb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.780			3.400
			54.143		50.421
darunter:					
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe					(-)
					(-)
				101.114	101.399
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenspfandbriefe		2.363			2.429
ab) öffentliche Pfandbriefe		56			56
ac) gemischt gedeckte Schuldverschreibungen lt. DSLBUMwG		-			-
ad) sonstige Schuldverschreibungen		819			881
			3.238		3.366
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten					
darunter: Geldmarktpapiere					(-)
				3.238	3.366
4. Handelsbestand				86	107
5. Treuhandverbindlichkeiten				328	381
darunter: Treuhandkredite	327				(380)
6. Sonstige Verbindlichkeiten				1.130	1.214
7. Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			5		7
b) andere			28		32
				33	39
8. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen					-
b) Steuerrückstellungen			15		35
c) andere Rückstellungen			638		493
				653	528
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				2.043	2.443
10. Genusssrechtskapital				159	180
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig	105				(112)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				2.227	2.426
davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	8				(7)
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			547		547
b) Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter			20		20
c) Kapitalrücklage			1.271		1.271
d) andere Gewinnrücklagen			1.083		1.083
e) Bilanzgewinn			-		-
				2.921	2.921
Summe der Passiva				124.590	126.755
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen					-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen ¹			1.036		754
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten					-
				1.036	754
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften					-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen					-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			6.914		6.693
				6.914	6.693

¹Verpflichtungen aus Patronatserklärungen sind im Anhang unter Punkt C. IV. angegeben.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – DEUTSCHE POSTBANK AG, BONN
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2017 BIS 31. DEZEMBER 2017

Aufwendungen	Mio €	Mio €	Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €
1. Zinsaufwendungen abzüglich positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten			1.074 -46	1.028	1.178 -31 1.147
2. Provisionsaufwendungen				535	526
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		657			480
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	121	176	833		174 (120) 654
b) andere Verwaltungsaufwendungen			1.420	2.253	1.462 2.116
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				20	22
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen				604	510
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				150	189
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				160	300
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme				145	89
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon: aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern	0			10	11 (8)
10. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen				3	3
11. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- abführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				217	9
12. Jahresüberschuss				-	-
Summe der Aufwendungen				5.125	4.922

Erträge	Mio €	Mio €	Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften abzüglich negativer Zinsen auf finanzielle Forderungen		2.683			2.776
		<u>-72</u>			<u>-60</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			2.611		2.716
			<u>442</u>		<u>565</u>
				3.053	3.281
2. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			-		0
b) Beteiligungen			1		1
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>75</u>		<u>58</u>
				76	59
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				80	70
4. Provisionserträge				818	714
5. Nettoertrag des Handelsbestands darin enthalten: Zuführung gemäß § 340e Abs. 4 HGB				6	6
	1				(1)
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				470	250
7. Sonstige betriebliche Erträge				422	542
8. Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				200	-
Summe der Erträge				5.125	4.922
1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				-	-
2. Bilanzgewinn/Bilanzverlust				-	-

ANHANG DEUTSCHE POSTBANK AG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

A. ALLGEMEINE ANGABEN

I. Angaben zur Gesellschaft und Grundlagen der Erstellung des Jahresabschlusses

Die Deutsche Postbank AG mit Sitz in Bonn ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn unter der Nummer HRB 6793. Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG (Postbank) wird nach den Vorschriften des *Handelsgesetzbuchs* (HGB) in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG), des Aktiengesetzes (AktG), des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewendet worden.

2. Bilanzierung und Bewertung

Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände
Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, das Treuhandvermögen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände werden mit ihrem Nennwert bilanziert. Angekaufte Forderungen sind mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die in den Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden enthaltenen Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind nach § 340e Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem Nennbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen angesetzt. Unterschiedsbeträge zwischen Nennwerten und Anschaffungskosten werden, soweit sie Zinscharakter haben, in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit ratierlich erfolgswirksam aufgelöst.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft und Länderrisiken wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens (mit Ausnahme des Handelsbestands) sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB und § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB).

Für Strukturierte Kreditprodukte (SCP), wie z. B. Residential Mortgage Backed Securities, werden zur Bewertung in größtmöglichem Umfang Marktdaten in Form von indikativen Kursen (Arranger Quotes) genutzt. Die enthaltenen synthetischen Collateralized Debt Obligations (CDO) stellen strukturierte Produkte nach IDW RS HFA 22 dar und werden bilanziell getrennt dargestellt.

Bewertungseinheiten

Die Postbank fasst Vermögensgegenstände und Schulden als Grundgeschäfte und zugehörige, zu Sicherungszwecken abgeschlossene Finanzinstrumente entsprechend § 254 HGB unter Beachtung von IDW RS HFA 35 zu Bewertungseinheiten zusammen. Dieses erfolgt in Form von Microhedges. Ziel ist die Absicherung von Wertänderungen der Grundgeschäfte infolge von Schwankungen der Marktzinssätze durch betrag-, währungs- und laufzeitkongruente Sicherungsinstrumente. Die Sicherungsbeziehungen enden, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wird, oder die Anforderungen an die Bildung von Bewertungseinheiten nicht mehr erfüllt sind.

Die Effektivitätsprüfung für alle Bewertungseinheiten erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument. Die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführenden Marktwertänderungen des Grundgeschäfts werden mit der Marktwertänderung des Sicherungsinstruments für jede Sicherungsbeziehung retrograd miteinander verglichen. Soweit sich die Marktwertänderungen ausgleichen (effektiver Teil), werden sie sowohl beim Grundgeschäft als auch beim Sicherungsinstrument (sonstige Vermögensgegenstände/sonstige Verbindlichkeiten) bilanziell berücksichtigt (Durchbuchungsmethode). Ineffektive Wertänderungen des Sicherungsinstruments werden – soweit negativ – als Drohverlustrückstellung erfasst. Wertänderungen des Grundgeschäfts, die nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, werden nach den allgemeinen Bilanzierungsregeln erfasst.

Die bei der Auflösung von Bewertungseinheiten erhaltenen oder gezahlten Close-out-Zahlungen für Mikroswaps, deren Grundgeschäfte noch im Bestand sind, werden mit dem Buchwert des Sicherungsinstruments und gegebenenfalls mit der für ineffektive Wertänderungen erfassten Drohverlustrückstellung verrechnet. Ein verbleibender Betrag wird erfolgswirksam vereinnahmt. Die während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung beim Grundgeschäft erfassten Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko werden über die Restlaufzeit des Grundgeschäfts zeitanteilig aufgelöst und brutto im Zinsergebnis ausgewiesen.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte. Besteht für ein Finanzinstrument ein aktiver Markt, wird zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtags herangezogen. Ein Markt wird als aktiv angesehen, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einem unabhängigen Dritten leicht und regelmäßig verfügbar sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen zwischen unabhängigen Geschäftspartnern beruhen.

Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende Zeitwert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden bestimmt.

Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes auf Basis von Bewertungsmethoden werden in größtmöglichem Umfang beobachtbare Marktdaten verwendet. Die Postbank nutzt dabei überwiegend sogenannte Discounted-Cashflow-

Methoden. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Für die Bewertung von Kreditderivaten werden zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Handelsbestand

Die Zuordnung einzelner Finanzinstrumente zum Handelsbestand hat die Postbank auf Grundlage interner Richtlinien und Prozesse geregelt. Anwendung finden hierfür die Kriterien der Postbank für die Einbeziehung von Geschäften in das Handelsbuch nach § Art. 102 ff. CRR sowie die Regelungen des § 340e HGB. Die Kriterien für die Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Handelsbestand wurden im Geschäftsjahr nicht geändert.

Der Handelsbestand der Postbank umfasst im Wesentlichen derivative Finanzinstrumente und wird im Posten „Handelsbestand“ der Aktiv- bzw. der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Bei der Abwicklung von Derivaten über einen zentralen Kontrahenten wird das Derivateneffekt angewendet. Hierbei werden die positiven und negativen Marktwerte mit der erhaltenen bzw. geleisteten Variation Margin verrechnet.

Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Die Bewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands erfolgt gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags.

Der Risikoabschlag wurde auf Basis des Value-at-Risk Ansatzes (zehn Tage Haltedauer, 99 % Konfidenzniveau, historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr) unter Berücksichtigung der Korrelationen zwischen Risikofaktoren und Portfolios berechnet. Für den Handelsbestand der Postbank ergab sich im Rahmen der risikoadjustierten Marktbewertung zum 31. Dezember 2017 ein Risikoabschlag in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €).

Zusätzlich zu vorgenanntem Risikoabschlag wurden bei OTC-Derivaten Bewertungsabschläge für bonitätsinduzierte Risiken der am Finanzinstrument beteiligten Parteien (Credit Value Adjustment/Debt Value Adjustment) in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) berücksichtigt.

Beide Abschläge wurden im Nettoaufwand des Handelsbestands erfasst und im Anhang im Handelsbestand der Aktivseite gesondert ausgewiesen.

Zuführungen, die gemäß § 340e Abs. 4 HGB zum Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340g HGB vorzunehmen sind, werden im Nettoertrag des Handelsbestands ausgewiesen.

Derivate des Nichthandelsbestands

Derivate (insbesondere Zinsswaps, Zinsfutures, Forward Rate Agreements, Aktien- und Indexderivate), die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden wie schwebende Geschäfte nach den hierfür geltenden Grundsätzen behandelt.

Realisierte Ergebnisse aus Derivaten des Nichthandelsbestands werden grundsätzlich im Zinsergebnis erfasst. Dienen die Derivate der Erwerbsvorbereitung, erfolgt eine Erfassung der daraus resultierenden Ergebnisse im Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“.

Werden in der Folgebewertung negative Wertveränderungen festgestellt, erfolgt die bilanzielle Berücksichtigung im Rahmen der bei Kreditinstituten etablierten Bilanzierungskonvention (Verlustfreie Bewertung des Bankbuchs).

Bei Optionen, bei denen die Postbank Optionsberechtigte ist, erfolgt die Zugangsbewertung in Höhe der gezahlten Optionsprämie. Der Ausweis erfolgt im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, sofern es sich um Optionsscheine handelt. Die Folgebewertung erfolgt nach den allgemeinen Bewertungsvorschriften für das Umlaufvermögen nach § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB.

Gezahlte Initial Margins werden im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ (respektive erhaltene Initial Margins im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“) ausgewiesen. Im Falle einer zur Absicherung von Derivaten vorgenommenen Verpfändung von Wertpapieren werden diese weiterhin bei der Postbank als rechtl. und wirtschaftl. Eigentümer ausgewiesen.

Pensionsgeschäfte

Die Bilanzierung echter Pensionsgeschäfte erfolgt gemäß § 340b Abs. 4 HGB. Verleihte Wertpapiere werden aufgrund des fortbestehenden wirtschaftlichen Eigentums weiter in der Bilanz der Postbank ausgewiesen. Entleihte Wertpapiere werden nicht in der Bilanz aktiviert.

Im Bereich der besicherten Geldmarktgeschäfte wird eine Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten bei übereinstimmender Fälligkeit, Währung, Lagerstelle und gleichem Kontrahenten vorgenommen, sofern die Aufrechnungsbedingungen erfüllt sind. In der Bilanz erfolgt ein saldierter Ausweis der Verrechnungsspitze.

Negative Zinsen

Negative Zinsen aus aktivischen Geldmarkt- und Pensionsgeschäften werden atypisch im Zinsertrag ausgewiesen. Positive Zinsen aus passivischen Geldmarkt- und Pensionsgeschäften werden atypisch im Zinsaufwand ausgewiesen. Bei derivativen Finanzinstrumenten erfolgt in Analogie zu einem normalen Zinsumfeld der saldierte Ausweis der Zahlungsströme je Derivat. Im Berichtsjahr wurden negative Zinsen in Höhe von 72 Mio € im Zinsertrag und positive Zinsen in Höhe von 46 Mio € im Zinsaufwand ausgewiesen.

Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände

Wie Anlagevermögen bewertete Wertpapiere werden gemäß § 340e Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Im Fall einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung erfolgt eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden zeitanteilig verteilt.

Beteiligungen, einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen, sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden gemäß § 340e Abs. 1 Satz. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die Anteile an der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen (PB Spezialinvest) werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen, jedoch aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Immaterielle Anlagewerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte sind mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und soweit erforderlich um außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und soweit erforderlich um außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Kosten für die laufende Wartung und Anschaffungskosten bis zu einer Höhe von 150 € werden in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einer Höhe von 410 € werden im Jahr der Anschaffung sofort abgeschrieben.

Latente Steuern

Die Postbank macht von dem Aktivierungs- und Saldierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 und 3 HGB Gebrauch.

Eine Aktivierung von latenten Ertragsteuern erfolgt aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank AG lediglich für die ausländischen Niederlassungen. Es wurde für Ertragsteuern kein Umlagevertrag mit dem Organträger abgeschlossen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Agien/Disagien werden als Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und planmäßig aufgelöst. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Die anteiligen Zinsen von Zerobonds werden nach der Effektivzins-Methode amortisiert.

Rückstellungen

Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt durch unabhängige Aktuare nach versicherungsmathematischen Grundsätzen und basiert auf dem Anwartschaftsbarwertverfahren („Projected-Unit-Credit-Methode“).

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen der Berechnung zugrunde:

	31.12.2017	31.12.2016
Rechnungszins	3,68 %	4,01 %
Gehaltsdynamik	2,40 %	1,90 %
Anpassungsrate für Renten	1,80 %	1,60 %
Fluktuation	4,0 % p. a.	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60–63 Jahre	60–63 Jahre
Sterblichkeit/Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G

Mit der im Jahr 2016 erfolgten Änderung des § 253 Abs. 2 HGB wurde der Betrachtungszeitraum für die Ermittlung des durchschnittlichen Rechnungszinses von sieben Geschäftsjahren auf zehn Geschäftsjahre ausgedehnt. Der Unterschiedsbetrag, der sich aus der Bewertung mit dem 10-Jahres-Durchschnitt und der Bewertung mit dem 7-Jahres-Durchschnitt ergibt, unterliegt der Ausschüttungssperre (siehe Abschnitt C. I. Ausschüttungssperre).

Zur Abzinsung verwendet die Postbank den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten Rechnungszins, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Das Deckungsvermögen zur Sicherung der Pensionsverpflichtungen wurde gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet und mit den dazugehörigen Pensionsrückstellungen saldiert. Der sich hieraus ergebende Vermögensüberhang wird im Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Aufwendungen und Erträgen aus dem Deckungsvermögen verrechnet.

Steuerrückstellungen und Andere Rückstellungen werden in Höhe ihres Erfüllungsbetrags gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt. Andere Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr (ohne Drohverlustrückstellungen aus derivativen Geschäften) werden entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung mit den durch die Deutsche Bundesbank bereitgestellten Abzinsungszinssätzen abgezinst. In Folgeperioden werden Aufwendungen (Erträge) aus der Aufzinsung (aus der Abzinsung) von Rückstellungen für bankgeschäftliche Sachverhalte als Zinsaufwand (Zinsertrag) und für übrige Sachverhalte als sonstiger betrieblicher Aufwand (sonstiger betrieblicher Ertrag) erfasst.

Verlustfreie Bewertung des Bankbuchs

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung stellt die Postbank jährlich zum 31. Dezember den Barwert des Zinsbuchs dem handelsrechtlichen Buchwert gegenüber. Dabei werden Zinsderivate, die im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kontrahiert werden, mit einbezogen. Sollte der Barwert den Buchwert unterschreiten, wird eine Drohverlustrückstellung gemäß § 340a i. V. m. § 249 Abs. 1 in Höhe des Unterschiedsbetrags gebildet. Im Geschäftsjahr 2017 war die Bildung einer solchen Rückstellung nicht erforderlich.

Währungsumrechnung

Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung werden gemäß § 256a HGB mit den am Bilanzstichtag gültigen Devisenkassamittelkursen in Euro umgerechnet. Termingeschäfte, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt sind, werden zum Terminkurs des Bilanzstichtags bewertet. Für Fremdwährungsgeschäfte im Bankbuch erfolgt grundsätzlich eine Spaltung des Terminkurses und eine Abgrenzung der Swapstellen.

Ergebnisse aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und korrespondierender schwebender Geschäfte wurden durch die Bildung von Ausgleichsposten neutralisiert.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung aufgrund der gesamtheitlichen Steuerung durch das Treasury und des Verzichts auf strategische Währungspositionen als besonders gedeckt eingestuft und bewertet (§ 340h i. V. m. § 256a HGB). Alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung werden als Nettogröße im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen aufgrund der hohen Umschlaghäufigkeit zeitnah begründet worden waren.

III. Angaben zu Beteiligungsverhältnissen

Die Muttergesellschaft der Deutschen Postbank AG, Bonn, ist die DB Beteiligungs-Holding GmbH, Frankfurt am Main, eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main.

Die Postbank und ihre Tochtergesellschaften sind in den Teilkonzernabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG einbezogen.

Die Konzernabschlüsse der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Bank AG werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Postbank als abhängigem Unternehmen und der DB Beteiligungs-Holding GmbH, Frankfurt am Main.

IV. Aufsichtsrechtliche Kapitalquoten

Die Postbank ermittelt und meldet ihre regulatorischen Eigenmittel sowie die risikogewichteten Aktiva gemäß den Anforderungen der CRR/CRD IV auf Ebene des Einzelinstituts. Die Postbank hat die aufsichtsrechtlich geltenden Eigenkapitalanforderungen im Jahr 2017 zu jedem Zeitpunkt erfüllt.

Es haben sich per 31. Dezember 2017 die folgenden Quoten ergeben:

	31.12.2017 ¹ Mio €	31.12.2016 ² Mio €
Adressrisiken (inklusive CVA)	32.193	40.722
Marktrisikopositionen	48	44
Operationelle Risiken	4.699	5.005
Gesamtrisikoaaktiva	36.940	45.771
regular phased-in:		
Hartes Kernkapital (CET 1)	4.760	5.028
Zusätzliches Kernkapital (AT 1)	0	0
Kernkapital (Tier 1)	4.760	5.028
Ergänzungskapital (Tier 2)	1.521	2.137
Eigenmittel (own funds)	6.281	7.165
	%	%
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio)	12,9	11,0
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	12,9	11,0
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	17,0	15,7
fully phased-in:		
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio)	12,7	10,6
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	12,7	10,6
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	16,9	15,3

¹Vorbehaltlich der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017

²Auf der Grundlage des testierten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016

Die per 31. Dezember 2017 gemeldeten Quoten basieren auf den testierten Werten des Jahresabschlusses per 31. Dezember 2016. Hier ergab sich eine harte Kernkapitalquote (regular phased-in) in Höhe von 13,1 %, die Gesamtkapitalquote (regular phased-in) lag bei 17,2 %.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN-UND VERLUST- RECHNUNG

I. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

(1) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	15.461	18.297
davon:		
an verbundene Unternehmen	6.114	8.300
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen verwendet	23	23
Restlaufzeiten:		
täglich fällig	8.618	5.564
bis drei Monate	1.565	5.436
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.500	3.481
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.367	3.254
mehr als fünf Jahre	411	562

(2) Forderungen an Kunden

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	78.785	73.345
davon:		
an verbundene Unternehmen	4.192	3.579
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18	10
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen verwendet	12.566	13.485
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	7.301	3.657
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.515	6.396
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	28.646	28.270
mehr als fünf Jahre	34.584	32.545
mit unbestimmter Laufzeit	2.739	2.477

(3) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	20.497	24.154
davon:		
von verbundenen Unternehmen	3.211	3.032
von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	20.083	23.697
börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	407	450
im Folgejahr fällig werdende Beträge	4.672	4.272
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen verwendet	2.788	4.316
nicht zum Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere	5.631	6.107

Die Abgrenzung der nicht zum Niederstwert bewerteten börsenfähigen Wertpapiere von den zum Niederstwert bewerteten börsenfähigen Wertpapieren erfolgt anhand der am Bestand hinterlegten Hauptbuchkonten und Bewertungsparameter.

(4) Handelsbestand

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	145	279
davon:		
derivative Finanzinstrumente	145	284
Forderungen	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	–
Sonstige Vermögensgegenstände	–	–
Risikoabschlag	–1	–6

(5) Beteiligungen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	23	30
davon:		
börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	1	3
börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	0	0

(6) Anteile an verbundenen Unternehmen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	5.943	5.666
davon:		
börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	–	–
börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	1.418	1.573

(7) Treuhandvermögen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	328	381
davon:		
Forderungen an Kreditinstitute	1	1
Forderungen an Kunden	327	380

(8) Sachanlagen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	336	356
davon:		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	312	311

(9) Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	1.404	2.152
davon:		
gegenüber verbundenen Unternehmen	289	129
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
darin enthalten:		
derivative Sicherungsinstrumente	522	806
geleistete Marginzahlungen	406	951
Erstattungsanspruch aus Restschuldversicherungen	74	67
Steuererstattungsansprüche	69	59
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	43	19
Erstattungsanspruch aus Lebensversicherungen	32	39

Die in den Sonstigen Vermögensgegenständen genannten derivativen Sicherungsinstrumente stellen die effektiven positiven Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte im Rahmen der bilanziellen Abbildung der Bewertungseinheiten nach der Durchbuchungsmethode dar.

Die sonstigen Vermögensgegenstände gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von 80 Mio € (Vorjahr: 70 Mio €) sowie Forderungen aus geleisteten Marginzahlungen in Höhe von 119 Mio € (Vorjahr: – Mio €).

(10) Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	247	326
davon:		
Agio aus Forderungen gemäß § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB	199	267
Disagio aus Verbindlichkeiten gemäß § 250 Abs. 3 HGB	23	30
Investitionszuschüsse	0	1

(11) Aktive latente Steuern

Aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank AG werden seit dem Geschäftsjahr 2012 keine aktiven latenten Steuern für das Inland mehr gebildet. Bei der Niederlassung Luxemburg ergaben sich zum Bilanzstichtag keine latenten Steuern.

(12) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	223	332
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	1.197	1.223
Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtungen	974	891
Überdeckung des Deckungsvermögens über die Pensionsverpflichtungen (Aktiver Unterschiedsbetrag)	223	332
Anschaffungskosten des Deckungsvermögens	947	923
Verrechnete Beträge:		
Zinsaufwand der Pensionsrückstellungen	35	34
Ertrag (+)/Aufwand (-) aus der Änderung des Rechnungszinsfußes	-49	17
Erträge aus dem Deckungsvermögen	-26	103

Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens wird anhand der Marktwerte der von der Treuinvest e.V., Frankfurt am Main, gehaltenen Fondsanteile ermittelt.

Passiva

(13) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	10.658	11.751
davon:		
gegenüber verbundenen Unternehmen	3.225	3.295
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Restlaufzeiten:		
täglich fällig	558	602
bis drei Monate	3.060	3.234
mehr als drei Monate bis ein Jahr	724	961
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.250	3.553
mehr als fünf Jahre	3.066	3.401

(14) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	101.114	101.399
davon:		
gegenüber verbundenen Unternehmen	1.378	1.819
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	5
Restlaufzeiten:		
Unterposten:		
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	95	103
mehr als drei Monate bis ein Jahr	31	33
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	64	70
mehr als fünf Jahre	0	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist sowie begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe, begebene öffentliche Namenspfandbriefe und gemischt gedeckte Namensschuldverschreibungen	13.063	15.793
bis drei Monate	1.931	2.459
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.011	2.432
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.135	5.915
mehr als fünf Jahre	3.986	4.987

(15) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	3.238	3.366
davon:		
gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Restlaufzeiten:		
Unterposten:		
Begebene Schuldverschreibungen	3.238	3.366
davon im Folgejahr fällig werdende Beträge	10	61

(16) Handelsbestand

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	86	107
davon:		
derivative Finanzinstrumente	86	107

(17) Treuhandverbindlichkeiten

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	328	381
davon:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	327	380

(18) Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	1.130	1.214
davon:		
gegenüber verbundenen Unternehmen	404	150
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
darin enthalten:		
erhaltene Marginzahlungen	465	740
derivative Sicherungsinstrumente	66	0
Steuerverbindlichkeiten	15	12
Umsatzsteuerverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG	3	2
Ausgleichsposten aus der Währungs-umrechnung	–	0

Die in den Sonstigen Verbindlichkeiten genannten derivativen Sicherungsinstrumente stellen die effektiven negativen Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte im Rahmen der bilanziellen Abbildung der Bewertungseinheiten nach der Durchbuchungsmethode dar.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen im Wesentlichen gegenüber der PB Firmenkunden AG in Höhe von 32 Mio € aufgrund von Provisionen aus dem Dienstleistungs-Rahmenvertrag sowie gegenüber der Postbank Filialvertrieb AG in Höhe von 106 Mio € und gegenüber der Postbank Systems AG in Höhe von 39 Mio € aufgrund der jeweils vertraglich vereinbarten Verlustübernahme. Gegenüber der DB Beteiligungs-Holding GmbH bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 217 Mio € aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags.

(19) Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	33	39
davon:		
Disagio aus gehedgten Wertpapieren	10	14
Disagio aus Forderungen gemäß § 340e Abs. 2 Satz 2 HGB	4	4
Emissionskosten/Agio aus begebenen Anleihen	1	2

(20) Rückstellungen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	653	528
Unterposten:		
Andere Rückstellungen	638	493
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	30	48
Personalbezogene Rückstellungen	365	174
Drohverlustrückstellungen für derivative Geschäfte und Abnahmeverpflichtungen	35	35
Sonstige Rückstellungen	208	236

Von den personalbezogenen Rückstellungen in Höhe von 365 Mio € entfallen 179 Mio € auf neu gebildete Rückstellungen im Rahmen der geplanten Zusammenführung der Postbank mit der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und der Neuorganisation des Vertriebs. Zusätzlich in diesem Zusammenhang sind in den Sonstigen Rückstellungen 46 Mio € für die unter B. III. (2) erläuterte übernommene Zahlungsverpflichtung enthalten.

Die Sonstigen Rückstellungen enthalten 108 Mio € (Vorjahr: 136 Mio €) Rückstellungen für Prozesse und Regresse, die im Wesentlichen für Risiken im Zusammenhang mit widerrufenen Darlehensverträgen und für Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung bestehen. Der Großteil der letztgenannten Klagen und Beschwerden bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener

Fonds, deren Vertrieb 2012 eingestellt wurde. Außerdem beinhaltet der Betrag die Rückstellungen für eine Vielzahl von gerichtlich geltend gemachten Kundenansprüchen in unterschiedlichen Bereichen.

Im Geschäftsjahr 2017 fielen aus der Abzinsung der Anderen Rückstellungen Aufwendungen in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) an. Hiervon betreffen unverändert 1 Mio € nicht bankgeschäftliche Rückstellungen.

(21) Nachrangige Verbindlichkeiten

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	2.043	2.443
davon:		
gegenüber verbundenen Unternehmen	1.322	1.631
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sind gleichrangig mit allen anderen nachrangigen Verpflichtungen und werden im Fall der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt. Eine Verpflichtung zur vorzeitigen Rückzahlung kann nicht entstehen. Die Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform ist vertraglich nicht vereinbart.

Zum Bilanzstichtag übersteigen die nachfolgend genannten Mittelaufnahmen 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

ISIN	Währung	Betrag	Zinssatz	Fälligkeit
XF0002431657	€	300.027.000	variabel	02.12.2034
XF0002431707	€	500.027.000	variabel	23.12.2034
XF0002431756	€	300.027.000	variabel	07.06.2035

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten reduzierten sich im Geschäftsjahr 2017 im Wesentlichen aufgrund der Rückzahlung einer Emission. Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten (einschließlich anteiliger Zinsen und Agioeträge) beliefen sich auf 76 Mio € (Vorjahr: 95 Mio €).

(22) Genusssrechtskapital

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzausweis	159	180
davon:		
Inhabergenussscheine	-	-
Namensgenussscheine	159	180

Das Genusssrechtskapital reduzierte sich aufgrund von Fälligkeiten.

(23) Fonds für allgemeine Bankrisiken

	31.12.2016	Entnahmen	Zuführung gemäß § 340e Abs. 4 HGB	31.12.2017
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2.426	200	1	2.227

(24) Eigenkapital

	31.12.2016	Veränderung	31.12.2017
	Mio €	Mio €	Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	–	547
Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter	20	–	20
Kapitalrücklage	1.271	–	1.271
Gewinnrücklagen			
andere Gewinnrücklagen	1.083	–	1.083
Bilanzgewinn	–	–	–
Handelsrechtliches Eigenkapital	2.921	–	2.921

Das gezeichnete Kapital der Postbank beträgt 547 Mio € und ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Die typisch stillen Gesellschafter erhalten für jedes Geschäftsjahr eine Gewinnbeteiligung auf den Nennbetrag der Vermögenseinlage in Höhe des Prozentsatzes, den die Postbank der Ausschüttung auf das Grundkapital der Bank einschließlich offener Rücklagen zugrunde legt. Der Prozentsatz ist jeweils durch Mindest- bzw. Höchstsätze begrenzt.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I).

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II).

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalen I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

II. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

	Anschaffungs- und Herstellungskosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Währungsdifferenzen	Anschaffungs- und Herstellungskosten	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert	Buchwert	
	01.01.2017	im Geschäftsjahr					31.12.2017	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	
Finanzanlagen	13.535	971	-1.042	-	-2	13.462	-1.859	11.603	11.810	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.131	520	-1.004	-	-	5.647	-10	5.637	6.114	
davon in Bewertungseinheiten	1.288	-	-134	-405	-	749	-	749	1.288	
Beteiligungen	50	1	-20	-	-2	29	-6	23	30	
Anteile an verbundenen Unternehmen	7.354	450	-18	-	-	7.786	-1.843	5.943	5.666	
Immaterielle Anlagewerte	6	-	-	-	-	6	-6	0	0	
Sachanlagen	807	18	-43	-	-	782	-446	336	356	
Grundstücke und Gebäude	691	10	-36	26	-	691	-378	313	311	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	89	3	-7	-	-	85	-68	17	16	
Anlagen im Bau	27	5	-	-26	-	6	-	6	29	
Gesamt	14.348	989	-1.085	-	-2	14.250	-2.311	11.939	12.166	

Entwicklung der kumulierten Abschreibungen des Anlagevermögens:

	Kumulierte Abschreibungen	Abschreibungen	Zuschreibungen	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Kumulierte Abschreibungen
	01.01.2017	im Geschäftsjahr					31.12.2017
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Finanzanlagen	-1.725	-159	1	-	24	-	-1.859
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-17	-	1	-	6	-	-10
Beteiligungen	-20	-4	-	-	18	-	-6
Anteile an verbundenen Unternehmen	-1.688	-155	-	-	-	-	-1.843
Immaterielle Anlagewerte	-6	0	-	-	-	-	-6
Sachanlagen	-451	-19	-	-	24	-	-446
Grundstücke und Gebäude	-380	-16	-	-	18	-	-378
Betriebs- und Geschäftsausstattung	-71	-3	-	-	6	-	-68
Anlagen im Bau	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	-2.182	-178	1	-	48	-	-2.311

Die nachfolgenden Wertpapiere werden über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen, da eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB unterblieben ist:

	Buchwert		Beizulegender Zeitwert	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.468	1.424	1.431	1.375

Emittenten der Anleihen und Schuldverschreibungen sind Banken und andere Unternehmen mit guter bzw. sehr guter Bonität. Die Postbank hat eine dauerhafte Halteabsicht bezüglich dieser Wertpapiere und rechnet mit der vollständigen Rückzahlung bei Endfälligkeit.

Bei den Zugängen der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich um Wertpapiere von verbundenen Unternehmen, bei den Abgängen im Wesentlichen um mehrere endfällige Schuldverschreibungen mit einem Nennwert von 644 Mio € und Verkäufe von zwei Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 300 Mio €.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Agien in Höhe von –23 Mio € erfolgswirksam ausgebucht. Aus der Anwendung der Durchbuchungsmethode für bestehende und aufgelöste Bewertungseinheiten wurden 31 Mio € als zinsinduzierte Wertveränderung bestandsreduzierend gebucht.

Im Dezember 2017 wurde die PB Factoring GmbH im Rahmen einer Kapitalerhöhung der Postbank Beteiligungen GmbH mit Sacheinlagen durch Einbringung aller Anteile an der PB Factoring GmbH übertragen.

(2) Investmentvermögen

Anteile an inländischen Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

Fondsname	Anlageziel	Marktwert		Differenz zum Buchwert		Ausschüttung 2017 Mio €
		31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	
PB Spezialinvest						
TGV PB 02	Rentenfonds	514	468	46	0	0
TGV PB 08	Rentenfonds	863	775	88	0	0
TGV PB 09	Rentenfonds	586	529	57	0	0
TGV PB 11	Rentenfonds	667	609	58	22	22
TGV PB 13	Rentenfonds	350	333	17	18	18
TGV PB 14	Rentenfonds	361	333	28	7	7
TGV PB 21	Rentenfonds	215	193	22	13	13
TGV PB 26	Rentenfonds	312	300	12	0	0

Für alle Teilgesellschaftsvermögen (TGV) besteht eine tägliche Rückgabemöglichkeit. Der Ausweis erfolgt im Posten „Anteile an verbundenen Unternehmen“. Aufgrund der Bewertungskontinuität erfolgt die Bewertung der Teilgesellschaftsvermögen wie Umlaufvermögen.

(3) Echte Pensionsgeschäfte

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Buchwert der in Pension gegebenen Vermögens- gegenstände	2.585	2.885

(4) Bewertungseinheiten

Die folgende Tabelle stellt dar, mit welchen Buchwerten Grundgeschäfte in Bewertungseinheiten einbezogen wurden und welches Risiko hierdurch abgesichert wird:

	Buchwert	Grundgeschäft abgesichert gegen	Sicherungs- instrumente	Wertänderung Grundgeschäfte	Wertänderung Sicherungsinstrumente
	31.12.2017 Mio €			Mio €	Mio €
Vermögensgegen- stände	11.916	Zinsänderungsrisiko	Zinsswaps	-202	203
Schulden	-7.855	Zinsänderungsrisiko	Zinsswaps	158	-158

Zum Bilanzstichtag haben sich die Wertänderungen von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten nahezu ausgeglichen. Die zukünftigen zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte werden sich durch die Wertänderungen der laufzeitkongruenten Sicherungsinstrumente bis zur Endfälligkeit der Grundgeschäfte voraussichtlich ausgleichen. Schwebende Geschäfte und mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen wurden nicht als Grundgeschäfte in Bewertungseinheiten einbezogen.

Die Ermittlung der Marktwerte der einzelnen Kontrakte erfolgte entsprechend der in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschriebenen Vorgehensweise zur Ermittlung von Zeitwerten. Für Derivate des Bankbuchs wurden ebenfalls Bewertungsabschläge für bonitätsinduzierte Risiken berücksichtigt.

Eine positive Änderung des Marktzinssatzes um einen Basispunkt würde eine Veränderung der Fair Values zinsbezogener derivativer Finanzinstrumente um ca. 10,684 Mio € (Vorjahr: 6,846 Mio €) bewirken.

(5) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Umgerechnet in Euro lauten:		
von den Vermögensgegenständen auf Fremdwährung	3.293	3.151
von den Schulden auf Fremdwährung	3.293	3.147

(6) Termingeschäfte

Die Postbank setzt derivative Finanzinstrumente insbesondere zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung und zur Steuerung der Fremdwährungsposition ein. Darüber hinaus sind geringe Volumen an derivativen Finanzgeschäften dem Handelsbestand zugeordnet.

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Derivate, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 150 Mrd €.

Die in den nachfolgenden Tabellen gemachten Angaben basieren auf den Anforderungen der § 285 Nr. 19 und 20 HGB i. V. m. § 36 RechKredV. Die ausgewiesenen Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei dem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung von gegenseitig vereinbarten Ausgleichszahlungen, jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente (Nichthandelsbestand)

Darstellung der Volumen	Nominalbeträge		Buchwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017 Mio €		31.12.2017 Mio €		31.12.2017 Mio €		31.12.2017 Mio €	
Zinsrisiken								
OTC-Produkte								
Zinsswaps	74.976		-		1.742		-2.092	
FRAs	-		-		-		-	
Zinsoptionen	0		-		1		-8	
Swaptions (long)	86		-		1		-	
Swaptions (short)	86		-		-		-1	
Caps, Floors	2.450		-		2		-3	
Sonstige Zinstermingeschäfte	-		-		-		-	
Börsengehandelte Produkte								
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	-		-		-		-	
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	-		-		-		-	
Insgesamt	77.598		-		1.746		-2.104	
Währungsrisiken								
OTC-Produkte								
Devisentermingeschäfte/-swaps	3.203		-		34		-27	
Zins-Währungsswaps	656		-		63		-10	
Devisenoptionen (long) ¹	332		-		12		-	
Devisenoptionen (short) ¹	332		-		-		-12	
Sonstige Währungstermingeschäfte	-		-		-		-	
Börsengehandelte Produkte								
Devisenfutures	-		-		-		-	
Devisenoptionen	-		-		-		-	
Insgesamt	4.523		-		109		-49	
Aktien- und sonstige Preisrisiken								
OTC-Produkte								
Aktientermingeschäfte	-		-		-		-	
Aktien-/Index-Optionen (long)	-		-		-		-	
Aktien-/Index-Optionen (short)	-		-		-		-	
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	-		-		-		-	
Börsengehandelte Produkte								
Aktien-/Index-Futures	-		-		-		-	
Aktien-/Index-Optionen	-		-		-		-	
Insgesamt	-		-		-		-	
Kreditderivate								
Käufe	-		-		-		-	
Verkäufe	-		-		-		-	
Insgesamt	-		-		-		-	
Gesamtbestand	82.121		-		1.855		-2.153	

¹Inklusive Goldoptionen, welche unter Währungsrisiken erfasst werden

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente (Nichthandelsbestand)

	Zinsrisiken	Währungsrisiken ¹	Aktien- und sonstige Preisrisiken	Kreditderivate
	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €
Restlaufzeiten				
bis drei Monate	5.422	2.852	–	–
mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.627	983	–	–
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.843	459	–	–
mehr als fünf Jahre	29.706	229	–	–
Insgesamt	77.598	4.523	–	–

¹Inklusive Goldoptionen, welche unter Währungsrisiken erfasst werden

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente (Nichthandelsbestand)

	Nominalbetrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €
Kontrahentengliederung			
Banken in der OECD	76.104	1.663	–2.134
Banken außerhalb der OECD	–	–	–
Sonstige Kontrahenten	6.017	192	–19
Insgesamt	82.121	1.855	–2.153

Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente (Handelsbestand)

Darstellung der Volumen	Nominalbeträge	Buchwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €
Zinsrisiken				
OTC-Produkte				
Zinsswaps	67.592	58	144	-86
FRAs	-	-	-	-
Zinsoptionen	-	-	-	-
Swaptions (long)	-	-	-	-
Swaptions (short)	-	-	-	-
Caps, Floors	415	0	0	0
Sonstige Zinstermingeschäfte	-	-	-	-
Börsengehandelte Produkte	-	-	-	-
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	-	-	-	-
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	-	-	-	-
Insgesamt	68.007	58	144	-86
Währungsrisiken				
OTC-Produkte				
Devisentermingeschäfte/-swaps	-	-	-	-
Zins-Währungsswaps	-	-	-	-
Devisenoptionen (long) ¹	-	-	-	-
Devisenoptionen (short) ¹	-	-	-	-
Sonstige Währungstermingeschäfte	-	-	-	-
Börsengehandelte Produkte				
Devisenfutures	-	-	-	-
Devisenoptionen	-	-	-	-
Insgesamt	-	-	-	-
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
OTC-Produkte				
Aktientermingeschäfte	-	-	-	-
Aktien-/Index-Optionen (long)	-	-	-	-
Aktien-/Index-Optionen (short)	-	-	-	-
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	-	-	-	-
Börsengehandelte Produkte				
Aktien-/Index-Futures	-	-	-	-
Aktien-/Index-Optionen	-	-	-	-
Insgesamt	-	-	-	-
Kreditderivate				
Käufe	-	-	-	-
Verkäufe	-	-	-	-
Insgesamt	-	-	-	-
Gesamtbestand	68.007	58	144	-86

¹Inklusive Goldoptionen, welche unter Währungsrisiken erfasst werden

Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente (Handelsbestand)

	Zinsrisiken	Währungsrisiken ¹	Aktien- und sonstige Preisrisiken	Kreditderivate
	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €
Restlaufzeiten				
bis drei Monate	4.903	–	–	–
mehr als drei Monate bis ein Jahr	12.498	–	–	–
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.466	–	–	–
mehr als fünf Jahre	16.140	–	–	–
Insgesamt	68.007	–	–	–

¹Inklusive Goldoptionen, welche unter Währungsrisiken erfasst werden

Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente (Handelsbestand)

	Nominalbetrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €
Kontrahentengliederung			
Banken in der OECD	68.007	144	–86
Banken außerhalb der OECD	–	–	–
Sonstige Kontrahenten	–	–	–
Insgesamt	68.007	144	–86

III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Risikovorsorge

Die Postbank macht von dem Wahlrecht des § 340f Abs. 3 HGB Gebrauch und weist Aufwendungen und Erträge aus der Bewertung des Kreditgeschäfts kompensiert mit Aufwendungen und Erträgen aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve aus. Der Nettoaufwand beträgt 150 Mio € (Vorjahr: 189 Mio €).

Der Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere“ enthält im Wesentlichen die Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der BHW Holding AG und der Postbank Filialvertrieb AG, welche aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen wurde.

Der Posten „Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren“ enthält neben realisierten Kursgewinnen in Höhe von 18 Mio € Erträge aus der Übertragung der Beteiligung an der PB Factoring GmbH in Höhe von 439 Mio € und aus der Verringerung eines Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt, in Höhe von 11 Mio €.

(2) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2017 Mio €	2016 Mio €
Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung	604	510
darin enthalten:		
Aufwendungen für Dienstleistungen von verbundenen Unternehmen	392	412
Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen aus den Pensionsrückstellungen und dem Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB und Effekt aus der Änderung des Rechnungszinsfußes	110	-
Übernahme Zahlungsverpflichtung Tochtergesellschaften	46	-
Aufwendungen für Prozessrisiken und Prozesskosten	22	54
Vergütungen an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost	14	12
Aufwendungen für Rechtsrisiken aus Bearbeitungsentgelten für Firmenkredite	6	-

Im Rahmen von Schuldübernahmevereinbarungen hat sich die Deutsche Postbank AG gegenüber ihren Tochtergesellschaften Betriebs-Center für Banken AG, BHW Kreditservice GmbH und Postbank Service GmbH verpflichtet, schuldbefreiend die Verpflichtungen aus den zum 31. Dezember 2017 aufgelegten freiwilligen Vorruhestands- und Abfindungsangeboten dieser Tochtergesellschaften zu übernehmen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich diesbezüglich um 46 Mio €.

(3) Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 11 Mio €) resultiert aus den unter der Geltung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags rechtlich noch geschuldeten Steuern der Niederlassung Luxemburg sowie aus Steuern für Vorjahre.

(4) Sonstige betriebliche Erträge

	2017 Mio €	2016 Mio €
Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung	422	542
darin enthalten:		
Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen für Beamtenbezüge	169	175
Mieterträge	98	91
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	39	33
Vergütung für die Teilnahme an der Bietergruppe zum Refinanzierungsprogramm EZB	34	40
Erträge aus besonders gedeckten Fremdwährungspositionen	9	10
Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen aus den Pensionsrückstellungen und dem Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB und Effekt aus der Änderung des Rechnungszinsfußes	-	86

(5) Aufteilung der Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag aus folgenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung:

- Zinserträge
- Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen
- Provisionserträge
- Nettoertrag des Handelsbestands
- Sonstige betriebliche Erträge

wurde in den nachstehenden geografischen Märkten erzielt:

	2017 Mio €	2016 Mio €
Deutschland	4.298	4.506
Europa (ohne Deutschland)	77	96
Gesamt	4.375	4.602

(6) Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Hinsichtlich des vom Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für das Geschäftsjahr 2017 berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB verweisen wir auf die Angabe im Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG, welche die Beträge der Postbank beinhaltet. Die Honorare für Abschlussprüfungs- und Prüfungsleistungen beinhalten die Prüfung des Einzelabschlusses, die Konzernabschlussprüfung, die Prüfung des Konzernberichts-pakets zum 31. Dezember 2017 sowie die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts. Die Honorare für andere Bestätigungsleistungen umfassen im Wesentlichen die prüferische Durchsicht der Konzernberichtspakete sowie gesetzlich vorgeschriebene, vertraglich vereinbarte oder freiwillig beauftragte Bestätigungsleistungen. Die Honorare für sonstige Leistungen umfassen überwiegend die Honorare für projektbezogene Beratungsleistungen.

(7) Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Die Postbank erbringt Dienstleistungen für die Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen sowie Investmentfondsanteilen im Rahmen der mit der HUK-COBURG, der Talanx-Gruppe, der DWS-Gruppe und der BHW Bausparkasse AG getroffenen Kooperationsverträge.

C. SONSTIGE ANGABEN**I. Ausschüttungssperre**

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Gegen Ausschüttung gesperrte Beträge gemäß § 268 Abs. 8 HGB (§ 285 Nr. 28 HGB)		
Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten des Deckungsvermögens und der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	250	300
Aktivierte selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	–	–
Aktivierte latente Steuern	–	–
Summe der gesperrten Beträge gemäß § 268 Abs. 8 HGB	250	300
Gegen Ausschüttung gesperrter Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen	152	115

Die Postbank betrachtet den Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB als nicht zur Abführung gesperrt i. S. d. § 301 AktG.

Aufgrund ausreichender frei verfügbarer Eigenkapitalbestandteile, die den ausschüttungsgesperrten Beträgen mindestens entsprechen, kommen die Beschränkungen der Ausschüttungssperre im Geschäftsjahr 2017 nicht zur Anwendung.

II. Eventualverbindlichkeiten

Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten setzen sich überwiegend aus im Auftrag von Kunden übernommenen Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen gegenüber Dritten zusammen. Daneben bestehen in geringem Umfang Garantien zugunsten verbundener Unternehmen. Sofern mit der Inanspruchnahme aus einer Eventualverbindlichkeit zu rechnen ist, werden hierfür entsprechende Rückstellungen gebildet. Der Ausweis der Eventualverbindlichkeiten erfolgt mit den um bestehende Barsicherheiten und Rückstellungen gekürzten, zum Bilanzstichtag valutierenden Beträgen.

Den Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen, die sich gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutschen Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung richten, ist in erster Instanz vor dem Landgericht Köln durch Urteil vom 20. Oktober 2017 stattgegeben worden. Die Deutsche Postbank AG hat gegen das Urteil Berufung vor dem Oberlandesgericht Köln eingelegt.

In den Eventualverbindlichkeiten ist eine Garantie zugunsten der BHW Bausparkasse AG, Niederlassung Luxemburg, in Höhe von unverändert 12 Mio € enthalten, mit welcher das First Loss Piece eines Retail-Kreditportfolios der BHW Bausparkasse AG, Niederlassung Luxemburg, übernommen wird.

III. Andere Verpflichtungen

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.914	6.693
davon: bereitgestellte Baudarlehen (ohne Förderdarlehen)	4.605	4.175

In den ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und Anderen Verpflichtungen sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Postbank von wesentlicher Bedeutung sind.

Die Einschätzung des Risikos einer möglichen Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten und Anderen Verpflichtungen erfolgt im Rahmen des Kreditüberwachungsprozesses der Postbank, der im Lagebericht unter dem Abschnitt Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ erläutert wird. Zum 31. Dezember 2017 bestanden unmittelbar kündbare Kreditlinien in Höhe von 14.458 Mio € (Vorjahr: 13.553 Mio €).

Es bestanden zum Bilanzstichtag keine Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen.

IV. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Beamtenversorgung

Die Postbank zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnst PT), Postbeamtenversorgungskasse (PVK), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltsfähig beurlaubten Beamten. Der Aufwand hieraus im Jahr 2017 belief sich auf 92 Mio €. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Leasinggeschäfte

Die künftigen Mindestleasingzahlungen für unkündbare Mietleasingverhältnisse belaufen sich auf 224 Mio €.

Nachschussverpflichtungen

Die bestehenden Nachschussverpflichtungen resultieren aus gesetzlichen Regelungen und anderen Vereinbarungen.

Nachschussverpflichtungen bestehen gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V., Berlin, in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH, Berlin, auf Basis der Regelungen des für alle CRR-Kreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungsgesetzes und des Anlegerentschädigungsgesetzes.

In den genannten Fällen stehen dem Risiko der tatsächlichen Inanspruchnahme aus den jeweiligen Verpflichtungen die Chancen einer Partizipation an der Stabilisierung und Vertrauensbildung, bezogen auf die private deutsche Kreditwirtschaft, gegenüber.

Vorruhestands- und Abfindungsprogramm

Aus dem im Jahr 2015 gemeinsam mit der Postbank Filialvertrieb AG kommunizierten freiwilligen Vorruhestands- und Abfindungsprogramm und den sich daraus ergebenden Leistungen aus Anlass der Beendigung von Arbeitsverhältnissen trägt jedes Unternehmen, zusätzlich zu den im Jahr 2015 gebildeten Rückstellungen, das Risiko einer Inanspruchnahme in Höhe des noch nicht ausgeschöpften Budgets. Dieses betrug zum 31. Dezember 2017 14 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €).

Restrukturierungsfonds

Der Jahresbeitrag 2017 zum Restrukturierungsfonds wurde in Höhe von 13 Mio € im Rahmen des unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungs- und Besicherungsvertrags erbracht.

Gesetzliche Einlagensicherung

Die unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH, Berlin, in Höhe von 37 Mio € als Teil des Jahresbeitrags zur gesetzlichen Einlagensicherung wurde mit einem Wertpapier besichert.

Patronatserklärungen

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Tochtergesellschaften und gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Postbank resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Postbank in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, die Deutsche Postbank Funding LLC II und die Deutsche Postbank Funding LLC III, alle Wilmington, Delaware, USA, abgegeben.

V. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (durchschnittlicher Personalbestand in Köpfen)

	2017	2016
Vollzeitkräfte	3.720	3.735
Angestellte	3.002	2.934
davon: Auszubildende	145	158
Beamte	718	801
Teilzeitkräfte	711	637
Angestellte	525	469
Beamte	186	168
Gesamtsumme	4.431	4.372

VI. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis ¹ T€
Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	197.860	7.025
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	952.432	37.159
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ³
BHW Holding AG, Hameln	100,0	727.503	0 ³
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	6.980	4.110
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ³
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	3.000	380
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0		⁴
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0		⁵
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0		⁶
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	14	-19 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	88	-21 ⁵
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	17	-17 ⁶
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	4.620	12
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	58	1
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG in Insolvenz, Hamburg	65,2	-10.390	-6.745
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v.d. Höhe	30,6	0	-8
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v.d. Höhe	41,2	0	-20
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v.d. Höhe	74,9	0	-20
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	13
MT „CAPE BEALE“ Tankschiffahrts GmbH & Co. KG, Hamburg	25,7	29	-883
MT „KING DANIEL“ Tankschiffahrts GmbH & Co. KG, Hamburg	24,3	1.772	-3.396
MT „KING DOUGLAS“ Tankschiffahrts GmbH & Co. KG, Hamburg	24,3	9.420	-2.902
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ³
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ³
PB International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	57.735	2.346
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	3.967.186	168.024 ²
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.020	16
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310.970	0 ³
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	19.004	3.145
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	31.135	0 ³
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	67.285	2.070
Postbank Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.908	0 ³
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ³
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	23.098	532
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ³
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	5.010	4.885
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	60.170	-2 ³
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	37	4
SRC Security Research & Consulting GmbH, Bonn	22,5	4.971	942
Starpool Finanz GmbH, Berlin	49,9	407	68
VÖB-ZVD Processing GmbH, Bonn	75,0	22.699	7.522 ⁷
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet			
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	29.044	-163
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung, Leezen	11,0	48.990	3.379

¹Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

²In der Gesellschaft sind zusätzlich die Anteile des Teilgesellschaftsvermögens PB 25 enthalten, die nicht von einer Gesellschaft des Postbank Konzerns gehalten werden.

³Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag im Konzern Deutsche Postbank

⁴Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust I. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust I als auch die Deutsche Postbank Funding LLC I.

⁵Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust II. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust II als auch die Deutsche Postbank Funding LLC II.

⁶Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust III. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust III als auch die Deutsche Postbank Funding LLC III.

⁷Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Deutsche Postbank AG gehalten.

VII. Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht enthält zudem zusammengefasste quantitative Angaben zur Vergütung der Organmitglieder.

Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands

Zuständigkeit

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Plenum. Unterstützt wird das Plenum durch den Vergütungskontrollausschuss. Der Ausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, insbesondere für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie für solche Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement, bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2017
Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Überprüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit der Ausgestaltung des Systems sowie erforderliche Anpassungen an neue gesetzliche bzw. regulatorische Vorgaben.

Maßgebliche Zielsetzung ist, die Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Berücksichtigung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Postbank sowie der gemeinsamen und der individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht zu vergüten. Für das Geschäftsjahr 2017 wurde ein vertikaler und horizontaler Vergütungsvergleich durchgeführt, welcher die Angemessenheit der Vergütung als Ergebnis bestätigte.

Der Aufsichtsrat hat eine Obergrenze für das Verhältnis von variabler Vergütung zur fixen Vergütung bestimmt. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben des § 25a Abs. 5 KWG hat die Hauptversammlung der Postbank ein maximales Verhältnis der festen zur variablen Vergütung von 1:2 für die Vorstandsmitglieder gebilligt.

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

a) Erfolgsunabhängige Komponenten

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Festvergütung) und Nebenleistungen. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Leistungen zur betrieblichen Altersversorgung (einzelvertragliche Versorgungszusagen), geldwerten Vorteilen aus Sachbezügen wie Firmenwagennutzung, Versicherungsprämien und dem Ersatz von geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern in gleicher Weise zu; die Höhe kann im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation variieren.

b) Erfolgsabhängige Komponente (variable Vergütung)

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die Höhe der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder wird, ausgehend von einem vereinbarten Zielwert für die variable Vergütung auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Postbank Gruppen-, Ressort- und Individualzielen, auf der Basis von Messkriterien ermittelt, wobei einheitliche Postbank Gruppenziele in der Gewichtung die Hälfte der Leistungsmessung ausmachen. Die Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) von 150 % des vereinbarten Zielwertes begrenzt.

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung¹ der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutschen Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 nochmals modifiziert. Dies ist mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils durch Anpassung der entsprechenden Regelungen ihres Anstellungsvertrags vereinbart.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens
Bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, wird die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Jahresvergütungen (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung (Grundvergütung sowie variable Vergütung) pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Weitere Regelungen

Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

¹Gewährung meint in diesem Zusammenhang die Aufteilung der für das abgelaufene Geschäftsjahr festgesetzten variablen Vergütung auf die Vergütungselemente und die Inaussichtstellung der festgelegten variablen Vergütung in diesen Vergütungselementen.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist begrenzt durch die maximale Höhe der variablen Vergütung von 150 % des vereinbarten Zielwertes.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festlegung der variablen Vergütung für die Mitglieder des Vorstands wurden Ende Januar 2018 intensiv im Vergütungskontrollausschuss beraten und von diesem für das Gesamtplenium vorbereitet. Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2017 festgelegt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands belaufen sich im Geschäftsjahr 2017 auf 7.601,1 T€ (2016: 7.759,2 T€). Hiervon entfielen 4.003,9 T€ (2016: 4.307,4 T€) auf erfolgsunabhängige Komponenten, 2.863,7 T€ (2016: 2.734,9 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 733,5 T€ (2016: 716,9 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung. Frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bezogen im Geschäftsjahr 2017 Pensionszahlungen in Höhe von 2.652,2 T€ (2016: 2.394,1 T€).

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem ist in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich aus einer festen, erfolgsunabhängigen Vergütung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die feste jährliche Vergütung (Grundvergütung) beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Grundvergütung.

Die Grundvergütung erhöht sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in den Ausschüssen um folgende zusätzliche feste jährliche Vergütungen:

Die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss und im Risikoausschuss wird mit zusätzlich 30.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 60.000 € vergütet. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss, im Personalausschuss, im Vergütungskontrollausschuss und im Nominierungsausschuss wird mit zusätzlich 20.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 40.000 € vergütet. Für Mitgliedschaft und Vorsitz im Vermittlungsausschuss wird keine zusätzliche feste Vergütung gewährt.

Im Februar 2017 hat der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG die vorübergehende Einrichtung eines Ausschusses „Digitale Transformation“ bis Ende 2018 beschlossen. Der Ausschuss hat nur eine beratende Funktion und ist im Geschäftsjahr 2017 nicht zusammengetreten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen, ein Sitzungsgeld von 500 €.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung und das Sitzungsgeld nach der Hauptversammlung, die den Konzernabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat und/oder seinen Ausschüssen angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig. Die Vergütung wird auf volle Monate auf- und abgerundet. Eine zeitanteilige Vergütung für die Ausschusstätigkeiten setzt voraus, dass der betreffende Ausschuss im entsprechenden Zeitraum zur Erfüllung seiner Aufgaben getagt hat.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die Vergütung von Mandaten als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten von Gesellschaften des Deutsche Bank Konzerns bleibt davon unberührt.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2017 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 1.091,3 T€ (Vorjahr: 1.137,7 T€). Darüber hinaus haben Mitglieder des Aufsichtsrats, die eine Vergütung für Aufsichtsratsmandate in Tochterunternehmen erhalten, für das Geschäftsjahr 2017 eine Gesamtvergütung einschließlich Sitzungsgelder von 15,5 T€ (Vorjahr: 14,3 T€) erhalten.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2017 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 627,7 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Zum 31. Dezember 2017 befinden sich keine von der Deutschen Postbank AG ausgegebenen Aktien im Besitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands in Höhe von 481,8 T€ (Vorjahr: 0 T€) und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 557,7 T€ (Vorjahr: 48,5 T€) gewährt.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Im Schadenfall ist eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstandsmitglieder vorgesehen.

VIII. Deckungsrechnung

- Register B: Geschlossenes Register von Altmissionen nach dem Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG)
- Register C: Emissionen nach dem Gesetz über die Umwandlung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank in eine Aktiengesellschaft (DSLBUmwG)
- Register D und E: Emissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG)

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2017 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe Register B			
Nennwert	95	31	64
Barwert	104	34	70
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	9.583	8.401	1.182
Barwert	10.511	9.916	595
Hypothekenzinspfandbriefe Register D			
Nennwert	5.403	3.714	1.690
Barwert	6.187	4.368	1.819
Öffentliche Pfandbriefe Register E			
Nennwert	295	205	90
Barwert	313	248	65

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe Register B			
Nennwert	97	53	44
Barwert	109	59	50
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	12.004	10.688	1.316
Barwert	13.453	12.699	754
Hypothekenzinspfandbriefe Register D			
Nennwert	5.428	3.764	1.664
Barwert	6.458	4.563	1.895
Öffentliche Pfandbriefe Register E			
Nennwert	295	205	90
Barwert	319	256	63

IX. Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 3 PfandBG

Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert ¹	Risikobarwert ¹
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Deckungswerte ²	5.403	5.428	6.187	6.458	5.857	6.070
davon Derivate	–	–	–	–	–	–
Hypothekendarlehen	3.714	3.764	4.368	4.563	4.182	4.316
Überdeckung in %	45,5	44,2	41,6	41,5	40,0	40,6

¹Dynamisches Verfahren

²Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG

Im Umlauf befindliche Öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte:

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert ¹	Risikobarwert ¹
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Deckungswerte ²	295	295	313	319	315	320
davon Derivate	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Pfandbriefe	205	205	248	256	259	268
Überdeckung in %	43,9	43,9	26,2	24,2	21,6	19,5

¹Dynamisches Verfahren

²Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen sowie Zinsbindungsfristen der verwendeten Deckungswerte (Nennwert):

	Deckungswerte ¹	Deckungswerte ¹	Hypothekendarlehen	Hypothekendarlehen
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bis zu 6 Monate	313	364	–	–
Mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	329	157	15	50
Mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	446	345	246	–
Mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	329	190	55	15
Mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	500	632	1.040	301
Mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	293	500	1.125	1.040
Mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	239	310	55	1.125
Mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	1.717	1.817	688	586
Über 10 Jahre	1.237	1.113	490	647
Summe	5.403	5.428	3.714	3.764

¹Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Öffentlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der verwendeten Deckungswerte (Nennwert):

	Deckungswerte ¹		Öffentliche Pfandbriefe	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bis zu 6 Monate	-	10	-	-
Mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	-	-	35	-
Mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	20	-	-	-
Mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	20	-	-	35
Mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	30	40	60	-
Mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	20	20	-	60
Mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	205	20	-	-
Mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	-	205	50	50
Über 10 Jahre	-	-	60	60
Summe	295	295	205	205

¹Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 bis Nr. 6 PfandBG

Weitere Deckungswerte (Nennwert) für Hypothekendarlehen nach Ländern/Registrierstaaten:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Deutschland		
Ausgleichsforderungen i.S.d. § 19 (1) Nr. 1 PfandBG	-	-
Forderungen i.S.d. § 19 (1) Nr. 2 PfandBG	-	-
davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-
Forderungen i.S.d. § 19 (1) Nr. 3 PfandBG	200	200
Summe Deutschland	200	200
Summe	200	200
davon sichernde Überdeckung i.S.d. § 4 (1) PfandBG	200	200

Weitere Deckungswerte (Nennwert) für Öffentliche Pfandbriefe nach Ländern/Registrierstaaten:

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Deutschland		
Ausgleichsforderungen i.S.d. § 20 (2) Nr. 1 PfandBG	-	-
Forderungen i.S.d. § 20 (2) Nr. 2 PfandBG	-	-
davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-
Summe Deutschland	-	-
Summe	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 7 bis Nr. 11 PfandBG und § 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG

Kennzahlen zu umlaufenden Hypothekendarlehen und den dafür verwendeten Deckungswerten:

	31.12.2017	31.12.2016
Zinsstruktur nach § 28 (1) Nr. 9 PfandBG		
Anteil festverzinslicher Darlehen	97,2 %	97,2 %
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	98,8 %	98,8 %
Überschreitung nach § 28 (1) Nr. 8 PfandBG		
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Darlehen über der Begrenzung nach § 19 (1) Nr. 2 PfandBG in Mio €	–	–
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Darlehen über der Begrenzung nach § 19 (1) Nr. 3 PfandBG in Mio €	–	–
Weitere Kennzahlen		
Gesamtbetrag der Darlehen, die die Grenzen nach § 13 (1) PfandBG überschreiten, in Mio € (§ 28 (1) Nr. 7 PfandBG)	–	–
Nettobarwert nach § 6 Darlehen-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio € (§ 28 (1) Nr. 10 PfandBG)	–	–
Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Darlehen (Seasoning) in Jahren (§ 28 (1) Nr. 11 PfandBG)	6,4	6,1
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf (§ 28 (2) Nr. 3 PfandBG)	55,6 %	55,6 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 8 bis Nr. 10 PfandBG

Kennzahlen zu umlaufenden Hypothekendarlehen und den dafür verwendeten Deckungswerten:

	31.12.2017	31.12.2016
Zinsstruktur nach § 28 (1) Nr. 9 PfandBG		
Anteil festverzinslicher Darlehen	100,0 %	100,0 %
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	100,0 %	100,0 %
Überschreitung nach § 28 (1) Nr. 8 PfandBG		
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Darlehen über der Begrenzung nach § 20 (2) PfandBG in Mio €	–	–
Weitere Kennzahlen		
Nettobarwert nach § 6 Darlehen-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio € (§ 28 (1) Nr. 10 PfandBG)	–	–

§ 28 Abs. 2 Nr. 1 a PfandBG

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größengruppen (Nennwert):

	Hypothekendeckungswerte	Hypothekendeckungswerte
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bis einschließlich 300.000 €	5.104	5.174
Mehr als 300.000 € bis einschließlich 1 Mio €	97	54
Mehr als 1 Mio € bis zu 10 Mio €	2	-
Mehr als 10 Mio €	-	-
Summe	5.203	5.228

§ 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen (Nennwert) nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, sowie nach Objekt- und Nutzungsart:

	Hypothekendeckungswerte			
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Summe	5.203	5.228	-	-

	Hypothekendeckungswerte			
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Deutschland				
Eigentumswohnungen	736	766	-	-
Ein- und Zweifamilienhäuser	4.295	4.305	-	-
Mehrfamilienhäuser	172	157	-	-
Bürogebäude	-	-	-	-
Handelsgebäude	-	-	-	-
Industriegebäude	-	-	-	-
Sonstige gewerbliche Gebäude	-	-	-	-
Unfertige Neubauten	-	-	-	-
Bauplätze	-	-	-	-
Summe Deutschland	5.203	5.228	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekenforderungen (Nennwert):

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Summe Deutschland	-	-
Summe	-	-

Gesamtbetrag der rückständigen Leistungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Hypothekenforderung beträgt (Nennwert):

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Summe Deutschland	-	-
Summe	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 4 a, b und c PfandBG

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Anzahl der Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungsverfahren und Rettungserwerbe sowie der Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen:

	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	31.12.2017 Anzahl	31.12.2016 Anzahl	31.12.2017 Anzahl	31.12.2016 Anzahl
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	1	-	-
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-	-	-	-
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-	-	-	-

§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen (Nennwert):

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bis einschließlich 10 Mio €	10	10
Mehr als 10 Mio € bis zu 100 Mio €	285	285
Mehr als 100 Mio €	-	-
Summe	295	295

§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (Staat):

	Öffentliche Deckungswerte	
	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Deutschland		
Staat	-	-
Regionale Gebietskörperschaft	275	295
Örtliche Gebietskörperschaft	-	-
Sonstige Schuldner	-	-
Summe Deutschland	275	295
Gewährleistet bzw. Gewährleistungen aus Gründen der Exportführung	-	-
Luxemburg		
Staat	20,0	-
Regionale Gebietskörperschaft	-	-
Örtliche Gebietskörperschaft	-	-
Sonstige Schuldner	-	-
Summe Luxemburg	20,0	-
Gewährleistet bzw. Gewährleistungen aus Gründen der Exportführung	-	-
Summe	295	295

§ 28 Abs. 3 Nr. 3 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf öffentliche Forderungen (Nennwert):

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Deutschland		
Staat	-	-
Regionale Gebietskörperschaften	-	-
Örtliche Gebietskörperschaften	-	-
Sonstige Schuldner	-	-
Summe Deutschland	-	-
Summe	-	-

Gesamtbetrag der rückständigen Leistungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der öffentlichen Forderungen beträgt (Nennwert):

	31.12.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Deutschland		
Staat	-	-
Regionale Gebietskörperschaften	-	-
Örtliche Gebietskörperschaften	-	-
Sonstige Schuldner	-	-
Summe Deutschland	-	-
Summe	-	-

X. Andere Angaben

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Postbank in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten.

Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Postbank gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

XI. Entsprechenserklärung

Seit dem 14. Januar 2016 ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr börsennotiert. Seitdem unterliegen Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG nicht mehr der Pflicht zur Abgabe einer sogenannten Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG. Die zuletzt von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebene Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2015 und die darin enthaltenen Begründungen haben keine Gültigkeit mehr. Die Postbank hat sich auch nicht anderweitig verpflichtet, den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zu entsprechen.

D. Nachtragsbericht

Vom 31. Dezember 2017 bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses durch den Vorstand am 21. Februar 2018 haben sich keine angabepflichtigen Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben.

E. Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender)	
Marc Heß, Bonn	
Susanne Klöß-Braekler, München	
Philip Laucks, Goldbach	seit 1. Juni 2017
Dr. Ralph Müller, Bonn	
Zvezdana Seeger, Berlin	seit 1. Januar 2018
Ralf Stemmer, Königswinter	bis 31. Mai 2017
Hanns-Peter Storr, Bonn	
Lars Stoy, Bonn	seit 1. Juni 2017

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Frank Strauß

Vorsitzender des Vorstands

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. August 2017)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. August 2017)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. August 2017)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Marc Heß

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Susanne Klöß-Braekler

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Vorsitzende des Aufsichtsrats (seit 27. September 2017) Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Eurex Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	Eurex Zürich AG, Zürich (Schweiz)

Philip Laucks

Mitglied des Vorstands seit 1. Juni 2017

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Kreditservice GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (vom 1. Juli 2017 bis 30. November 2017)	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 8. August 2017)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Oktober 2017)	Postbank Service GmbH, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2017)	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (seit 1. Juni 2017)	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Dr. Ralph Müller

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 5. April 2017)	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Zvezdana Seeger

Mitglied des Vorstands seit 1. Januar 2018

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzende des Aufsichtsrats	BHW Kreditservice GmbH, Hameln
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Service GmbH, Essen
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Ralf Stemmer

Mitglied des Vorstands bis 31. Mai 2017

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 31. Mai 2017)	PB International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2017)	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2017)	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 31. Mai 2017)	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Hanns-Peter Storr

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 31. August 2017)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn

Lars Stoy

Mitglied des Vorstands seit 1. Juni 2017

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 13. September 2017) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 3. August 2017)	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. September 2017) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juni 2017)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Kreditservice GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 9. Oktober 2017)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Werner Steinmüller (Vorsitzender)
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG,
Dreieich-Buchsschlag

Prof. Dr. Edgar Ernst
Präsident Deutsche Prüfstelle
für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn

Stefanie Heberling
Marktgebietsleiterin Privatkunden Ruhrgebiet Mitte
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG,
Wuppertal

Dr. Tessen von Heydebreck
Vorsitzender des Kuratoriums der
Deutsche Bank Stiftung, Berlin

Prof. Dr. Katja Langenbucher-Adolff
Professorin für Bürgerliches Recht,
Wirtschaftsrecht und Bankrecht
Goethe-Universität Frankfurt am Main,
Frankfurt am Main

Karen Meyer
Global Chief Operating Officer, HR,
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Christiana Riley
CFO Corporate & Investment Banking
Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe

Karl von Rohr
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG,
Oberursel

Christian Sewing
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG,
Osnabrück

Michael Spiegel
Head of Cash Management and Head of GTB Germany,
Deutsche Bank AG, Bad Homburg v. d. Höhe

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske (Stv. Vorsitzender)
Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di),
Berlin

Susanne Bleidt
Mitglied des Gesamtbetriebsrats
Postbank Filialvertrieb AG, Bell

Frank Fuß seit 22. März 2017
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats
Deutsche Postbank AG, Elsdorf

Timo Heider
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft
und Postbank Finanzberatung AG, Emmerthal

Jens Isselmann
Leitender Angestellter Deutsche Postbank AG,
Bornheim

Hans-Jürgen Kummetat bis 22. März 2017
Beamter, Köln

Bernd Rose
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats
Postbank Filialvertrieb AG und Postbank Filial GmbH,
Menden (Sauerland)

Martina Scholze
Gewerkschaftssekretärin, Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), München

Eric Stadler
Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center
für Banken AG, Markt Schwaben

Gerd Tausendfreund
Gewerkschaftssekretär, Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau

Renate Treis bis 28. Februar 2017
Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats
Deutsche Postbank AG, Brühl

Anna Lisa Trompa seit 22. März 2017
Vorsitzende Konzern-Jugend- und
Auszubildendenvertretung,
Deutsche Postbank AG, Lehrte

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner:

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 7. September 2017) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 6. September 2017)	VONOVIA SE, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2017)	DMG SEIKI AG, Bielefeld
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2017)	METRO AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	TUI AG, Hannover

Dr. Tessen von Heydebreck

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats	IFA Rotorion Holding GmbH, Haldensleben
Mitglied des Stiftungsrats (bis 31. Dezember 2017)	Dussmann Stiftung & Co. KGaA, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. März 2017)	Vattenfall GmbH, Berlin

Karen Meyer

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Beirats	Deutsche Bank HR Solutions GmbH, Frankfurt am Main

Karl von Rohr

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin

Christian Sewing

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:

Frank Bsirske

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	innogy SE, Essen
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2017)	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Susanne Bleidt

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied der Mitglieder-versammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Timo Heider

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Bernd Rose

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Martina Scholze

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2017)	ERGO Group AG, Düsseldorf

Gerd Tausendfreund

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis

Mitglied des Aufsichtsrats bis 28. Februar 2017

Funktion	Gesellschaft
1. Ersatzmitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 21. Februar 2018

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Frank Strauß




Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



Philip Laucks



Dr. Ralph Müller



Zvezdana Seeger



Hanns-Peter Storr



Lars Stoy

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Deutsche Postbank AG, Bonn

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG, Bonn, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutsche Postbank AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers“ für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach

Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1. Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen

2. Rückstellungen für Prozesse und Regresse

3. Rückstellungen für Restrukturierung

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung

2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen

1. Im Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG werden unter dem Bilanzposten „Anteile an verbundenen Unternehmen“ zum 31. Dezember 2017 Anteile in Höhe von € 5.943 Mio ausgewiesen.

Die handelsrechtliche Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen richtet sich nach den Anschaffungskosten und dem niedrigeren beizulegenden Wert. Für die Anteile an verbundenen Unternehmen lagen zum Bilanzstichtag keine Marktwerte vor. Zur Ermittlung des beizulegenden Werts der wesentlichen Anteile werden deshalb die Barwerte der erwarteten künftigen Jahresüberschüsse, die sich aus den von den gesetzlichen Vertretern erstellten Planungsrechnungen ergeben, mittels Ertragswertverfahren berechnet. Hierbei werden auch Erwartungen über zukünftige Marktentwicklungen berücksichtigt und eine Diskontierung anhand der ermittelten Kapitalkosten vorgenommen. Auf Basis der für den Jahresabschluss ermittelten Werte ergab sich für das Geschäftsjahr bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen ein Abschreibungsbedarf von insgesamt € 155 Mio.

Das Ergebnis dieser Bewertung ist in hohem Maße von der Einschätzung der gesetzlichen Vertreter über die zukünftigen Jahresüberschüsse und die verwendeten Diskontierungssätze abhängig. Die Bewertung ist daher mit wesentlichen

Unsicherheiten behaftet. Vor diesem Hintergrund und der wesentlichen Bedeutung für die Vermögens- und Ertragslage der Deutsche Postbank AG war dieser Sachverhalt in unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem das methodische Vorgehen zur Bewertung nachvollzogen. Wir haben insbesondere beurteilt, ob die beizulegenden Werte der wesentlichen Anteile an verbundenen Unternehmen unter Beachtung der relevanten Bewertungsstandards mittels Ertragswertverfahren sachgerecht ermittelt wurden. Dabei haben wir gewürdigt, ob die zugrunde liegenden künftigen Jahresüberschüsse und die angesetzten Kapitalkosten insgesamt eine sachgerechte Grundlage darstellen. Bei unserer Einschätzung haben wir uns unter anderem auf einen Vergleich mit branchenspezifischen Markterwartungen und Erläuterungen der gesetzlichen Vertreter zu den wesentlichen Werttreibern der Planungsrechnungen gestützt. Mit der Kenntnis, dass bereits relativ geringe Veränderungen des verwendeten Diskontierungszinssatzes wesentliche Auswirkungen auf die Höhe des auf diese Weise ermittelten Werts der Anteile haben können, haben wir uns mit den bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes herangezogenen Parametern beschäftigt und das Berechnungsschema nachvollzogen.

Die von den gesetzlichen Vertretern angewandten Bewertungsparameter und zugrunde gelegten Bewertungsannahmen sind unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen aus unserer Sicht insgesamt geeignet, um die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen sachgerecht vorzunehmen.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Anteilen an verbundenen Unternehmen sind im Anhang in den Abschnitten „A.II.2. Bilanzierung und Bewertung“ und „B.II. (1) Anlagevermögen“ enthalten.

2. Rückstellungen für Prozesse und Regresse

1. Im Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG zum 31. Dezember 2017 sind im Bilanzposten „Andere Rückstellungen“ Verpflichtungen für Prozesse und Regresse in Höhe von € 108 Mio enthalten.

Die Rückstellungen bestehen im Wesentlichen für Risiken im Zusammenhang mit widerrufenen Darlehensverträgen sowie für Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Weiterhin bestehen Rückstellungen für eine Vielzahl von sonstigen gerichtlich geltend gemachten Kundenansprüchen. Die Risikobeurteilung zum Verlauf von Rechtsstreitigkeiten sowie die Einschätzung, ob und in welcher Höhe die Bildung einer Rückstellung dafür erforderlich ist, wird in hohem Maße durch die Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter geprägt. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir den von der Gesellschaft eingerichteten Prozess einschließlich der relevanten Kontrollen zur Erfassung von Rechtsrisiken, zur Einschätzung hinsichtlich eines Verfahrensausgangs und zur bilanziellen Darstellung der Prozesse und Regresse beurteilt. Diese Beurteilung umfasste auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit den zwei wesentlichen, oben genannten Rechtsrisiken der Gesellschaft. Mit der Kenntnis, dass bei geschätzten Werten ein erhöhtes Fehlerrisiko in der Rech-

nungslegung besteht und die Ansatz- und Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine direkte Auswirkung auf die Ertragslage der Gesellschaft haben, haben wir den Ansatz und die Angemessenheit der Wertansätze für die beiden wesentlichen Rechtsrisiken unter anderem unter Berücksichtigung der Erfahrungswerte aus der Vergangenheit zum Verlauf und Ausgang der Streitigkeiten sowie den Nachvollzug der stetig angewendeten Berechnungsmethodik gewürdigt. Ergänzend haben wir – bezogen auf die gesamten Rechtsstreitigkeiten – regelmäßig Gespräche mit den gesetzlichen Vertretern und dem Bereich Recht der Gesellschaft zur Erläuterung der aktuellen Entwicklungen und der Gründe für die getroffenen Einschätzungen eines Verfahrensausgangs geführt. Weiterhin haben wir zum Bilanzstichtag externe Rechtsanwaltsbestätigungen eingeholt.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen begründet und hinreichend dokumentiert sind, um den Ansatz und die Höhe der Rückstellungen für Prozesse und Regresse zu rechtfertigen.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den anderen Rückstellungen sind im Anhang in den Abschnitten „A.II.2. Bilanzierung und Bewertung“ und „B.I. (20) Rückstellungen“ enthalten.

3. Rückstellungen für Restrukturierung

1. Im Jahresabschluss der Deutsche Postbank AG zum 31. Dezember 2017 sind im Bilanzposten „Andere Rückstellungen“ Verpflichtungen für Restrukturierung in Höhe von insgesamt € 225 Mio enthalten.

Diese Rückstellungen setzen sich aus den Verpflichtungen für ein freiwilliges Vorruhestands- und Abfindungsprogramm der Gesellschaft im Zusammenhang mit der geplanten Zusammenführung der Deutsche Postbank AG mit der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG sowie aus weiteren Verpflichtungen im Rahmen der Neuorganisation des Vertriebs zusammen. Für ungewisse Verbindlichkeiten sind Rückstellungen nach § 249 Abs. 1 S. 1 HGB zu bilden. Hierfür muss eine Außenverpflichtung vorliegen, die im abgelaufenen Geschäftsjahr rechtlich oder wirtschaftlich verursacht wurde, und es muss ernsthaft mit einer Inanspruchnahme gerechnet werden. Die Höhe der Rückstellungen für die geplanten Angebote und Maßnahmen hängt in hohem Maße von den Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter ab. Vor diesem Hintergrund und der wesentlichen Bedeutung für die Ertragslage der Deutsche Postbank AG war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst beurteilt, ob die Ansatzkriterien für die Rückstellungen erfüllt sind. Anschließend haben wir mit der Kenntnis, dass bei geschätzten Werten ein erhöhtes Fehlerrisiko in der Rechnungslegung besteht und die Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine direkte Auswirkung auf die Ertragslage der Gesellschaft haben, die Angemessenheit der Höhe der Rückstellungen vor allem durch die Einsichtnahme in die der Ermittlung zugrunde liegenden Unterlagen der Gesellschaft und durch Nachvollzug der Berechnungen gewürdigt. Sofern bei der Ermittlung der Höhe der

Rückstellung auf Erfahrungswerte aus vorherigen Restrukturierungsmaßnahmen zurückgegriffen wurde, haben wir die sachgerechte Verwendung der Vergangenheitswerte prüferisch nachvollzogen. Ergänzend haben wir Gespräche mit den gesetzlichen Vertretern und den verantwortlichen Bereichen der Gesellschaft zur Erläuterung der Annahmen, aus denen die jeweiligen Einschätzungen resultieren, sowie zur Einschätzung der Inanspruchnahme des freiwilligen Vorruhestands- und Abfindungsprogramms geführt.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen begründet und hinreichend dokumentiert sind, um den Ansatz und die Höhe der Rückstellungen für Restrukturierung zu rechtfertigen.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den anderen Rückstellungen sind im Anhang in den Abschnitten „A.II.2. Bilanzierung und Bewertung“ und „B.I. (20) Rückstellungen“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben.

Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 22. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 2. Juni 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1999 als Abschlussprüfer der Deutsche Postbank AG, Bonn, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Christian F. Rabeling.

Düsseldorf, den 22. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber
Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz
EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion
Postbank
Investor Relations

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Berichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.